



44. Sitzung

Mittwoch, 20. Januar 2010

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Änderung der Tagesordnung

2747

(Fortführung am 21.01.2010)

Fraktion der CDU:

Aktuelle Stunde

2747

**Handwerk in Hamburg – Garant
für Ausbildung und Beschäfti-
gung**

Fraktion der SPD:

(Fortführung am 21.01.2010)

**Hamburger Hafen nicht im
Stich lassen – Senat muss Ha-
fenwirtschaft stärken**

Michael Neumann SPD 2747
Olaf Ohlsen CDU 2748, 2762
Jens Kerstan GAL 2749, 2758,
2761
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 2750, 2759
Axel Gedaschko, Senator 2751, 2757
Karl Schwinke SPD 2753
Aygül Özkan CDU 2754
Norbert Hackbusch DIE LINKE 2755
Ingo Egloff SPD 2756, 2760
Bernd Capeletti CDU 2759

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl von Mitgliedern des Rich-
terwahlausschusses und ihren
Vertreterinnen und Vertretern**
– Drs 19/4133 –

2763

und

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputier-
ten der Behörde für Schule und
Berufsbildung**
– Drs 19/4676 –

2763

Britta Ernst SPD

2763

Fraktion der GAL:

**Hamburgs kreative Milieus
– eine Chance für die Stadt**

(Fortführung am 21.01.2010)

Fraktion DIE LINKE:

**Kahlschlag: Stadt opfert öffent-
liche Parks für Moorburgtrasse**

Ergebnis

2763

Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:

Städtepartnerschaft mit Shanghai und politischer Dialog mit der Volksrepublik China

– Drs 19/4988 –

2764

dazu

Antrag der Fraktion der SPD:

Hamburg – China: Menschenrechtsdialog stärken

– Drs 19/5115 –

2764

Bettina Machaczek CDU

2764

Günter Frank SPD

2766, 2771

Andreas Waldowsky GAL

2767

Norbert Hackbusch DIE LINKE

2768

Dittmar Lemke CDU

2769

Thomas Böwer SPD

2770

Antje Möller GAL

2771

Beschlüsse

2771

Antrag der Fraktion der SPD:

Vorfahrt für Wohnungsbau!

– Drs 19/4838 –

2772

Andy Grote SPD

2772

Jörg Hamann CDU

2773

Horst Becker GAL

2776, 2780

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

2778

Martina Koeppen SPD

2779

Beschluss

2781

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 2. September 2009

Hamburger Initiative zur Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes um das Merkmal Sexuelle Identität (Drs. 19/3546)

– Drs 19/4938 –

2781

Farid Müller GAL

2781

Roland Heintze CDU

2782

Gabi Dobusch SPD

2783

Kersten Artus DIE LINKE

2784

Dr. Till Steffen, Senator

2785

Kenntnisnahme

2786

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Die SAGA GWG als öffentliches Unternehmen gezielt (wie-der) am Mietwohnungsmarkt aktivieren

– Drs 19/4989 –

2786

Christiane Schneider DIE LINKE

2786, 2791

Jörn Frommann CDU

2788

Ole Thorben Buschhüter SPD

2789

Horst Becker GAL

2790

Jan Quast SPD

2792

Beschlüsse

2792

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

Schwimmen in Altona – vom Bismarckbad zum Festland

– Drs 19/4522 –

2792

Robert Heinemann CDU

2792, 2797,

2797, 2798

Gabi Dobusch SPD

2793, 2799,

2801, 2801

Horst Becker GAL

2795

Norbert Hackbusch DIE LINKE

2796, 2798,

2802

Anja Hajduk, Senatorin

2798, 2799

Rolf Reincke CDU

2800, 2802

Farid Müller GAL

2802

Kenntnisnahme

2803

Antrag der Fraktion der SPD:

Höchstgebotsvergabe um jeden Preis: Welche Zukunft hat die Lokstedter Amsinckvilla?

– Drs 19/4836 –

2803

dazu

Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:

Zukunft der Amsinckvilla

– Drs 19/5112 –

2803

Thomas Böwer SPD

2803

Roland Heintze CDU

2805

Horst Becker GAL

2806

Christiane Schneider DIE LINKE

2806

Dr. Monika Schaal SPD

2807

Beschluss

2808

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich würde gern mit Geburtstagsglückwünschen beginnen, das werde ich nachholen.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates sind die Fraktionen übereingekommen, die für morgen vorgesehenen Debatten zu den Tagesordnungspunkten 8 und 43 miteinander zu tauschen. Die Debatte zu TOP 43 wird somit morgen als erster Tagesordnungspunkt aufgerufen und die Debatte zu TOP 8 als fünfter.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Hamburger Hafen nicht im Stich lassen
– Senat muss Hafenwirtschaft stärken

von der GAL-Fraktion

Hamburgs kreative Milieus – Eine Chance für die Stadt

von der Fraktion DIE LINKE

Kahlschlag: Stadt opfert öffentliche Parks für Moorbürgertrasse

und von der CDU-Fraktion

Handwerk in Hamburg – Garant für Ausbildung und Beschäftigung

Ich rufe das erste Thema auf. Wird das Wort gewünscht? Der Abgeordnete Neumann bekommt es.

Michael Neumann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Hamburg und die Hamburger Wirtschaft leiden – und da sage ich nichts Neues – unter der Wirtschaftskrise, einer Wirtschaftskrise, für die der Senat kaum verantwortlich ist. Das gestehe ich zu; da sind wir sicher alle einer Auffassung. Der Senat ist aber dafür verantwortlich, aus dieser Krise die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Wir haben im Hamburger Hafen einen historischen Einbruch im Containerumschlag. Die ansässigen Betriebe machen Verluste und sind in weiten Teilen zur Kurzarbeit gezwungen. Fest steht, dass der Welthandel wieder anziehen wird und dass damit auch die Verkehre im Hamburger Hafen wieder steigen werden. Die Frage ist aber, ob Hamburg davon so stark wie in der Vergangenheit profitieren wird. Damit das gelingen kann, müssen wir jetzt in

der Krise in den Hafen und seine Infrastruktur investieren.

(Beifall bei der SPD)

Das tut der Senat aber nicht, Schwarz und Grün blockieren sich hier im Parlament auch in der Hafenpolitik. Das ist zum Schaden unserer Stadt und zum Schaden der Menschen und ihrer Arbeitsplätze.

Ich nenne ein Beispiel für diese schwarz-grüne Blockade. Mit dem neuen Bundesnaturschutzgesetz ist das Hafenprivileg nicht mehr zu halten. Bis Ende Februar besteht die Möglichkeit, dieses Privileg durch eine eigene, neue Hamburger Regelung zu retten. Bis heute liegt aber kein Gesetzesentwurf des Senats für eine solche Rettung des Hafenprivilegs vor. Den Behörden sind das Problem und der Zeitdruck bekannt, das ist öffentlich. Herr Gedaschko will offensichtlich, Herr Maaß blockiert. Wir haben damit einen Wirtschaftssenator, der sich entweder nicht durchsetzen kann

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Was? Wer sagt das denn?)

oder sich nicht durchsetzen will. Dazu haben wir, was noch viel schlimmer ist, einen Bürgermeister, der sich offensichtlich lieber heraushält als Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Dann tut sich dieser Wirtschaftssenator auch noch allen Ernstes im Wesentlichen dadurch hervor, dass er mit Sätzen wie "der Hamburger Hafen ist zu teuer" den Hafen leer redet. So ein Wirtschaftssenator liefert Rotterdam und Antwerpen die Werbung frei Haus. Weder der Hamburger Hafen noch wir Hamburger können uns einen solchen Wirtschaftssenator leisten. Das ist nicht die Aufgabe des Wirtschaftssenators. Genau das Gegenteil von dem, was Sie tun, ist Ihre Aufgabe, Herr Gedaschko.

(Beifall bei der SPD)

Der Bürgermeister hat vor dem CDU-Wirtschaftsrat von Führungsstärke, Gemeinwohl und der Gefahr durch Partikularinteressen gesprochen. Ich hoffe, dass der Bürgermeister Führung zeigt und seine Richtlinienkompetenz nutzt. Wenn Sie uns nicht in Kürze einen Gesetzesentwurf zur Sicherung des Hafenprivilegs vorlegen, dann werden wir das zur nächsten Sitzung tun. Ich bin gespannt, wie dann die Abstimmung verlaufen wird. Das wird sicherlich eine spannende Debatte zwischen den Koalitionspartnern.

Ein weiteres Dauerärgernis ist die Verschleppung der Elbvertiefung. Der Zeitplan ist immer noch nicht klar.

(Barbara Ahrons CDU: Da hätten Sie mal Ihren Herrn Tiefensee etwas stärker anpacken müssen!)

(Michael Neumann)

In Hamburg werden ganz andere Termine genannt als in Berlin. Das Problem – das ist bekannt – ist das Land Niedersachsen. Dabei spielt die Finanzierung der Deichsicherheit eine zentrale Rolle, wobei auch deutlich gesagt werden muss, dass man das regeln muss. Hamburg hat 10 Millionen Euro für das Ausbaggern von Jachthäfen zur Verfügung gestellt. Diese Mittel hätte man besser in die Deichsicherheit investieren sollen, vielleicht hätten wir dann schon längst die Zustimmung aus Niedersachsen erhalten.

(Beifall bei der SPD)

Auch hier gilt, dass sich der Bürgermeister dieses Themas annehmen muss. Wir brauchen eine Entscheidung, wir brauchen das Gespräch. Da muss man auch nach Hannover fahren um dort das Gespräch mit dem Ministerpräsidenten zu suchen, denn ohne die dringend notwendige Elbvertiefung können wir den Hafen – das mag vielleicht hart klingen – auf lange Sicht gesehen zumachen. Wir brauchen freie Fahrt für Wachstum, insbesondere im Hamburger Hafen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um die Zukunft des Hamburger Hafens geht, können wir uns weder das schwarz-grüne Gezänk leisten noch das niedersächsische Provinztheater um Wahlkreisinteressen. Wir brauchen das Hafenprivileg und wir brauchen die Elbphilharmonie,

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei allen Fraktionen)

die Elbvertiefung. Ich weiß, wie einfach ich den Zuspruch der Kolleginnen und Kollegen der CDU bekommen kann.

Wir brauchen die Elbvertiefung und wir brauchen auch, wo Sie gerade schon so heiter sind, ein klares politisches Bekenntnis zum Hamburger Hafen. Wir brauchen keine theoretischen Diskussionen über Kooperationen im Norden und kein Lamento über politische Führung, Gemeinwohl und Partikularinteressen. Wenn ich mir den Hamburger Hafen anschau und das, was Schwarz-Grün dort anrichtet, möchte ich aus einer Rede des Bürgermeisters zitieren:

"Früher hätte man gesagt: Ihr habt ein Rad ab!"

Das gilt für die Senatspolitik im Hafen allemal.

(Beifall bei der SPD)

Politik besteht eben nicht darin, erfolgreich Konflikte dadurch zu vermeiden, dass man nichts tut. Gute Politik besteht darin, den notwendigen Streit zu suchen, zu diskutieren, nach den besten Lösungen zu ringen und am Ende eine Entscheidung zu treffen und nicht, Themen auszusitzen. Unsere Sorge ist, dass sich Schwarz-Grün beim Hamburger Hafen auf Aussitzen geeinigt hat. Das ist der falsche

Weg, das hat keine Zukunft und das ist auch nicht die Führung, die wir in Hamburg brauchen.– Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Herr Ohlsen, Sie werden gleich das Wort bekommen.

Lieber Herr Dr. Tschentscher, herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstag, den Sie hier in unserer Mitte verbringen können. Was kann es Schöneres geben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Jetzt erhält der Abgeordnete Ohlsen das Wort.

Olaf Ohlsen CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herzlichen Glückwunsch, Herr Tschentscher. Einen Glückwunsch zu Ihrer Rede, Herr Neumann, kann ich Ihnen nicht aussprechen, das muss ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Das war eine Aneinanderreihung altbekannter Platitüden. Ich möchte davor warnen, das Thema Hamburger Hafen populistisch zu behandeln, das hat unser Hafen nicht verdient.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es haben Gespräche stattgefunden und es finden Gespräche statt; das wissen auch Herr Egloff, Herr Münster, Herr Schwinke und viele andere. Wir sind in einem beständigen Dialog mit dem Hafen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und das Ergebnis? Nur reden reicht nicht, Herr Ohlsen!)

Ich wage zu bezweifeln, ob die heutige Diskussion dem Hafen dienlich ist und ich sage Ihnen auch gern, warum, Herr Neumann. Im September haben wir eine große Veranstaltung mit der Hafenwirtschaft durchgeführt, auf der auch die hier angesprochenen Punkte thematisiert wurden, auch die Verlagerung vieler Verkehre nach Rotterdam und Zeebrügge, was verschiedene Gründe hat. Einer dieser Gründe ist die Fahrrinnenanpassung. Wir hoffen, dass das Planfeststellungsverfahren 2010 abgeschlossen ist und dann die Fahrrinnenanpassung durch die Elbvertiefung kommt.

In der Hafenwirtschaft sind die Probleme erkannt worden. Vor dem Hintergrund der gemeinsamen Not hat man vereinbart, dass man nach innen gerne streiten könne, nach außen aber – und nicht nur in Richtung der Niederlande – mit einer Stimme sprechen werde. Anders geht es nicht. Ich finde diese Vorgehensweise nach dem Motto "Not schweißt zusammen" bewundernswert.

Die Hafenwirtschaft ist also zusammengerückt. Wir haben im Rahmen einer Presseerklärung einhellig vom Präsidenten der Handelskammer und von Se-

(Olaf Ohlsen)

nator Gedaschko, von Herrn Meier von der HPA und vom Vertreter der Deutschen Bahn AG gehört, dass alle Akteure im Hamburger Hafen – angefangen von den Terminalbetreibern bis zu den Agenten, von den Schiffsmaklern bis zu den Lotsen und von allen, die am und ums Schiff arbeiten – zu Zugeständnissen bereit sind, um den Hamburger Hafen wieder attraktiver zu machen. Das ist die Politik, die wir begleiten. Das ist das, was wir uns wünschen, nämlich mit der Hafenwirtschaft zusammen an einem Strang zu ziehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wenn wir in den nächsten vier Jahren 1 Milliarde Euro in den Ausbau des Hamburger Hafens investieren, dann investieren wir in die Zukunft, ob das die Hafenbahn ist, die Verlängerung von Eurogate oder die Ertüchtigung des Burchardkais; ich brauche das hier nicht alles aufzuzählen. Das ist eine Kraftanstrengung ohnegleichen und dafür gebührt diesem Senat Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Zum Thema Hafenprivileg. Ich verstehe nicht, was Sie mit Ihrer Rede bezwecken wollen, Herr Neumann. Das Hafenprivileg ist ein wichtiges Pfund für den Hamburger Hafen und die dort tätigen Menschen.

(Zurufe von der SPD)

– Ja sicher, das werden Rechtsgelehrte prüfen müssen; ich kann es nicht.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie lange wollen Sie denn noch prüfen? In sechs Wochen fällt die Klappe!)

Wir werden aber mit Sicherheit politisch an dem Hafenprivileg festhalten, das ist eine klare Aussage zu diesem Punkt.

(Zuruf von der SPD: Viel Zeit haben Sie aber nicht mehr!)

Zur Fahrrinnenanpassung habe ich mich bereits geäußert. Insofern wäre bei Ihnen, Herr Neumann, weniger besser gewesen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch die weltweite Wirtschaftskrise ist der Hamburger Hafen besonders hart getroffen: Umsatzrückgänge im Containerbereich von rund 30 Prozent, Marktanteilsverluste an die Konkurrenzhäfen Rotterdam und Antwerpen, Schiffsfinanzierungshäuser, die kurz vor dem Kollaps ste-

hen, Reedereien, die teilweise nur durch staatliche Hilfe gerettet werden können und immer noch die Angst, dass im maritimen Bereich ein Dominoeffekt einsetzt, der die ganze Branche in den Abgrund reißt. Insofern hätte man der SPD dankbar sein können, dass sie dieses Thema heute zur Debatte anmeldet. In der Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden, in der die aus Sicht der SPD entscheidenden kritischen Punkte angesprochen wurden,

(Ingo Egloff SPD: Die gefallen Ihnen nicht!)

war von all den Problemen, die ich eben genannt habe und die die Hafenwirtschaft wirklich schwer umtreiben, überhaupt nichts zu hören. Sie haben sehr abseitige Themen benannt, Herr Neumann. Wenn die Hafenwirtschaft auf Sie und Ihre Hilfe angewiesen wäre, dann gute Nacht für den Hamburger Hafen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Mitten in der größten Wirtschaftskrise hat sich die SPD zu einer Prioritätensetzung nach der Linie des letzten Jahrhunderts entschieden. Ökologie wird als Gegensatz zur Ökonomie gesehen. Im 21. Jahrhundert sind Sie damit noch nicht angekommen, Herr Neumann.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Phrasendreschmaschine!)

Anscheinend ist der SPD nach neun Jahren in der Opposition auch ein wenig das Fachwissen abhanden gekommen. Sie scheinen tatsächlich zu glauben, dass die Federführung bei der Elbvertiefung beim Senat der Freien und Hansestadt Hamburg liegt.

(Andy Grote SPD: Das hat kein Mensch gesagt!)

Das ist natürlich nicht der Fall, Herr Neumann, vielleicht ein bisschen Nachhilfe für Sie. Die Elbvertiefung ist ein Bundesthema. Die Behörde, die die entsprechende Planung vorantreibt, ist die Wasserdirektion Nord, die dem Bundesverkehrsministerium unterstellt ist. Wenn das Thema dort nicht so schnell bearbeitet wurde, wie es für unseren Hafen hätte bearbeitet werden müssen, Herr Kien-scherf, dann hätten Sie sich bis November letzten Jahres direkt an den Bundesverkehrsminister wenden müssen.

(Ingo Egloff SPD: Jetzt kommt wieder die alte Leier!)

Wissen Sie, von welcher Partei der gestellt wurde? – Von Ihrer. Sie hätten sich längst einmal an Herrn Tiefensee wenden sollen, anstatt irgendwelche Vorwürfe an den Senat zu richten, Herr Neumann.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber kommen wir auf die eigentlichen Probleme des Hafens zu sprechen, darauf, wo es jetzt aktuell brennt.

(Jens Kerstan)

(Michael Neumann SPD: Jetzt reden wir über die GAL, oder was?)

Die Feederverkehre, die einen wesentlichen Anteil an den Umsatzzuwächsen der letzten Jahre im Hamburger Hafen hatten, brechen weg. Die großen Containerschiffe aus Asien legen bereits in Rotterdam an, wo die Container auf kleinere Feederschiffe umgeladen werden, die dann, ohne Hamburg anzulaufen, um das Skagerrak herum direkt gen Ostsee fahren. Das ist ein großes Problem und der schwarz-grüne Senat, Herr Neumann, hat reagiert und steht den betroffenen Reedereien hilfreich zur Seite. Mittels eines Marktanzreizsystems wird jetzt versucht, verlorengegangene Marktanteile zurückzugewinnen. Populistische Reden, wie Sie sie hier gehalten haben, helfen dagegen überhaupt nicht. Sie tun sich auch keineswegs einen Gefallen, wenn Sie damit Ihre Wirtschaftskompetenz unterstreichen wollen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

In der gegenwärtigen Situation ist es notwendig, die Strategien des Hamburger Hafens und seiner Akteure kritisch zu betrachten. Es ist notwendig, dass Politik versucht, den Strukturwandel aktiv zu begleiten. Der Senat hat hier etwas getan, was auch den Hamburger Hafen schon immer ausgezeichnet hat, er hat auf neue Entwicklungen reagiert. Auch im Hamburger Hafen kann Wissenschaft helfen. Wir haben gerade beschlossen, in Hamburg ein Fraunhofer-Institut anzusiedeln, das sich insbesondere mit Logistikketten, auch mit CO₂-minimierten Logistikketten, befasst, damit der Hamburger Hafen auch an dem zukünftigen Wachstum partizipieren kann. Herr Neumann, vielleicht hören Sie auch da einmal zu.

(Michael Neumann SPD: Ich höre Ihnen zu!)

Damit können wir die Wirtschaft stärken und gleichzeitig auch etwas für die Umwelt tun. Das ist ein Weg, der in die Zukunft weist, nicht die von Ihnen verbreiteten platten Parolen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir und auch der Hamburger Hafen haben eine Menge Hausaufgaben zu bewältigen. Wir werden dann sehen, ob die jetzt eingeleiteten Maßnahmen die Wettbewerbsposition ausreichend stärken oder ob weitere Maßnahmen notwendig sind. Wir sind an dieser Debatte sehr interessiert, wir befinden uns mittendrin und würden uns freuen, wenn die SPD bei diesem Punkt auch einmal konstruktiv mitarbeiten würde. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Machen wir!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage mich, ob das Loblied auf die Taten des Senats, das Herr Ohlsen und Herr Kerstan diesen vermeintlichen Plattitüden entgegengesetzt haben, uns wirklich weiterhilft. Ich kann mir zudem nicht vorstellen, Herr Ohlsen, dass Sie ernsthaft meinen, eine Diskussion wie diese sei der Sache nicht dienlich. Wenn wir diese Debatte schon führen, dann sollten wir uns die Probleme auch genau anschauen.

Zunächst einmal ist anzuerkennen, dass alle Fraktionen darin übereinstimmen, dass die Situation in der maritimen Wirtschaft sehr ernst ist, weitaus ernster, als in anderen Strukturbereichen der bundesdeutschen Wirtschaft. Das haben auch Sie noch einmal unterstrichen. Wir befassen uns also mit einem Sektor, für den die Wirtschaftskrise noch nicht Vergangenheit ist und in dem wir noch große Probleme vor uns haben.

(Barbara Ahrons CDU: Aber die muss man sachlich besprechen!)

– Da bin ich gerade dabei, Frau Ahrons, darum bemühe ich mich.

In den vorhergehenden Redebeiträgen wurde noch einmal unterstrichen, dass Herr Gedaschko und Herr von Beust richtig reagieren würden. Angesprochen wurde die Gründung eines Logistikinstituts – dagegen sagt niemand etwas, auch wenn es noch nicht steht, sondern erst auf den Weg gebracht wurde – und das Anreizsystem, das die Feederverkehre konkurrenzfähiger machen soll; auch dagegen wird niemand etwas haben. Die Frage, Herr Ohlsen und Herr Kerstan, ist aber, ob das reicht.

Schauen wir zudem einmal näher hin, wann diese Maßnahmen auf den Weg gebracht worden sind. Wenn ich richtig informiert bin, ist das bei beiden im Dezember 2009 der Fall gewesen. Wir haben aber bereits seit dem letzten Quartal 2008 eine kritische Situation in der maritimen Wirtschaft. Da ist ein recht großer Zeitraum nicht genutzt worden. Im Sommer, als uns die Werften und Hapag-Lloyd beschäftigt haben, habe ich von diesem Podium aus mehrfach und eindringlich eine umfassende, regional eingebettete Konzeption und auch Anstrengungen für eine Kooperation mit anderen Häfen gefordert. Wir stehen vor einem Problem, das Hamburg alleine nicht lösen können. Mein Eindruck ist – vielleicht ergreift Senator Gedaschko das Wort und kann das widerlegen –, dass das nicht auf den Weg gebracht worden ist.

Jetzt wollen Sie die Elbvertiefung voranbringen

(Michael Neumann SPD: Das hat Herr Kerstan nicht gesagt, da muss ich ihn in Schutz nehmen!)

(Dr. Joachim Bischoff)

und es mit einem Anreizsystem versuchen. Ich habe große Zweifel, ob das ausreicht, um auf dieses große Strukturproblem angemessen zu reagieren.

Herr Neumann, Sie sagen, der Welthandel werde irgendwann wieder anziehen. Das ist richtig, aber wie wird er anziehen? Wir sollten darüber diskutieren, ob damit nicht eine Schwerpunktverlagerung und ein Strukturwandel in der Globalökonomie verbunden sein werden. Wir sollten nicht einfach unterstellen, dass das, was wir in den letzten Jahren an Logistik und Import und Export im Hamburger Hafen gesehen haben, automatisch so wieder kommt. Die Schwerpunkte des Wachstums, das zeichnet sich doch heute schon ab, verlagern sich in den asiatischen Raum. Wenn Sie die Geschäftsbeziehungen und den Handelsverkehr mit China ausbauen wollen, dann muss ein bisschen mehr kommen als das, was in der Vergangenheit gemacht worden ist. Das heißt, wir stehen vor der großen Herausforderung, einen Strukturwandel bewältigen zu müssen. Das kann mit der Hafenwirtschaft und den dort Beschäftigten auf den Weg gebracht werden, aber da ist bislang nahezu nichts passiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Stilllegungs- oder Zusammenlegungsprozesse bei den Terminalanlagen sind wirklich beunruhigend. Sie unterstellen – auch bei Herrn Neumann mag das durchschlagen – der maritimen Wirtschaft insgesamt eine Verdoppelung des Transportvolumens bis 2025. Das ist ein jährliches Wachstum von 5 Prozent; das ist völlig unreal.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ist Ihnen die Bedeutung des Lichtes da vorne bekannt?

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): – Ich bin gleich am Ende meiner Rede.

Weil das eine so große Bedeutung hat, müssen wir uns da mehr einfallen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, dass die SPD dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat, denn es geht in der Tat, wie Herr Bischoff es gesagt hat, um mehr als ein Naturschutzgesetz, das wir in Hamburg ergänzen müssen oder auch nicht oder das wir mit anderen Wegen begleiten müssen. Es geht um die Frage, wie wir in Hamburg strukturell mit diesem Thema umgehen, wie wir diese Stadt langfristig ausrichten wollen und wel-

che Gelder wir investieren wollen. Wenn man sich zum Hafen bekennt, dann bekennt man sich automatisch auch zu Investitionen in gigantischem Umfang. Das muss man wissen und dann muss man die Entscheidung treffen, wollen wir das oder wollen wir das nicht, glauben wir an diesen Hafen oder glauben wir nicht an ihn und wissen wir, dass der Hafen Zukunft hat, oder wissen wir es nicht.

(Andy Grote SPD: Stellen Sie das alles in Frage?)

Alles andere ist viel zu kurz gesprungen. Deshalb die Frage: Macht eine Hafenkooperation, eine weitere Investition einen Ausbau des Hamburger Hafens überflüssig? Es gibt eine Diskussion, die lautet: Stärkere Kreativwirtschaft statt Hafen oder Bildung statt Hafen bis hin zur Frage, ob man innerhalb einer Wirtschaftskrise eigentlich überhaupt noch in den Hafen investieren müsse oder ob das rausgeschmissenes Geld sei.

(Andy Grote SPD: Wie ist denn Ihre Meinung dazu?)

– Herr Grote, danke für diese Frage.

Die zentrale Antwort auf all diese Fragen lautet natürlich: Nein, dies alles ändert aus Sicht des Senats nichts an der Notwendigkeit, den Hafen weiter zu stärken.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es ist eine Frage der Zeit – das ist eine klare Aussage, da kann man in Wirtschaft und Wissenschaft fragen, wen man will –, aber die Weltwirtschaft wird sich wieder beleben und daran wird der Hamburger Hafen aufgrund seiner geografischen Lage partizipieren. Diese Chance müssen wir nutzen zum Wohl der Menschen in dieser Stadt und zum Wohle des gesamten Landes.

An dieser Stelle lassen Sie mich eines ganz deutlich zum Stichwort Kooperation sagen. Wenn Schwache kooperieren, ergibt das noch längst keinen Starken. Wir befinden uns im globalen Wettbewerb und das bedeutet, dass wir stark sein und mit anderen Starken kooperieren müssen, denn nur dann werden wir uns im Wettbewerb international überhaupt behaupten können.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Deshalb hat Hamburg angesichts der schwierigen Situation, in der wir uns befinden, zunächst mit den norddeutschen Wirtschaftsministern und jetzt gemeinsam mit allen Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder, die Initiative ergriffen und sich an die Kanzlerin gewandt. Es geht bei dieser Initiative nicht nur um das Thema Hafen und die Schwierigkeiten der Hafenwirtschaft, sondern um die Schwierigkeiten der gesamten maritimen Branche, denn Hamburg alleine hat nicht einmal ein

(Senator Axel Gedaschko)

Schlüsselchen zur Lösung dieser Probleme. Die Schlüssel liegen beim Bund und auch bei der EU.

Der Hamburger Hafen ist die Herzkammer für den Exportweltmeister Deutschland. Das bedeutet umgekehrt aber auch, dass der Exportweltmeister Deutschland sich künftig stärker daran beteiligen muss, die Infrastrukturkosten in Hamburg – und nicht nur in Hamburg, sondern auch in den anderen norddeutschen Häfen – zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Der Hamburger Hafen braucht die Unterstützung der gesamten Region. Er ist für Niedersachsen beispielsweise nach VW der zweitgrößte Arbeitgeber.

Dennoch, ein Weiter-so kann es nicht geben. Die Welt hat sich verändert und ist komplizierter geworden und wenn wir die Erfolgsstory unseres Hafens in Hamburg weiterschreiben wollen, müssen wir das selbstverständlich berücksichtigen. Politik, und das ist auch ein Stück Wahrheit, kann zwar etwas machen, aber einen maßgeblichen Teil der Verantwortung für Erfolg oder Nicht-Erfolg tragen die Hafenunternehmen. In der Vergangenheit gab es da leider häufig nur ein teilweises Miteinander, so will ich es einmal ganz vorsichtig sagen. Was wir brauchen, ist ein stärkerer Gemeinsinn. Diesen stärkeren Gemeinsinn haben wir erlebt, als es darum ging, in Hamburg eine Allianz für den Hafen zu schmieden. Es geht nicht nur um die Hafenanlaufkosten, sondern es geht auch um viele andere Bausteine. Der Erfolg wurde sofort kleingeredet von den Bundesbedenkenträgern, die auch in diesen Reihen sitzen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was?)

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen heute verkünden, dass bereits drei Linien wieder unterschrieben haben und die Feederverkehre nach Hamburg zurückverlagern werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Olaf Ohlsen CDU: Bravo!)

Mit weiteren Linien wird verhandelt und es sind erfolgversprechende Verhandlungen. Das zeigt, dass sich diese gemeinsame Aktion gelohnt hat und dass das der Weg ist, den wir gemeinsam weiter beschreiten sollten, und zwar jenseits dieser bisweilen fälschlich geführten Diskussionen, wo dann in der "Bild"-Zeitung über Mieterhöhungen geschrieben wurde, die so gar keine Erhöhungen waren und dergleichen. Das klären wir aber noch einmal an anderer Stelle.

Der Hafen muss sich daher weder regional noch museal oder folkloristisch aufstellen; er muss in vollem Umfang seine Funktionsfähigkeit als Wirtschaftszweig behalten.

Wenn wir in Hamburg darüber diskutieren – ich hatte es am Anfang gesagt –, ob wir die kreative Stadt anstreben und ob dies den Hafen ausschließt, so ist das für mich eine Sackgassendiskussion. Hamburg muss ein breit aufgestellter wirtschaftlicher Standort bleiben, das bedeutet kein Entweder-oder, sondern beides zusammen. Wir brauchen einen Dreiklang, der lautet: Hafen, Handel, Hightech. Nur so wird es uns gelingen, die Zukunft zu gewinnen.

Zur Fahrrinnenanpassung der Elbe, Herr Neumann, sind Sie nicht ganz auf dem aktuellen Stand; das ist auch in Ordnung, deshalb diskutieren wir ja hier. Der Bund hat sich längst mit Niedersachsen über den Tausch der Deckwerksunterhaltung geeinigt. Dazu kann ich dem Bund auch nur gratulieren, das waren keine einfachen Verhandlungen. Wo es ging, haben wir den Bund freundschaftlich begleitet.

Und ein Stück weit müssen wir als Stadt Hamburg auch Asche auf unser eigenes Haupt streuen. Wir haben in der Vergangenheit häufig nicht gerade als Sympathieträger in der Region gewirkt, wenn es darum ging, die Region bei dem, was sie benötigte, zu unterstützen. Wir haben unsere eigenen Anliegen im Zentrum gesehen. Ich erinnere nur einmal freundschaftlich an die Diskussion um die A 26. Wie Hamburg an diesem Punkt in der Vergangenheit verhindernd gewirkt hat, wird uns heute noch in der Region vorgehalten.

(Ingo Egloff SPD: Da spricht der Landrat von Harburg!)

Wir planen jetzt jedenfalls gemeinsam mit Niedersachsen die A 26 und das ist auch gut so. Und sie wird sogar schon gebaut und das ist noch besser.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Was sagt der Koalitionspartner dazu?)

– Der baut mit, das ist das Schöne, Herr Neumann.

Zum Thema Planfeststellungsverfahren und Zeitplan: Ich sage ganz deutlich, es geht hier nicht nur um eine Hamburgensie, wenn wir über den Zeitplan und die Fahrrinnenanpassung reden. Für uns in Hamburg ist es überlebensnotwendig, dass die Fahrrinnenanpassung kommt. Aber international gesehen, und das ist natürlich der Maßstab, mit dem Wirtschaft arbeitet, ist das auch eine Frage der Glaubwürdigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Ist unser Land noch in der Lage, die Voraussetzung für wirtschaftlich erfolgreiches Handeln zu schaffen, und wie lange braucht es dafür?

Ich habe in der letzten Legislaturperiode, Herr Kerstan hat es angeführt, sehr viele Telefonate mit dem früheren Bundesverkehrsminister geführt. Wir haben es dann letztendlich im Sommer geschafft, mit dem Bundesverkehrsministerium den Zeitplan für diese Fahrrinnenanpassung abzuschließen, und das war wirklich nicht einfach. Jetzt drängen

(Senator Axel Gedaschko)

wir allerdings auch darauf – der neue Verkehrsminister hat sich klar dazu bekannt und gesagt, die Investition wird kommen –, dass auch der Bund diese Maßnahmen so zügig durchführt, wie im Fahrplan vereinbart.

Meine Damen und Herren! Von den Bundesländern Schleswig-Holstein oder Niedersachsen jetzt schon das Einvernehmen zu verlangen, ist juristisch unmöglich. Das können sie erst nach der Planfeststellung machen. Aber dadurch, dass gerade in den Bereichen Bühnen und Deckwerksunterhaltung Einigung mit Niedersachsen erreicht wurde, ist für diese Themen die Kuh vom Eis. Auch das ist sehr wichtig und dafür bin ich dem Bund wirklich dankbar, denn das kostet viel Geld.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir müssen in Hamburg natürlich auch selber investieren. Antizyklisch zu investieren, ist das Gebot der Stunde und das tun wir. Wir investieren mehr als jemals zuvor in den Hamburger Hafen, in die öffentliche Infrastruktur und werden das fortführen.

Die spannende Frage aber ist, wie wir mit der Kapazität im Hamburger Hafen umgehen. Sollen wir schlicht und ergreifend mit dem Ausbau der Kapazität darauf warten, dass sich die Situation irgendwann verbessert und uns sozusagen Manna in den Schoß fällt? Wir vertreten eine andere Auffassung. Wir sagen, es muss uns gelingen – zum Beispiel über das, was wir jetzt im Central Terminal Steinwerder machen –, Investitionspartner zu gewinnen, die gleichzeitig Ladungsmenge auf den Hamburger Hafen ziehen. Das heißt, es geht nicht nur darum, den potenziellen Partnern einfach etwas attraktivere Zahlen vorzulegen, sondern auch taktisch und strategisch Ladungsmengen an Hamburg zu binden. Das ist die Chance, die wir beim CTS haben. Wir werden demnächst gemeinsam die Ergebnisse des Interessenbekundungsverfahrens der Öffentlichkeit vorlegen und in diesem Haus dann auch diskutieren.

Wenn wir dieses machen – und das Einvernehmen des Hauses ist Grundvoraussetzung dafür –, dann sollte uns auch nicht bange sein um die Zukunft des Hamburger Hafens. – Danke.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Herr Senator, ich habe zunächst die Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass Sie mehr als das Doppelte der Redezeit in Anspruch genommen haben, die jedem Abgeordneten in der Aktuellen Stunde zur Verfügung steht.

Jetzt bekommt das Wort der Abgeordnete Schwinke.

Karl Schwinke SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Ökologie und Ökonomie, Herr Kerstan, ist für uns kein Widerspruch. Wir haben allerdings beim Thema Hafen eine andere Sichtweise als Sie; die möchte ich gerne kurz skizzieren.

An allererster Stelle steht, dass die Elbvertiefung kommen muss, und zwar schnell. Der Senat muss endlich realistische Daten liefern, mit denen die Reeder zuverlässig planen können. Noch ist Hamburg fester Bestandteil der internationalen Container Routen, noch kommen die großen Containerschiffe nach Hamburg, aber sie können nicht voll beladen werden, weil die derzeitige Tiefe der Fahrrinne nicht ausreicht. Die größte Gefahr für die Hamburger Hafenwirtschaft geht allerdings nicht von den Containerschiffen der neuen Generation aus, sondern vom Senat, bei dem die Hafenwirtschaft und die Hafenpolitik nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus geht die Gefahr von einem Koalitionspartner aus, der öffentlich dazu aufruft, gar nicht erst in den Wettbewerb mit Rotterdam einzutreten und die Hafenwirtschaft damit gleich abzuschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Zur Fahrrinnenanpassung noch ein paar Worte: Statt über Hafenkooperationen zu theoretisieren, Herr Senator Gedaschko, erklären Sie heute bitte dem Hamburger Parlament, ob Ihr Parteikollege und Ministerpräsident Wulff das Vorhaben Elbvertiefung unterstützt. Haben Sie von ihm die Zusicherung, für das Projekt das Einvernehmen zu erhalten, ohne dass neue risikobehaftete Bedingungen für Hamburg insbesondere im Hinblick auf den JadeWeserPort in Wilhelmshaven gestellt werden? Erklären Sie dem Parlament verbindlich, dass eine Meldung des hamburgischen Teils des Wattenmeeres zum UNESCO-Weltnaturerbe erst erfolgt, wenn ein vollziehbarer Planfeststellungsbeschluss zur Fahrrinnenanpassung vorliegt. Oder wollen Sie das Planfeststellungsverfahren durch zusätzliche Abwägungserfordernisse weiter erschweren?

Wenn wir Ihnen, Herr Senator Gedaschko, hinsichtlich Ihres uneingeschränkten Engagements für die Fahrrinnenanpassung glauben sollen, warum haben Sie dann der Bürgerschaft den Gesetzesentwurf zum Elbefonds zugeleitet, bevor überhaupt ein Entwurf des Planfeststellungsbeschlusses zur Fahrrinnenanpassung vorliegt? Oder konnte sich die Wirtschaftsbehörde gegenüber den Grünen im Senat wieder einmal nicht durchsetzen?

(Jens Kerstan GAL: Was hat das eine mit dem anderen zu tun?)

– Hören Sie mir einen Augenblick zu, Sie können gern noch einmal in die Bütt gehen, Herr Kerstan.

(Michael Neumann SPD: Macht er ja auch!)

(Karl Schwinke)

Dieser Senat hat seine Hausaufgaben nicht gemacht: kein verlässlicher Termin für die Elbvertiefung als notwendige Voraussetzung für die Zukunft, stattdessen widersprüchliche Aussagen gegenüber den internationalen Kunden des Hafens, keine Anmeldung einer neuen Trasse für die Hafenuferspanne gegenüber dem Bund, wichtige Zeit ist vertan. Das Thema Y-Trasse ist gefährdet. Das Prinzip "Hafen finanziert Hafen" führt in das Finanzdesaster, denn wie soll es nach Verbrauch der HHLA-Mittel weitergehen? Im Haushalt ist dann kein Platz mehr. Das neue Naturschutzgesetz bürdet dem Hafen neue Finanzlasten auf. Das Entlastungskonzept des Senats für die Hafenwirtschaft greift nach unserer Ansicht zu kurz, denn die Entlastung ist zu gering und es wird begleitet durch die Erhöhung der Hafenbahngebühren, die die DB aus dem Hafen treibt.

Dass die Hafenpolitik des CDU/GAL-Senats versagt hat, zeigen auch die Umschlagsergebnisse.

(Olaf Ohlsen CDU: Keine Ahnung!)

Hamburg hat den stärksten Einbruch von allen Nordrange-Häfen. Das ist nicht Pech, wie der Rotterdamer Hafenchef voller Ironie gesagt hat, das ist verspätete Reaktion auf Marktveränderungen. Die anderen Häfen waren schneller und konsequenter. Hamburg ist hinter Rotterdam und nun auch hinter Antwerpen an die dritte Stelle zurückgefallen. Nehmen Sie Ihren Verfassungsauftrag ernst,

(Farid Müller GAL: Oh Gott!)

wie ihn die klugen Väter der Hamburgischen Verfassung formuliert haben, – ich zitiere –:

"Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen."

Ein Hamburger Bürgermeister und Wirtschaftsminister trägt deshalb auch für die Hafenpolitik besondere Verantwortung. In der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit 80 Jahren bleibt der Hafen sich selbst überlassen. Das ist der wirkliche Kern der Botschaft "Hafen finanziert Hafen".

(Olaf Ohlsen CDU: Sie sind im Tal der Ahnungslosen!)

Der Senat setzt nicht nur die internationale Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit aufs Spiel, sondern auch Hafenbetriebe und Arbeitsplätze und damit die wirtschaftliche Existenz vieler Familien. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Özkan.

Aygül Özkan CDU:* Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe SPD-Kollegen, wie immer macht sich bei Ihnen das Kurzzeitgedächtnis bemerkbar. Am Anfang der Konjunkturkrise, der Wirtschaftskrise, waren Sie die ersten, die gemault haben, hier werde nicht reagiert, hier sitze der Senat etwas aus. Und wenn die ersten Zahlen zum Hafen veröffentlicht werden, machen Sie das wieder.

Hier wird nichts ausgesessen, der Wirtschaftsminister hat es ganz deutlich gemacht. Hier wird aber auch nicht in der Öffentlichkeit etwas totgeredet, wie Sie es gerade versuchen, nämlich einen in Ihren Augen altgedienten Gaul totzureden. Das ist nicht der Fall und das werden wir auch nicht zulassen.

(Ingo Egloff SPD: Ein Pferd totzureden, ist ganz schön anstrengend!)

Wir haben gezeigt, dass wir – wie beim Konjunkturprogramm, wo wir die Schnellen waren – auch hier sehr genau und detailliert schauen, was im Hafen notwendig ist und wie man hier ausgleichend eingreifen kann. Vergessen Sie nicht, das hat der Senator eben betont, dass wir über die Wirtschaft reden. Wir können Rahmenbedingungen schaffen, wir können Leitplanken errichten, die die Krise abfedern, aber wir können nicht in Umschlagzahlen und globale Logistikketten eingreifen. Wir haben Ihnen aufgezeigt, inwieweit wir dort eingreifen können, und das machen wir. Ihre eigentliche Ambition scheint zu sein, hier zwei Behörden gegeneinander aufzuwiegeln. Das werden Sie nicht schaffen, weil wir genau sehen, dass hier die Maßnahmen Hand in Hand gehen. Wir werden in feiner Abstimmung und in klarer Absprache vorgehen. Dass die Gesetzesvorlagen natürlich existentiell für den Hafen sind und die Hafenprivilegierung ein wesentlicher Bestandteil ist, haben wir deutlich gemacht und das werden wir auch in den Gesprächen noch weiter deutlich machen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Das muss ins Gesetz rein, deutlich machen reicht nicht!)

Herr Kollege Neumann und Herr Schwinke, Sie wissen sehr genau, dass bei solchen Mammutprojekten wie der Elbvertiefung das Planfeststellungsverfahren und auch der Beschluss ein sauberes Verfahren darstellen müssen. Wir können es uns nicht leisten, mit einem Verfahren auf den Markt zu gehen, das später angreifbar ist. Sie wären die Ersten, die das anprangern würden.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden ein sauberes Verfahren einhalten und auch bei dem Zeitplan bleiben, der übrigens in der Wirtschaft kommuniziert wird, die durchaus auch in die Planungen eingebunden ist.

(Ingo Egloff SPD: Das ist auch das Mindeste, was wir erwarten!)

(Aygül Özkan)

Wie auch in anderen Bereichen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind, haben wir sehr schnell vergessen, was dieser Hafen geleistet hat. Im Jahr 2008 hat die Hafenwirtschaft nach Abzügen 700 Millionen Euro an Steuern und allen anderen Abgaben an den Hamburger Haushalt abgeführt. Es ist der falsche Weg, den Hafen totzureden und zu erklären, dass wir uns herausziehen und aus Investitionen heraushalten, weil wir jetzt in andere Bereiche investieren wollen; das hat Herr Gedaschko eben sehr deutlich gesagt. Wir werden weiter in einen Mix investieren.

(Ingo Egloff SPD: Das waren noch Zeiten, als Mattner noch da war, der hatte jedenfalls Ahnung!)

Das erste Fraunhofer-Zentrum in Hamburg, das wir jetzt endlich ansiedeln konnten, wird genau in diese Richtung führen, wissensbasierte Unternehmen in den Hafen zu ziehen. Und das hat nichts mit ein bisschen Kreativität und ein bisschen Multikulti zu tun, sondern das ist die Zukunftsmusik, die im Hafen spielen muss. Da können Sie sich nicht verschließen, denn wir müssen uns auch die Frage stellen, wo denn die ganzen Fraunhofer-Institute und -Projekte waren, die in all den Jahren, als die SPD an der Regierung war, nicht nach Hamburg gekommen sind.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch nichts Neues, dass Hamburg mit anderen Häfen kooperiert. Wir haben im Bereich der Hinterlandverkehre und beim Fachkräfte- und Wissensaustausch sehr wohl schon in den letzten fünf Jahren eine Kooperation gehabt. Das wird fortgesetzt und es besteht auch überhaupt kein Widerspruch, Herr Neumann, wenn unser Bürgermeister sagt, es werde eine Kooperation stattfinden. In diese Richtung geht die Entwicklung weiter. Allein der Wettlauf mit Rotterdam, das ist richtig, wird uns nicht nach vorne bringen. Das wissen wir und es wird auch keiner bestreiten, dass wir uns hier stark machen müssen.

Wir werden nicht umhinkommen, und dazu gehört die Zusammenarbeit mit dem Bund, den Hafen als ein nationales Projekt zu sehen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Liebe Abgeordnete, darf ich darauf hinweisen, dass Ihre fünf Minuten um sind.

Aygül Özkan (fortfahrend): – Ich habe es gesehen, danke schön.

Ich schließe ab: Das bleibt und wird ein nationales Projekt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt dann der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Schöne an der Rede fand ich eben, das hat mir sehr gefallen, dass die Fraunhofer-Institute als Multikulti-Projekt in Hamburg bezeichnet wurden. Das will ich noch einmal unterstreichen, dafür bin ich auch.

Aber ich will jetzt etwas zum Hamburger Hafen sagen. Ich habe den Eindruck, die Debatte, die von der Sozialdemokratie und auch vom Senator geführt worden ist, hat den Ernst der Situation, die wir in Hamburg in Zusammenhang mit dem Hafen haben, noch nicht richtig erfasst.

(Andy Grote SPD: Nur Sie?)

Beide haben sich klar nach dem Motto "es geht weiter so" geäußert. Wir haben aber einen Einbruch, der schon sehr dramatisch ist. Im Bereich der HHLA gibt es viele Beschäftigte, die Sorgen um ihre Arbeitsplätze haben. Im Zusammenhang mit der Hafenwirtschaft und gerade beim Gesamthafenbetrieb haben wir eine sehr kritische Situation und es ist dementsprechend sehr wichtig, sich damit auseinanderzusetzen. Sich auseinandersetzen bedeutet aber nicht, liebe SPD, zu sagen, wenn man nur kräftig so weitermache wie bisher, wäre eine Lösung schon vorhanden. Das glaube ich nicht, ein Weiter-so ist wirtschaftspolitisch und finanzpolitisch in dieser Situation nicht möglich.

Was mir auch nicht gefällt, ist die vereinfachte Art und Weise der Diskussion über die Elbvertiefung. Ich bin schon ein bisschen länger in diesem Parlament und habe schon mehrfach erleben müssen, dass gesagt wurde, es sei die letzte Elbvertiefung, die wir unbedingt durchführen müssten. Schon vor mehreren Jahren wurde gesagt, es werde nie wieder eine neue geben. Jetzt wird eine weitere Elbvertiefung geplant und scheinbar werden auch die Grünen sie durchnicken.

Aber worum geht es dort? Der Senator hat so getan, als wenn es um ein Zeichen gehe, dass Deutschland überhaupt noch in der Lage ist, solche Projekte durchführen zu können. Aber die Situation insgesamt wird auch nach dieser Elbvertiefung kritisch bleiben. Jeder, der sich damit auseinandergesetzt hat, weiß, dass es auch dann noch viele Schiffe geben wird, die voll beladen den Hamburger Hafen nicht erreichen können. Das muss man doch ehrlich sagen und damit muss man sich auch einmal auseinandersetzen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Elke Badde SPD und Michael Gwosdz GAL)

Und das bedeutet doch auch, wir werden nicht in der Lage sein, vor der ganzen Welt zu verkünden, dass Hamburg für alle erreichbar ist. Solche Versprechungen können wir nicht einhalten, weil wir

(Norbert Hackbusch)

die natürlichen Voraussetzungen der Elbe in gewisser Weise berücksichtigen müssen. Deswegen ist der Weg völlig richtig, den der Senator und der Bürgermeister angesprochen haben. Die Hafenkooperation ist absolut notwendig. Natürlich wird es Verkehre geben, die nicht mehr nach Hamburg kommen, sondern nach Wilhelmshaven. Hamburg wird, und das tut mir durchaus leid, diese arrogante Art und Weise, mit der wir in den letzten Jahren Hafenpolitik gemacht und uns insgesamt gegenüber der Region verhalten haben, nicht mehr durchhalten können.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus natürlichen Gründen werden wir kooperieren müssen. Und das müssen wir so organisieren, dass wir trotzdem die Verkehre an uns ziehen können. Wir müssen eine breite Kooperation möglichst in europäischem Maßstab hinbekommen – also noch weiter denken als bisher –, und zwar unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Beschäftigten in dieser Stadt.

Meine Damen und Herren! Ich bin enttäuscht, dass das von Herrn Neumann nicht als wichtige Frage angesprochen worden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben nicht nur ein Problem in Bezug auf Hafenflächen, sondern auch in Bezug auf das Wissen von Hafenarbeitern – weniger von Hafenarbeiterinnen, vor allem von Hafenarbeitern –, deren Arbeitskraft gegenwärtig brach liegt und deren Einsatz in der Stadt weiterhin ganz wichtig ist. Wir wissen, dass ihre Arbeitsplätze im Gesamthafenbetrieb gefährdet sind, und wir müssen gemeinsam, und auch das ist eine wichtige Aufgabe dieser Bürgerschaft, ein Konzept entwickeln, damit ihre Kenntnisse auf einem hohen Niveau weiterhin als Angebot dieser Stadt zur Verfügung stehen. Auch das ist eine wichtige und vornehme Aufgabe

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

und nicht nur die Hafenplätze, nicht nur die Reeder, nicht nur die Verkehre, sondern vor allem auch diese Beschäftigten. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ohlsen, Sie haben in Ihrer Rede so getan, als wenn die Diskussion über dieses Thema so eine Art Vaterlandsverrat sei. Ich glaube aber, dass es Aufgabe dieser Bürgerschaft ist, die Probleme, die in einem der wichtigsten Wirtschaftsfelder dieser Stadt existieren, zu diskutieren und gemeinsam um Lösungen zu ringen. Darum geht es und deswegen haben wir dieses Thema angemeldet.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist es gut, dass alle Akteure zusammenarbeiten, natürlich begrüßen wir, dass es diesen Erfolg gegeben hat und die HPA zusammen mit der Deutschen Bahn AG und den Elblotsen und anderen versucht hat, die Verkehre in Hamburg zu halten. Aber das ist doch das Mindeste, was Aufgabe eines Senats in dieser Krise ist, dafür zu sorgen, dass die Verkehre hier bleiben. Das gehört zur täglichen Aufgabe eines Senats und deswegen ist es zwar richtig, sollte aber auch nicht besonders herausgestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Da stellt sich doch die Frage, ob der 4. Dezember, als das verkündet wurde, nicht schon viel zu spät war. Andere Häfen haben doch viel früher reagiert. Dass wir Feederverkehre verloren haben, ist doch auch ein Ergebnis dessen, dass wir zu spät auf diese Situation reagiert haben. Und das Prinzip "Hafen finanziert Hafen" führt dazu, dass die Umschlagsleistungen teurer geworden sind und die anderen die Preise gesenkt haben. Da muss man sich nicht wundern, wenn im Ergebnis die Verkehre anderswo landen.

Zum Thema Elbvertiefung, meine Damen und Herren! Die SPD hat immer zu dieser Elbvertiefung gestanden. Wir haben das seit dem Jahr 2001 diskutiert und ich sage in aller Deutlichkeit, wir sind auch dafür, dass die Elbvertiefung möglichst schnell kommt, weil der Hamburger Hafen sie braucht. Wir haben in der letzten Woche die Situation gehabt, dass Schiffe mit 11,20 Metern Tiefgang den Hafen nicht verlassen konnten. Das ist eine Situation, die Reeder nicht mehr lange hinnehmen werden. Ich frage mich, was eigentlich seit 2001 passiert ist. Solange diskutieren wir nämlich über die Elbvertiefung.

(*Olaf Ohlsen CDU: Tiefensee!*)

– Das ist nicht Herr Tiefensee allein gewesen, sondern die Frage ist, was hat der Senat in all diesen Jahren gemacht. Warum ist der Bürgermeister nicht einmal zu seinem Kollegen Wulff gegangen und hat genau das gesagt, was Herr Gedaschko eben ausgeführt hat. Der Hamburger Hafen ist der zweitgrößte Arbeitgeber Niedersachsens und das soll er sich merken und entsprechend handeln und nicht irgendwelche Partikularinteressen seines Fraktionsvorsitzenden zur Grundlage der Entscheidungen nehmen und die Elbvertiefung verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Es ist das Versagen des Bürgermeisters, dass er sich nicht in einer Art und Weise eingesetzt hat, wie ein Bürgermeister dieser Stadt es angesichts von 160 000 Arbeitsplätzen, die von diesem Hafen in der Region abhängen, hätte machen müssen.

(Beifall bei der SPD)

(Ingo Egloff)

Auch die Deichprobleme sind nicht neu. Ich habe im Jahr 2005 mit den Landräten und den Bürgermeistern in Altenbruch, in Otterndorf und im Land Hadeln darüber diskutiert. Ich habe das anschließend Herrn Senator Uldall berichtet und auch mit Herrn Tiefensee über die Frage geredet. Warum dauert es vier Jahre, bis in der Frage, wer die Deiche in Zukunft finanziert, ein Ergebnis erzielt wird. Man kann sich natürlich hinstellen und zugucken, ob der Bundesverkehrsminister, der auch noch viele andere Dinge zu tun hat, eine Lösung findet – aber man kann auch versuchen, Druck auf den Kessel zu geben. Und genau das ist nicht passiert. Das ist auch ein Versäumnis des alten CDU-Senats.

(Beifall bei der SPD – *Viviane Spethmann*
CDU: Wo war jetzt das Problem?)

Zum Thema Hafenprivileg hätte ich gerne vom Wirtschaftssenator heute hier gehört: Jawohl, wir machen vor dem 1. März eine entsprechende Gesetzesnovelle, die dafür sorgt, dass das Hafenprivileg erhalten bleibt. Diese Aussage können Sie heute von diesem Pult noch machen, Herr Gedaschko. Nutzen Sie Ihre Chance, dem Parlament hier Klarheit zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kerstan, Sie haben im Prinzip das gesagt, was Sie in der "Welt am Sonntag" auch zum Besten gegeben haben, nach dem Motto, es war ein Fehler, auf Containerverkehr zu setzen.

(*Jens Kerstan* GAL: Das habe ich nicht gesagt!)

– Aber in der Zeitung ist es zumindest so zitiert.

In der "Welt am Sonntag" steht dann auch noch, für Sie sei das keine Niederlage. Schiffsfinanzierer, Reedereien, aber auch wissenschaftsorientierte Unternehmen seien vielversprechende Wachstumskerne, um die herum sich weitere Unternehmen ansiedeln würden. So eine Aussage zu treffen angesichts der Krise, in der sich die Reedereien befinden, und angesichts der Lage, dass wir als Schiffsfinanzierungsplatz Nummer 1 auf die größte Krise der Geschichte zusteuern, halte ich für wirtschaftspolitisch dumm – entschuldigen Sie, dass ich das so sagen muss –, weil es wirklich am Kern des Problems vorbeigeht. So kann man die Zukunft des Hamburger Hafens und des Standortes Hamburg nicht retten. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senator Gedaschko.

(*Uwe Grund* SPD: Jetzt kommt's!)

Senator Axel Gedaschko: Verehrte Damen und Herren! In weiten Teilen ist diese Diskussion nach

meinem Dafürhalten qualitativ hochwertig gewesen. Es hat aber keinen Sinn, Herr Egloff, zum Schluss noch einmal ordentlich mit der Peitsche zu knallen und zu versuchen, parteipolitisch ein bisschen Honig daraus zu saugen. Das Thema Fahrrinnenanpassung ist ein hochdiffiziles, das wissen wir alle. Es ist hochpolitisch und wenn Sie sagen, dann sollen wir ordentlich draufhauen, bis in Niedersachsen das Blut spritzt, ist das garantiert die Methode, wie Sie das Einvernehmen niemals bekommen würden. Wer so handelt, der handelt gegen Hamburger Interessen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann* SPD: Hat doch keiner gesagt! Merken Sie sich das mal!)

Es ist doch völlig klar, dass, wenn Sie jemanden vor den Kopf hauen, Sie ihn nicht künftig als Partner haben können. Das ist genau die arrogante Grundhaltung, Herr Neumann, mit der die SPD in den vergangenen Jahren in Hamburg regiert hat – ich habe die A 26 als Thema genannt – und mit der Sie das Hamburger Image massiv geschädigt haben. Genau das werden wir nicht machen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Ingo Egloff* SPD: Redet hier der Harburger Landrat oder der Hamburger Wirtschaftsminister?)

Der Bürgermeister hat selbstverständlich diverse Gespräche mit den Beteiligten geführt, ich war selbst dabei. Jetzt hier so zu tun, als ob das nicht gewesen wäre – ich denke, Sie wissen es besser –, finde ich alles andere als vertrauenerweckend.

Meine Damen und Herren! Ich hatte vorhin gesagt – das Gedächtnis ist kurz –, wie das juristische Verfahren ist, und davon können weder Schleswig-Holstein noch Niedersachsen abweichen. Eine Einvernehmenserklärung eines Bundeslandes kann es erst nach abgeschlossenem Planfeststellungsverfahren geben. Wenn Sie den Menschen hier etwas anderes erzählen, erzählen Sie Ihnen die Unwahrheit.

(Beifall bei der CDU und der GAL – *Michael Neumann* SPD: Das ist doch Quatsch!)

– Oder Sie haben keine Ahnung, Herr Neumann, das weiß ich nicht.

Sie sprechen noch einmal das Verfahren an. Ich hatte vorhin schon gesagt, dass das Verfahren noch mit dem alten Bundesverkehrsminister abgestimmt worden ist, nachdem es über sechs Wochen überhaupt nicht möglich war, ihn für einen Hamburger Senator ans Telefon zu bekommen.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann* SPD: Darüber sollten Sie mal nachdenken, woran das liegt!)

(Senator Axel Gedaschko)

So ist das Verhalten des alten Bundesverkehrsministers Tiefensee in dieser Frage gewesen. Es bedurfte – und da sage ich Dank an die Hamburger SPD – des Abgeordneten Kahrs, der hier vermittelt hat, damit wir überhaupt ein Telefonat führen konnten. So ist die Zusammenarbeit gewesen zwischen dem alten Bundesverkehrsminister und dem neuen.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker GAL*)

Wenn Sie mehr Einfluss auf Ihren Verkehrsminister gehabt hätten, dann hätten wir heute eine andere Situation. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte ist ziemlich aufschlussreich, weil sie teilweise sehr entlarvend ist; denn angesichts einer Weltwirtschaftskrise, die dem Hafen im Moment Probleme bereitet, ist es ganz offenkundig Strategie der SPD zu suggerieren, dass das einzige Problem des Hamburger Hafens die Ökologie ist.

(*Jan Quast SPD:* Nein, der Senat!)

Sie fragen, warum es eine Elbestiftung gibt oder ob es ein Weltnaturerbe Wattenmeer geben darf, und tun so, als ob dies zwingend ein Widerspruch sei. Ist die SPD wirklich der Auffassung, Wirtschaft könne nur unter völliger Ignorierung von Naturschutz und Ökologie betrieben werden? Glauben Sie wirklich, dass so ein nachhaltiges Wachstum möglich ist? Eine solche Ignorierung mag kurzfristig Vorteile bringen, aber langfristig setzen wir damit unsere Lebensgrundlage aufs Spiel. Dieser Senat handelt anders. Er hat ein neues Leitbild: "Wachstum mit Weitsicht". Was heißt das?

(*Michael Neumann SPD:* Ja, genau, das ist eine gute Frage!)

Das kann und will ich gerne anhand der Elbestiftung erläutern, mit der die SPD anscheinend ein großes Problem hat.

(*Michael Neumann SPD:* Der Zeitpunkt ist das Thema!)

Wir haben mit ihr einen Mechanismus gefunden, der Wachstum im Hafen akzeptiert und gleichzeitig die durch steigende Hafengebühren erzielten Einnahmen der Ökologie zugutekommen lässt. Das ist der klassische Mechanismus, mit dem man versucht, die zwei großen Probleme der heutigen Welt unter einen Hut zu bekommen, nämlich Ökonomie und Ökologie. Wenn die SPD angesichts einer Wirtschaftskrise dagegen Sturm läuft – und das, obwohl sie einen ehemaligen Bundesumweltminis-

ter zu ihrem Parteivorsitzenden gemacht hat –, wird deutlich, dass im Kern ihrer Politik Ökologie, die Sicherung unserer Zukunft, ein opportunistisches Prinzip ist, das sie je nach Bedarf in dem Moment, in dem Entscheidungen getroffen werden müssen, über Bord wirft.

Einerseits finde ich es gut, dass das so klar ist, aber andererseits ist es eine beklagenswerte Position, die den eigentlichen Problemen im 21. Jahrhundert keineswegs gerecht wird.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Meiner Meinung nach geben Sie heute in diesem Punkt ein trauriges Bild ab, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Der Hamburger Hafen hat sich vor allem dadurch ausgezeichnet, dass er niemals nur an einer Strategie festgehalten hat, sondern sich mit den veränderten Bedingungen in der Welt geändert hat. Hamburg war der erste Hafen, der Hafenbecken praktisch ins Land hineingebaut hat. Hamburg war der erste Hafen, der Hafenumschlag mit Eisenbahn verbunden hat, und natürlich war Hamburg auch einer der ersten Häfen, der auch im Containerverkehr eine führende Rolle eingenommen hat. Es kann doch vonseiten der SPD nicht ernsthaft kritisiert werden, dass es angesichts einer umwerfenden Umwälzung in der Weltwirtschaft zur Zukunftssicherung des Hamburger Hafens erlaubt sein muss, darüber nachzudenken, ob die bisherige Strategie auch in Zukunft die richtige ist oder ob der Hafen vielleicht eine andere Strategie verfolgen muss, um auch in einer neuen Situation bestehen zu können, was etwas völlig anderes ist, als auf den Hafen zu verzichten, um auf Ihre billige polemische Äußerung einzugehen.

(*Andy Grote SPD:* Welche denn?)

Sie werden der Rolle einer verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Politik in keiner Weise gerecht, wenn Sie diese vorsichtige Frage als Verrat ansehen und im Grunde genommen dafür plädieren, so wie immer zu agieren: Augen zu und durch, dann wird schon alles gut werden.

(*Andy Grote SPD:* Wie sieht es denn bei Ihnen aus?)

Ich bin froh, dass dieser schwarz-grüne Senat in beiden Fragen einen innovativen Kurs fährt, nämlich einerseits Ökonomie und Ökologie unter einen Hut zu bringen und andererseits auch den Mut zu haben, neue strategische Richtungen einzuschlagen, um den Hamburger Hafen zu stärken und zukunftsfest zu machen. Davon werden wir uns durch eine dermaßen rückwärtsgewandte Politik, wie die SPD sie heute an den Tag legt, nicht abbringen lassen. – Vielen Dank.

(Jens Kerstan)

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Drei Bemerkungen möchte ich dazu machen. Erstens ist es sicher richtig, Herr Kerstan, dass keine Fraktion in diesem Hause das Problem auf ein ökologisches reduzieren will. Wir sind uns wahrscheinlich auch darin einig, dass die Fahrrinnenanpassung und alle damit zusammenhängenden Probleme kompliziert und nicht einfach zu lösen sind. Aber wir reden nicht nur über den Hafen, sondern auch über die Reedereien, die Werften und über die Schiffsfinanzierung. Das heißt, wenn wir fair bleiben wollen, dann müssen wir uns in Hamburg mit dem Problem der maritimen Wirtschaft auseinandersetzen.

Zweitens: Selbst wenn ich Ihren Hinweis zur Kenntnis nehme, Herr Gedaschko, dass es schwierig ist, müssen wir in der Wirtschaft vorankommen. Diese Krise ist eben nicht erst Ende 2009 ausgebrochen oder allen bewusst geworden, sondern wir hatten sie schon ein Jahr lang und wussten, dass sie eine große Herausforderung für die maritime Wirtschaft in Hamburg darstellt.

Drittens: Wie Herr Hackbusch sagte, geht es jetzt darum, ob man so weitermachen könne wie bisher. Können die vor der Krise entstandenen Pläne einfach abgearbeitet werden? Wenn ich Sie richtig verstanden habe, halten Sie das nicht für möglich. Im Namen meiner Fraktion sage auch ich unmissverständlich, dass wir dies überdenken müssen. Die bis 2008 bestehenden Planstrukturen und Investitionskonzeptionen können nicht einfach abgearbeitet werden. Wenn wir fordern, dass diese Thematik aufgegriffen und überdacht und eine neue Konzeption für den regionalen Raum entwickelt werden muss, dann heißt das nicht, wir würden die Investitionen nicht begrüßen. Wir wollen nur, dass sie besonnen unter den neuen Bedingungen getätigt werden, und somit Fehlinvestitionen entgegenwirken, zu denen es aufgrund der Abarbeitung alter Konzeptionen kommen könnte.

(Beifall bei der LINKEN)

Abschließend möchte ich betonen, dass die Lage ernst ist. Nimmt man den Erfolgsbericht von Schwarz-Grün mit den Ergebnissen dieser Konjunkturoffensive zur Grundlage, dann ist das mit einem Plus von 0,4 Prozent nicht sehr viel. Angesichts unserer Erwartungen für das nächste Jahr und des Impulses, der dann von Hamburg ausgehen wird, ist die Situation nach wie vor sehr ernst. Wären wir uns einig, dass dieses ein zentrales Thema für Hamburg ist, dann müssten alle Fraktionen über ihren jeweiligen Tellerrand hinausblicken und ernsthaft versuchen, einen Konsens in dieser Frage herbeizuführen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Martin Schäfer* SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Capeletti.

Bernd Capeletti CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen von Herrn Schwinke und Herrn Egloff haben mich bewogen, jetzt ganz spontan die Hand zu heben und mich ans Mikrofon zu begeben.

Als Mitglied des Wirtschaftsausschusses kann ich sicherlich beurteilen, dass das Thema Hafenwirtschaft uns in den vergangenen Jahren stets in diesem Ausschuss begleitet hat und wir entsprechende Vorschläge bearbeitet haben. Ich möchte auch an eines erinnern: Wir waren Mitte 2009, vor gut sieben Monaten gemeinsam in Rotterdam und konnten uns ein Bild davon machen, mit welcher Kraft und Anstrengung diese Stadt ihren Hafen ausbaut und versucht, sich zusätzliches Frachtgut aufkommen, das vorher zum Teil in Hamburg umgeschlagen wurde, im wahrsten Sinne des Wortes an Land zu ziehen. Wir konnten – zum Beispiel auch Sie, Frau Badde – die Reedereien und die 5000-TEU-Schiffe sehen und mussten feststellen, dass nicht mehr die Zeit das entscheidende Kriterium für den Frachttransport ist, sondern dass der relativ günstige Schiffsdiesel und die heute mögliche längere Zeit dazu führen, dass die Schiffe die Container direkt in Rotterdam aufnehmen und um das Skagerrak herum in den Ostseeraum hineinfahren. Wir haben auch festgestellt – das können wir nicht einfach ausblenden –, dass vor allem die Exporte nach China und Russland sehr stark eingebrochen sind.

Natürlich ist der Hamburger Hafen von dieser Entwicklung betroffen und natürlich hat der Senat entsprechend reagiert. Es ist ein Stück weit unehrlich, wenn Sie behaupten, Maßnahmen seien viel zu spät ergriffen worden. Die Zahlen liegen vor und zeigen, dass wir 2008 fast die Umschlagszahlen von Rotterdam hatten und massive Einbrüche erst in 2009 zu verzeichnen hatten. Es sind also die entsprechenden Vorlagen gemacht worden. Wir haben uns auch in Kiel darüber informiert, wie der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals erfolgt. Jetzt also einfach zu sagen, es sei nichts unternommen worden, ist einfach nicht okay.

Wirtschaftlich gesehen ist die Rechnung ganz einfach und wenn wir uns mit Rotterdam vergleichen wollen, dann müssen wir uns fragen, was es kostet, einen Container von Shanghai nach Prag zu bringen. Wenn die Rotterdamer uns beweisen – und daran werden sie alles setzen –, dass sie schneller und günstiger sind als wir, dann wird dieser Container anstatt über Hamburg über Rotterdam umgeschlagen und nach Prag gebracht. Wenn wir nicht aufpassen und nicht mit einer Stim-

(Bernd Capeletti)

me reden, werden die Container aus Holland schneller hinten bei uns auf dem Hof stehen, als wir sie vorne von den Schiffen abnehmen können. Das kann doch nicht in Ihrem Sinne sein.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es wurden ganz konkrete Maßnahmen ergriffen. Herr Ohlsen hatte darauf hingewiesen, dass die Hafenwirtschaft konzentriert an einer tariflichen Lösung gearbeitet hat. Es stehen auch ganz konkrete Überlegungen im Raum, die Schleusen Holtenau und Brunsbüttel im Nord-Ostsee-Kanal auszubauen. Wir überlegen auch, gegebenenfalls drei Lotsen, die heute notwendig sind, um ein Schiff in den Hamburger Hafen zu bekommen, auf zwei zu reduzieren. Es ist also vieles auf den Weg gebracht worden.

Wir schnacken im Moment über den Hafen. Es ist zwar richtig, diesbezüglich auch einen Zusammenhang mit der maritimen Wirtschaft herzustellen, aber es gibt noch ganz andere Aufgabenfelder und ich würde mich freuen, wenn alle vier Fraktionen an einem Strang ziehen

(Dirk Kienscherf SPD: In welche Richtung?)

und nicht versuchen, sich gegenseitig in die Hacken zu schießen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Capeletti, wie ich eben schon sagte, war es gut und richtig, diese Maßnahmen zu treffen. Die Frage ist allerdings, ob sie nicht zu spät erfolgten angesichts der Tatsache, dass andere Hilfen anscheinend früher zum Einsatz kamen.

Herr Senator Gedaschko, niemand bestreitet, dass das Planfeststellungsverfahren rechtlich kompliziert ist. Das ist aber eine Binsenweisheit, die wir längst kennen, und es ist auch ein Grund dafür, dass es so lange dauert. Aber es stellt sich die Frage, ob es wirklich so lange dauern muss, wie wir es nunmehr seit 2001 erleben. Darum geht es und da kann es doch nicht von kriegsentscheidender Bedeutung sein, ob Herr Tiefensee sechs Wochen mit Ihnen nicht telefonieren will oder nicht.

(Frank Schira CDU: Ja, da kommt eines zum anderen!)

Was ist die ganze Zeit vorher passiert? Was ist passiert, um beispielsweise den Prozess zu beschleunigen, dass der Tausch der Deichunterhaltung in Niedersachsen vorangeht? Was ist in dieser Hinsicht seit 2005 passiert? Diese Fragen gilt es zu beantworten und diese Fragen sind legitim und diese Fragen haben Sie nicht beantwortet,

sondern sind ihnen ausgewichen. Wenn Sie immer nur verwaltungstechnisch argumentieren, Herr Senator Gedaschko, kann ich Ihnen nur sagen, Sie sind nicht mehr Landrat von Harburg, sondern Senator der Freien und Hansestadt Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen geht es nicht darum, dass Niedersachsen, genau wie Schleswig-Holstein, juristisch natürlich erst dann das Einvernehmen herstellen kann, wenn das Planfeststellungsverfahren vorliegt, sondern es geht darum, politisch ein Signal zu setzen, und es geht darum, dass der Bürgermeister seinem Kollegen Wulff gegenüber klar macht, dass Hamburg dies erwartet. Nach dem Vertrag, den das Deutsche Reich mit der Freien und Hansestadt Hamburg 1920 geschlossen hat, besteht sogar ein Rechtsanspruch darauf. Vielleicht sollte man sich auch dies noch einmal in Erinnerung rufen. Niedersachsen kann sich dem letztendlich nicht verweigern und der Bund auch nicht.

(Beifall bei Michael Neumann und bei Dr. Peter Tschentscher, beide SPD)

Herr Kerstan, es ist billig, uns zu unterstellen, wir würden das Thema Ökologie nicht ernst nehmen. Natürlich nehmen wir das Thema Ökologie bei der Fahrrinnenanpassung und auch in allen anderen Punkten ernst, aber ich habe das Gefühl, dass es bei Ihnen eine ganze Menge Leute gibt, die froh sind über diese Wirtschaftskrise und die Einbrüche bei den Wachstumsraten im Hafen, weil sie jetzt die günstige Chance sehen, das Thema Elbvertiefung nach dem Motto, das bräuchten sie nicht mehr, von der Tagesordnung zu nehmen.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Das ist eine Frechheit!)

– Natürlich ist es eine Frechheit, Herr Beuß, wenn das der Tatsache entspricht. Ihre Aufgabe als CDU-Fraktion ist es, das zu verhindern, und der werden Sie nicht in ausreichendem Maße gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Was heißt denn neue Strategie für den Hafen? Das kann doch nicht das Fraunhofer-Institut für Logistik sein. Das kann doch auch nicht irgendeine Hochschule sein, die sich mit logistischen Problemen befasst. Das wiegt doch nicht das auf, was wir womöglich verlieren, wenn der Hafen nicht mehr konkurrenzfähig ist. Darauf sind Sie die Antworten schuldig geblieben. Neue Strategie hört sich gut an, aber füllen Sie sie doch einmal mit Inhalten.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Beuß CDU: Das ist Tüdelkram!)

Wir sind gerne daran interessiert, mit Ihnen darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

(Ingo Egloff)

In der Vergangenheit hat doch immer die SPD zu ihrer Regierungszeit in dieser Stadt dafür gesorgt, dass der Hafen sich ständig neu ausgerichtet hat.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Warum seid ihr dann überhaupt abgewählt worden?)

– Herr Warnholz, wer hat denn nach 1967 gegen den Widerstand der Hafenunternehmer den Containerverkehr durchgesetzt? Da haben Sie noch nicht einmal in der Bezirksversammlung gesessen, wahrscheinlich wissen Sie davon nichts, aber Tatsache ist, dass es passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Hafens brauchen wir wahrlich keine Belehrung von der CDU und schon gar nicht von den Grünen. Wir möchten aber, dass das Zukunftspotenzial des Hamburger Hafens gewahrt bleibt; dazu gehört unausweichlich die Elbvertiefung und dazu gehört auch das Hafenprivileg. Hierzu müssen Sie sich noch äußern und im Zweifelsfall werden wir Sie per Abstimmung dazu zwingen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

(Dirk Kienscherf SPD: Jetzt sind wir aber gespannt auf die Strategie!)

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Egloff, Ehre, wem Ehre gebührt. Ich bin geschmeichelt, wenn Sie den Grünen Allmacht unterstellen, aber den Beweis müssen Sie jetzt liefern in dem Punkt, inwiefern wir Grünen in der jetzigen Situation die Elbvertiefung blockieren. Mit diesem Vorwurf machen Sie sich im Moment wirklich lächerlich, Herr Egloff, weil Sie an keiner einzigen Stelle des Verfahrens belegen können, dass die Grünen darauf auch nur den geringsten Einfluss hätten.

(Ingo Egloff SPD: Gott sei Dank!)

Zu behaupten, wir würden dabei etwas blockieren, ist wirklich eine Frechheit und lenkt von den eigentlichen Problemen ab.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Was haben Sie denn im Wahlkampf versprochen? – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Kerstan, ich glaube, das von Ihnen gewählte Wort entspricht nicht unbedingt dem parlamentarischen Sprachgebrauch.

Jens Kerstan (fortfahrend): – Frechheit? Okay.

Der zweite Punkt: Sie führen eine absolute Phantomdebatte anlässlich der Frage nach dem Pro-

blem bei der Elbvertiefung – als ob Niedersachsen das Hauptproblem wäre. Das Hauptproblem besteht darin, dass das alte Planfeststellungsverfahren vor Gericht aufgrund ökologischer Argumente gescheitert wäre, da die Elbvertiefung ein massiver Eingriff in die Ökologie des Flusses ist und es sehr schwierig ist, dies mit europäischen Umweltgesetzen, die nationales Recht brechen, in Einklang zu bringen. Es ist überhaupt kein Geheimnis, dass zwischen den Grünen und den beiden großen Fraktionen in diesem Haus eine Differenz darin besteht, ob man bereit ist oder es für sinnvoll hält, dieses Risiko einzugehen. Aber die Wasserdirektion Nord hat momentan das Problem, ein gerichtsfestes Planfeststellungsverfahren zu basteln, Herr Egloff. Damit hat Herr Wulff nun wirklich überhaupt nichts zu tun und dieses Problem dem Senat in die Schuhe zu schieben, geht völlig an der Realität vorbei.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU – Wolfgang Rose SPD: Jetzt endlich die Strategie!)

Zu dem Punkt, dass Rotterdam aufgrund seiner schnelleren Reaktion Marktanteile gewonnen habe, Herr Egloff: Sehen Sie sich doch einfach einmal an, was dort gerade passiert. Es sind wesentlich mehr Schiffe im Einsatz, als der Markt im Moment nachfragt. Aus diesem Grund greifen die Reeder zu der Strategie, die Schiffe langsamer fahren zu lassen, weil sie somit mehr Schiffe in der gleichen Linie einsetzen und aufgrund des niedrigen Ölpreises gleichzeitig längere Routen um das Skagerrak herum fahren können. Das führt momentan dazu, dass Rotterdam trotz seiner für den Ostseeverkehr überhaupt nicht günstigen geografischen Lage Hamburg Marktanteile abnimmt. Den Experten von der SPD oder von sonst woher möchte ich sehen, der vor einem halben Jahr diese Entwicklung vorhergesagt hätte. Dass es dazu kommen würde, hat uns alle überrascht.

Jetzt hat dieser Senat darauf reagiert, und zwar nicht zu spät, sondern in dem Moment, wo alle begreifen haben, was da passiert. Natürlich wird bei steigendem Ölpreis ein Teil dieser Verkehre wieder zurück nach Hamburg kommen, weil sich dann die Fahrt um das Skagerrak, das langsame Laufen der Schiffe unter Umständen nicht mehr lohnt. Schön und gut, aber es ist fraglich, ob das ausreicht, denn es hat natürlich auch strukturelle Veränderungen gegeben. Die Häfen im Ostseebereich, die noch vor zehn Jahren Minihäfen ohne jede moderne Infrastruktur waren, sind mittlerweile voll ausgebaut. Containerhäfen, die von 8000-TEU-Schiffen über das Skagerrak direkt angelaufen werden können. Vor diesem Hintergrund gibt es sehr viele Schifffahrtsexperten, und zwar nicht nur bei den Grünen, sondern auch überall sonst,

(Dirk Kienscherf SPD: Die Grünen haben doch gar keinen!)

(Jens Kerstan)

die bezweifeln, dass die Wachstumsraten im Hamburger Hafen im Containerbereich nach der Krise so groß werden, wie sie es vorher waren. Vor diesem Hintergrund ist es womöglich richtig, dass der neue Terminal im mittleren Freihafen von der HPA im Moment nicht mehr ausschließlich als Containerterminal geplant wird.

(Ingo Egloff SPD: Das hat niemand bestritten!)

Sie fragen nach einer neuen Strategie, Herr Egloff. Es ist eine neue Strategie, neue Terminals nicht nur auf Container auszurichten, sondern dort auch hafennahe Industrien oder auch Umschlagsbetriebe anzusiedeln, die zusätzliche Ladungen nach Hamburg bringen durch eine andere, durch eine produktive Tätigkeit.

(Ingo Egloff SPD: Mit der neuen Strategie sind wir auch einverstanden!)

Das ist eine neue und richtige Strategie und die wird von diesem Senat verfolgt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die zweite Strategie ist die einer Hafenkooperation. Auf nationaler Ebene steckt sie bisher noch in den Kinderschuhen, aber eine Hafenkooperation im Unterelbbereich wird zurzeit von diesem Senat gemeinsam mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein vorangebracht. Auch das ist eine sinnvolle Strategie, gemeinsame Interessen zu schaffen, um dann gemeinsam beim Bund die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen herbeizuführen.

Auch wenn wir Grüne bisher zu den kleinen Parteien zählen, nicht zu den großen, die das so sehen, würde ich mich freuen, wenn es gelingen würde, diesen Schritt auch auf eine nationale Strategie auszuweiten, weil wir nur durch eine sinnvolle Arbeitsteilung die Zukunft des Hamburger Hafens sichern können. Ich hoffe, dass wir auch in dem Bereich weiterkommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält Herr Ohlsen.

Olaf Ohlsen CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Egloff, je oller, desto doller möchte man fast sagen,

(Heiterkeit bei der CDU)

wo es doch eigentlich heißt, man würde mit zunehmendem Alter ruhiger werden; doch anscheinend ist das Gegenteil der Fall. Rütteln Sie uns ruhig ein wenig auf, Herr Egloff, im Grunde genommen kann ich das gut ertragen. Aber ich glaube, auch für viele andere hier sagen zu können, dass der Hamburger Hafen keine Differenz in der Polemik der Parteien braucht, sondern deren Gemeinsamkeiten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Um noch einmal auf Rotterdam zu sprechen zu kommen: Natürlich überlegen sich die Reeder, wie sie preisgünstig fahren können. Sie fahren mit slow steam, sie fahren nicht mehr mit 24, sondern mit 16 Seemeilen. Da sie stark entladen sind und das Tidefenster brauchen, werden sie nicht Hamburg anlaufen. Das hatte ich alles schon erzählt und insofern muss es die Fahrrinnenanpassung geben. Herr Egloff, Sie waren von Anfang an dabei. Sie hatten auch mit den Deichverbänden zu tun und waren in Otterndorf und in Cuxhaven. Ich weiß nicht, was Sie dort gemacht haben,

(Ingo Egloff SPD: Das können Sie in der Zeitung nachlesen!)

aber viel Erfolg hat das nicht gebracht. Ich möchte das ein bisschen versachlichen und an die spezielle Situation eines Wahlkreises in Otterndorf erinnern; jeder von Ihnen weiß, worauf ich anspiele.

Die Deichsicherheit, die ein zentrales Thema war, ist mittlerweile geregelt. Der Bund ist auf dieses Anliegen der Deichverbände eingegangen – das finde ich ganz toll –, ganz einfach aus dem Grund, dass man den Menschen, die hinterm Deich wohnen, die Sicherheit geben muss, dass das Elbwasser nicht irgendwann einmal herüberschwappt. Insofern ist das ein guter Weg.

(Ingo Egloff SPD: Vor allem muss man ihnen die Sicherheit geben, dass sie das nicht bezahlen müssen!)

Ich wiederhole an dieser Stelle, Herr Egloff, gerne noch einmal, dass wir alles daran setzen werden, um das Hafenprivileg zu erhalten. Mehr kann ich hier und heute dazu auch nicht sagen, weil es noch Rechtsstreitigkeiten gibt.

(Dirk Kienscherf SPD: Warum denn?)

– Meine Güte, da gibt es zwei, drei Rechtsanwälte; drei Rechtsanwälte, drei Meinungen, das wissen wir doch alle. Nun lassen wir das und warten erst einmal ab.

Ich kann nur sagen, dass das Hafenprivileg politisch von uns gewollt ist und wie wir uns politisch aufstellen. Es ist ein Signal, das auch in die Hafenwirtschaft hineinstrahlen soll, und insofern bitte ich hier um Verständnis und um Gemeinsamkeiten.

Ich bin sehr stolz darauf, dass wir keinen reinen Containerhafen haben. Der Konventionalfhafen hat sich in der Vergangenheit bewährt, auch in der Krise, und insofern ist meiner Meinung nach der richtige Weg aus dieser Krise heraus, dass wir für Steinwerder keinen reinen Containerhafen konzipieren, sondern einen Konventionalfhafen mit einem Containerhafen. An dieser Zukunft des Hamburger Hafens arbeiten wir. Ich bin davon überzeugt, dass die Hafenpolitik bei der CDU, aber auch bei der GAL in guten Händen ist, und fordere

(Olaf Ohlsen)

Sie alle auf, im Interesse des Hamburger Hafens Gemeinsamkeiten zu entwickeln. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema sehe ich nicht.

Meine Damen und Herren! Uns verbleiben weniger als 15 Minuten, um auch das zweite Thema aufzurufen. Die anmeldende Fraktion hat mich bereits wissen lassen, dass sie die Aussprache auf morgen vertagt haben möchte. Dann verfahren wir entsprechend und setzen die Aktuelle Stunde morgen mit dem zweiten Thema fort.

Ich komme dann zu den Punkten 2 und 3 der Tagesordnung, das sind die Drucksachen 19/4133: Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihren Vertreterinnen und Vertretern und die Drucksache 19/4676: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihren Vertreterinnen und Vertretern

– Drs 19/4133 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung

– Drs 19/4676 –]

Meine Damen und Herren! Würden Sie mir bitte zuhören. Es wäre schön, wenn wir das zunächst einmal abwickeln könnten. Sie haben dabei einiges zu bedenken.

Die Fraktionen haben vereinbart, dass beide Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden sollen.

Bevor wir zu den Wahlen kommen, ist mir mitgeteilt worden, dass zur Wahl des Richterwahlausschusses aus den Reihen der SPD-Fraktion gemäß Paragraf 26 Absatz 6 der Geschäftsordnung das Wort gewünscht wird. – Frau Ernst, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Diese Wahl für den Richterwahlausschuss hat uns wieder einmal gezeigt, dass die Gleichstellung von Frauen nicht vorankommt, wenn wir uns selber nicht aktiv daran beteiligen. Wir haben in Hamburg die Situation, dass die Verfassung auch ausdrücklich die Bürgerschaft auffordert, hier aktiv zu werden, wenn es darum geht, öffentliche Gremien zu besetzen. Wir haben

das auch getan und die Wahl zum Richterwahlausschuss sogar vertagt, weil wir die in dieses Gremium Entsendende aufgefordert haben, doch noch einmal darüber nachzudenken, ob der Frauenanteil nicht erhöht werden kann. Wir sind sehr froh, dass es dem DGB gelungen ist, uns innerhalb von 24 Stunden im letzten Jahr einen weiblichen Vorschlag zu machen.

(Beifall bei der SPD, der GAL, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Wir sind aber sehr enttäuscht darüber, dass es der Rechtsanwaltskammer und den Vereinigungen der Unternehmensverbände leider nicht gelungen ist, hier nachzubessern. Wir sollten uns für die Zukunft vornehmen, unser Anliegen von vornherein etwas energischer vorzutragen und vielleicht auch einmal über eine höhere Verbindlichkeit dieser Regelung nachzudenken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zu den Wahlvorgängen.

Die beiden Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei jedem Namen ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Auf dem Stimmzettel für den Richterwahlausschuss dürfen Sie bei jedem der 20 Namen ein Kreuz machen, aber bitte nur eines. Mehrere Kreuze beziehungsweise kein Kreuz bei einem der Namen machen die Wahl dieses Kandidaten ungültig. Auch weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit des gesamten Stimmzettels führen. Den Stimmzettel für die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung versehen Sie bitte mit einem Kreuz. Auch hier gilt, dass Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, ebenso ungültig sind wie unausgefüllte Stimmzettel.

Nehmen Sie jetzt bitte Ihre Wahlentscheidungen vor. Mit dem Einsammeln der Stimmzettel werden wir noch ein wenig warten.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Darf ich nunmehr Frau Thomas und Herrn Hakverdi bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Meine Damen und Herren! Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung.

Die Wahlergebnisse werden jetzt ermittelt und nachher vereinbarungsgemäß zu Protokoll nachgereicht.*

* Siehe Anlage 1, Seite 2809 - 2811

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Meine Damen und Herren! Ich wäre Ihnen zu großem Dank verpflichtet, wenn Sie Ihre Nebengespräche draußen abwickeln könnten, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. Ist das so verstanden, auch bei der CDU-Fraktion, oder gibt es noch Erklärungsbedarf?

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 53 auf, Drucksache 19/4988, Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion: Städtepartnerschaft mit Shanghai und politischer Dialog mit der Volksrepublik China.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Städtepartnerschaft mit Shanghai und politi-
scher Dialog mit der Volksrepublik China
– Drs 19/4988 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/5115 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Hamburg – China: Menschenrechtsdialog stärken
– Drs 19/5115 –]**

Die Drucksache 19/4988 möchte die SPD-Fraktion an den Europaausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Machaczek, bitte.

Bettina Machaczek CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag gestellt, da uns beides, nämlich die Menschenrechte und China, insbesondere Shanghai, am Herzen liegen. Der Anlass zu unserem Antrag ist: Kurz vor Weihnachten wurde der Menschenrechtskämpfer Liu Xiaobo im Schnellprozess zu elf Jahren Haft verurteilt. Er soll vor einem Jahr als einer von 300 Mitverfassern der Charta 08 zum Umsturz der Staatsgewalt in China angestachelt haben. Dieser Vorwurf ist nicht nachvollziehbar. Den Verfassern geht es um politische Freiheit, nicht um Umsturz. Inzwischen haben sich immerhin 10 000 Intellektuelle in China dieser Charta angeschlossen.

Vielen Anwälten, die sich in gesellschaftskritischen Bereichen engagieren, wurde im Laufe des Jahres 2009 die Lizenz entzogen. Am Tag davor haben die chinesischen Behörden einen Briten mit der Giftspritze hingerichtet, weil er Heroin geschmuggelt haben soll. Etliche Gnadengesuche der britischen Regierung mit Verweis auf die psychische Erkrankung des Familienvaters hatten dessen Leben nicht retten können. Beide Strafen gelten als Höchstmaß. Kein Regimekritiker ist in letzter Zeit zu einer so langen Haftstrafe verurteilt worden wie

Professor Liu, und erstmals seit 58 Jahren wagte China, einen Europäer zu töten.

Beides können wir nicht akzeptieren und verurteilen es ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der SPD)

Die drakonische Strafe für den Bürgerrechtler ist eine Warnung an alle Kritiker des kommunistischen Systems. Das Huhn töten, um den Affen zu erschrecken, heißt diese Methode zur Abschreckung in China. Die Botschaft ist unmissverständlich: Niemand darf an der Macht der Kommunistischen Partei rütteln. Das harsche Urteil von elf Jahren Gefängnis ist gleichzeitig eine trotzig und brüske Zurückweisung der Bitten Deutschlands, der EU und auch der USA, Professor Liu freizulassen. Was ist los in China, in einem Land, das mit jedem Tag stärker auf die internationale Bühne drängt, das von Asien bis Afrika, vom Klimaschutz bis zu Rohstoffen seine eigenen Regeln der Globalisierung setzt. Auch unsere Delegation, die uns in Shanghai und auch Qingdao besuchte, konnte dieses eindrucksvoll erkennen.

Was können, was sollen wir tun, die Beziehungen abbrechen? Zumindest maßgebliche Sozialdemokraten wie die Exkanzler Schröder und Helmut Schmidt zeigten sich immer besonders freundlich gegenüber China und Ex-Außenminister Steinmeier kritisierte die Bundeskanzlerin Merkel, weil sie den Dalai Lama empfing. Also lassen Sie uns die Sache noch einmal in Ruhe betrachten.

Seit über 20 Jahren pflegt Hamburg eine lebendige Partnerschaft zu China und besonders zu Shanghai. Schon am Anfang war klar, dass wir durch Handel, Begegnung und Dialog selten eine leichte, aber eine in die Zukunft gerichtete Partnerschaft haben. Unser Ziel war immer Annäherung und Wandel. Heute verabredet Shanghai mit Hamburg – und umgekehrt – alle zwei Jahre ein Memorandum mit beeindruckenden Aktivitäten. Die Themen umfassen fast alle politischen Bereiche. Wir beziehen Partner aus verschiedenen Gruppen Shanghais mit ein, Künstler, Wissenschaftler, Jugendliche und Rechtsanwälte. Die meisten Teilnehmer repräsentieren die Gesellschaft, nicht die Politik. Der Senat hat mit CHINA TIME eine zweijährige, sehr pluralistische Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, die auch kritische Themen behandelt wie zum Beispiel Tibet, die Lage der christlichen Kirchen oder die Missachtung des geistigen Eigentums. CHINA TIME ist auch für weitere kritische Veranstaltungen offen.

Auch dadurch ist übrigens Hamburgs Chinakompetenz inzwischen in Deutschland und China aner-

(Bettina Machaczek)

kennt. Es ist genau diese Kompetenz und Kontinuität, die uns auch erlaubt, wichtige Fragen offen zu stellen.

Von Beginn der Partnerschaft an, die lange vor unserer Regierungszeit geschlossen wurde, war China kein freiheitliches und demokratisches Land, dennoch hat China seitdem enorme Schritte der Entwicklung gemacht. Sehr vielen Menschen geht es inzwischen wirtschaftlich und sozial viel besser als früher, trotz aller Probleme. Die chinesische Führung setzt ihre schrittweise wirtschaftliche und politische Reform-Öffnungspolitik fort. Privat – allerdings nur privat – kann man fast alles äußern. Aber wir wissen, die Kommunistische Partei will sich das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen und vermutlich sprechen Kommunisten viele Themen intern auch offen an. Öffentlich kann diese Partei aber ebenso wenig Kritik ertragen wie den Zusammenschluss von gesellschaftlichen Kräften. Bürgerliche Freiheit hält die Regierung für eine Gefährdung der Stabilität. Hier auf reagiert sie mit Repression, willkürlichen Verhaftungen und Misshandlungen. Dieses bleibt leider tägliche Praxis. Und mit der Problematik der Laogai-Lager, daran möchte ich erinnern, hat sich die Bürgerschaft in der letzten Legislaturperiode auch sehr gründlich befasst.

Besorgniserregend ist auch die Lage der Menschen in China, die einer Religion anhängen. Christen werden diskriminiert und verfolgt, ebenso Muslime, nicht nur Uiguren. Man fragt sich, warum die chinesische Politik so ängstlich ist, wenn Menschen gewisse Wertgrundlagen für ihr Leben entwickeln.

China hat die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen unterzeichnet. Unser Antrag betont also zu Recht, dass die Menschenrechte universell sind und deswegen gilt für Menschenrechte nicht der Grundsatz der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten. Im Übrigen ist die chinesische Seite auch frei, mit uns, in Deutschland und Hamburg, über solche Themen zu sprechen. Es ist nicht nur gegen China gerichtete Kritik, wenn wir nach unserem Kompass die Todesstrafe als völlig inakzeptabel ablehnen. Wir halten diese in den USA und in anderen Ländern für genauso schrecklich.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

– Da können Sie gerne klatschen.

Natürlich ist es auch gut, wenn in China heutzutage zwei Drittel weniger Todesurteile vollstreckt werden als noch vor zehn Jahren. Aber über 5000 Hinrichtungen pro Jahr sind vollkommen unfassbar und auch nicht tolerierbar.

(Beifall bei der CDU und der GAL und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Angesichts dieser Lage sprechen die Bundesregierung, der Senat und Abgeordnete bei ihren Besuchen in Shanghai und in Peking regelmäßig mit Bürgerrechtlern, kirchlichen Gruppen und unabhängigen Persönlichkeiten, wie wir es übrigens auf unserer Reise der Bürgerschaft auch getan haben. Der Bürgermeister traf früher die Führung der evangelischen Kirche Chinas und kritische Künstler; stille Diplomatie bleibt wichtig.

Meine Damen und Herren! Die Zeit ist inzwischen reif dafür, neue Möglichkeiten zu schaffen, um über Rechtsstaat, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte in einem anderen Rahmen zu sprechen. Denkbar ist ein Seminar im Rahmen des Menschenrechtsdialogs der Bundesregierung mit China. Der Senat, unsere Universität, die Bucerius Law School und das Max-Planck-Institut sowie auch die Rechtsanwaltskammer in Hamburg haben für die Europäische Union die China-EU School of Law konzipiert. Dort werden über 1000 chinesische Juristen jedes Jahr ausgebildet. Ich glaube, auf diese Kontakte können wir bauen und werden wir aufbauen im Sinne unseres Antrags.

Für die Koalitionsfraktionen gehören Dialog, Handel und Begegnung zusammen. Eine Städtepartnerschaft hält offene Worte aus, wenn es gegenseitiges Vertrauen gibt. Ein Dialog, der etwas erreichen will, verlangt hohe Verantwortung. Oberlehrerhaftes Auftreten und markige Presseerklärungen knallen Türen zu, die man eigentlich braucht, um Zugänge zu haben und in den Dialog zu treten. Wer also konkret etwas für die Menschen erreichen will, darf diese Türen nicht zuschlagen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

In Zeiten des Kalten Krieges unterhielten wir politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion. Wir hatten die Hoffnung und Überzeugung, dass Handel und Dialog zu Wandel und Veränderung führten. Was damals eine Hoffnung war, hat die geschichtliche Entwicklung beeindruckend bestätigt. Was damals richtig war, ist heute nicht falsch. In diesem Geiste werbe ich für das Anliegen unseres Antrags.

Sehr geehrte Damen und Herren der SPD, ganz kurz zu Ihrem Antrag. Weitestgehend haben Sie die Ideen und Gedanken, die ich jetzt vorgetragen habe und die in unserem Antrag zu finden sind, aufgenommen. Vieles, nicht alles, haben Sie übernommen. Lassen Sie uns jetzt nicht über Formulierungen streiten, wir wollen heute entscheiden und wir werden auch nur unseren Antrag zur Abstimmung stellen und Ihren ablehnen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Frank.

Günter Frank SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Machaczek, Sie hatten Herrn Kohl vergessen, aber das macht nichts und solche Diskussionen bringen uns jetzt überhaupt nicht weiter. Sie haben erstaunlicherweise wenig zu Ihrem Antrag gesagt und dafür haben Sie wahrscheinlich auch Gründe. Ich werde auf diesen Antrag noch etwas näher eingehen.

Als 1986 zwischen Hamburg und Shanghai eine Städtepartnerschaft vereinbart wurde, war China, und das wusste jeder, eine brutale Diktatur, und das ist es bis heute. Natürlich bewegt sich eine Gesellschaft mit zunehmenden wirtschaftlichen und technologischen Veränderungen. Sie wird in der Regel offener, sie lässt sich zunehmend auf Kooperationen mit dem Ausland ein, auf Dialoge verschiedenster Art, auch auf politische. Das nährt dann immer die Hoffnung, dass sich in unserem Falle China infolge der ökonomischen Veränderungen demokratischer und humaner entwickeln wird. Mag sein, dass dies noch alles kommt, das weiß ich nicht, das ist aber in Fragen der Demokratie, der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Meinungs- und Pressefreiheit in China bisher nur marginal eingetreten.

Nebenbei angemerkt: Neu war vor vielen Jahren, dass der Kopf bei einer Hinrichtung nicht mehr mehrfach gespalten wurde, neu war auch, dass man zu einem Genickschuss überging und neu war ebenfalls, dass die betroffenen Familien nicht mehr zur Bezahlung der Kugel auf Dollarbasis herangezogen wurden; dies nur einmal nebenbei.

China, um diese Situation noch einmal zu schildern, exekutiert jedes Jahr nach wie vor mehr Menschen als der Rest der Welt zusammen. China hat in Lagern mehrere Millionen Menschen ohne Gerichtsurteil inhaftiert und die Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit ist nach wie vor massiv eingeschränkt; das ist in China leider Realität geblieben. Und weil China, insbesondere auch für Hamburg, ein wichtiger Handelspartner geworden ist, haben alle Senate mehr oder weniger davon abgesehen, die Menschenrechtsverletzungen in China öffentlich aufzugreifen, weil die Befürchtung einer wirtschaftlichen Abstrafung durch China bestand und nach wie vor besteht. Man hat dann bis heute den Weg der sogenannten stillen Diplomatie gewählt. Meine Fraktion hat Herrn von Beust mehrfach aufgefordert, mutiger und deutlicher zu werden. Die Antworten waren immer: Stille Diplomatie sei der richtige und der bessere Weg.

Nun gibt es zwei aktuelle und spektakuläre Fälle von Menschenrechtsverletzungen in China. Zum einen wurde ein Europäer – Frau Machaczek hat das schon gesagt – ohne ein rechtlich korrektes Gerichtsverfahren hingerichtet; zum anderen wurde der Menschenrechtler Liu Xiaobo als Unterstützer der Charta 08 wegen seiner Forderung nach Demokratie zu elf Jahren Haft verurteilt. CDU und

die GAL haben diese Fälle zum Anlass genommen, China erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Ich will mich jetzt nicht damit beschäftigen, ob das auch etwas mit Populismus zu tun hat. Wir haben aber alle gemeinsam – wir nehmen Sie da ernst – die Chance, in der Städtepartnerschaft mit Shanghai und unserem Verhältnis zu China neue Wege zu gehen. Wir werden Ihrem Antrag zustimmen; wenn ich Sie richtig verstanden habe, werden Sie unseren Antrag ablehnen.

(Wolfgang Beuß CDU: Ja!)

Dann laufen Sie Gefahr, in der Bewertung der Diskussion eine Scheindebatte zu führen, aber das können wir an einer anderen Stelle weiter diskutieren. So vollkommen ernst scheinen Sie es doch nicht zu nehmen.

Wenn beispielsweise Herr Schira, der jetzt nicht da ist, ankündigt, man könne nach diesen Fällen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen, und Frau Möller von einem notwendigen Kurswechsel spricht, man müsse jetzt politisch mutiger und offensiver sein, so ist, daran gemessen, Ihr Antrag, auf den Sie nicht ohne Grund sehr wenig Bezug genommen haben, nicht nur völlig unzureichend, sondern harmlos und auch mutlos, obwohl gerade aus Ihren Reihen gesagt wurde, wir bräuchten mehr Mut.

(Beifall bei der SPD)

Mit einem Kurswechsel, den Frau Möller gefordert hat, hat das nur wenig zu tun. Das einzig Neue ist die Schaffung von Foren, dies unterstützen wir.

Wenn Sie es ernst meinen, dann sollten Sie unserem Punkt, nämlich der Beteiligung aller Fraktionen an der Erarbeitung eines tragfähigen Konzepts, zustimmen. Aber da Sie unseren Antrag ablehnen, haben Sie wenig Gelegenheit dazu. In unserem Antrag verlangen wir nichts, was wir nicht auch von einem sozialdemokratisch geführten Senat verlangen würden. Meine Fraktion verurteilt zunächst einmal das Urteil gegen Liu Xiaobo auf das Schärfste und fordert von China die Aufhebung dieses Urteils.

(Beifall bei der SPD und bei Bettina Machaczek CDU und Horst Becker GAL)

Das sollte aber nicht nur die Bürgerschaft tun, das erwarten wir auch vom Ersten Bürgermeister, Herrn von Beust. Wenn CDU und GAL das hier nicht öffentlich in ihrem Antrag in der Bürgerschaft vortragen – Sie wagen es offenbar nicht, dies vorzutragen, Sie durften es wahrscheinlich nicht –, dann ist das völlig inakzeptabel. Ich verstehe wirklich nicht, warum Sie in Ihrem Antrag, obwohl es Thema dieser Debatte ist, diese Menschenrechtsverletzungen nicht erwähnen, sie zurückweisen und die Aufhebung dieses Urteils fordern. Das ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

(Günter Frank)

Dann haben wir neben der stillen Diplomatie an den Senat gerichtete Erwartungen. Es ist insbesondere der Senat, der hier gefordert ist. Und wenn CDU und GAL in ihrem Antrag keine Erwartungen an den Senat richten, dann ist auch das völlig inakzeptabel. Es ist nicht nur seltsam, es ist einfach politisch gesehen völlig inakzeptabel. Der Senat ist ein wichtiger Akteur in diesem Zusammenhang und Sie fordern diesen zu nichts auf. Sie durften es wahrscheinlich gar nicht, Sie kuschen vor dem Senat und vor der Handelskammer, anders ist dies nicht zu erklären.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß* CDU: Vorsicht! Vorsicht!)

– Ja, Sie kuschen.

Der Senat ist jetzt aufgefordert, öffentlich sichtbare Zeichen zu setzen und die Menschenrechtsverletzungen in China offensiver und mutiger aufzugreifen. Er könnte CHINA TIME mit einem großen Forum der Zivilgesellschaft nicht nur selbst organisieren, sondern auch begleiten. Er kann zum Beispiel auch im Rahmen der Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und Shanghai eigene Projekte entwickeln. Vieles wäre denkbar, aber für diesen Kurswechsel, wenn Sie ihn denn überhaupt wollen, müssen alle, auch Herr von Beust, mutiger werden. Was Frau Merkel kann, kann doch unser Bürgermeister schon lange.

Herr von Beust fährt Ende Mai nach China und hat die Chance, die Menschenrechtsfragen in China offensiver als bisher aufzugreifen, aber Staatsrat Lüdemann sagt, für einen Dialog in Menschenrechtsfragen sei das Hamburg-Haus nicht der richtige Ort. Wenn es bei dieser Geisteshaltung bleibt, meine Damen und Herren von der CDU und der GAL, dann waren diese heutige Diskussion und Ihr Antrag offenbar doch nicht so ernst gemeint.

Wir werden beobachten, wie es weitergeht und was es eigentlich bedeutet, wenn Herr Schira sagt, wir könnten jetzt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Sie wären gut beraten, unsere Vorschläge aufzugreifen. Sie wären auch gut beraten gewesen, einen interfraktionellen Antrag zu initiieren. Sie wollten das nicht anders, aber Ihr Antrag ist nicht überzeugend. Wir unterstützen ihn und die Richtung, aber dass Sie unseren Antrag ablehnen, finde ich sehr bedauerlich. Es spricht nicht dafür, dass Sie wirklich eine ernst gemeinte Diskussion wollen. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch* DIE LINKE)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Waldowsky.

Andreas Waldowsky GAL:* Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das Jahr 2008 war ein Jahr der Hoffnung für viele Chinesen und für

viele Freunde Chinas, ein Jahr der Hoffnung, dass es in Zusammenhang mit den Olympischen Spielen zu einer deutlichen Verbesserung der Menschenrechtssituation in China kommt. Diese Hoffnung ist enttäuscht worden, schon sehr früh im Jahr 2008 mit der Niederschlagung der Unruhen in Tibet, dann aber auch im Umfeld der Olympischen Spiele mit den Zensurmaßnahmen gegen die akkreditierten Journalisten, mit dem Umgang von Vertriebenen, die im Rahmen von Baumaßnahmen der Olympischen Spiele als Wohnungslose und Wanderarbeiter durch die Großstädte zogen, und so weiter. Dazu kam noch der Umgang mit den Unterzeichnern der Charta 2008.

Das Thema Menschenrechte ist ein Thema, das immer aktuell ist und das wir heute auch nicht neu entdecken. Meine Vorredner haben schon auf die beiden aktuellen Anlässe hingewiesen. Ich möchte hinzufügen, dass der Rückzug Googles aus China auch mit zu diesem Thema gehört. Ein Land, das Angst vor einer Suchmaschine im Internet hat, scheint mir sehr armselig zu sein.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Auch in diesem Jahr wird es in Hamburg eine ganze Reihe von Anlässen geben, sich mit der Menschenrechtssituation in China auseinanderzusetzen. Herr Frank hat schon darauf hingewiesen, der Bürgermeister und vielleicht auch eine Delegation der Bürgerschaft werden Ende Mai nach Shanghai zur Weltausstellung fahren. Ähnlich wie 2008 mit der Olympiade wird China auch 2010 in den Medien sehr präsent sein. Für uns Hamburger wird dann nach den Sommerferien noch die CHINA TIME anstehen und der Hamburg Summit, der dann im November durchgeführt wird. Das sind zahlreiche Möglichkeiten, auch im Kontakt mit unseren Freunden aus China auf die Menschenrechtssituation hinzuweisen. Diese Kontakte werden wir alle nutzen, Senat wie Bürgerschaft.

Anders, als Herr Frank es dargestellt hat, sind wir überhaupt nicht ängstlich, wenn es um Menschenrechte geht. Wir haben gerade gestern im Europausschuss über die Menschenrechtssituation in León debattiert, wir haben im Herbst letzten Jahres eine Anhörung zu den Wahlfälschungen in St. Petersburg gehabt. Wir haben in der letzten und in der aktuellen Legislaturperiode über die Laogai-Lager in China debattiert. Vor der letzten Shanghai-Fahrt der Bürgerschaft im Herbst letzten Jahres gab es ein Treffen am Rande der Vorbereitungen mit einem kanadischen Menschenrechtler, der sich mit schweren Menschenrechtsverletzungen in China auseinandersetzt. Dieses Angebot wurde von einer ganzen Reihe von Abgeordneten in Anspruch genommen und hat einen neuen Blick auf die Lage in China gegeben.

Am 28. Dezember konnte ich im "Hamburger Abendblatt" lesen, dass die SPD die Städtepart-

(Andreas Waldowsky)

nerschaft mit Shanghai infrage stelle. "Die Welt" titelt, die SPD fordere eine Aussetzung der Partnerschaft mit Shanghai. Herr Frank, wenn ich Ihren Zusatzantrag anschau, bevor ich auf unseren eigenen Antrag eingehe: Wo ist diese Forderung geblieben? Ist die SPD sich eigentlich klar darüber, was sie will in der Chinapolitik?

Man besetzt die Medien mit diesem Thema Einfrieren der Partnerschaft, aber dann kommt ein Zusatzantrag, der, wie die Kollegin Machaczek richtig sagte, im Prinzip unsere Themen noch einmal abkuppert und um nur sehr wenige Aspekte ergänzt, die allerdings selbstverständlich mit zu unserer Politik gehören. So fordern Sie zum Beispiel, dass es NGO-Foren geben solle am Rande der CHINA TIME. Ich glaube, Sie haben sich noch nie das Programm der CHINA TIME angeschaut. Viele NGOs haben sich mit Menschenrechtsthemen bei CHINA TIME eingebracht. 2008 war es das Nordelbische Missionswerk, es war die Tibet-Initiative und auch das Institut für Arbeit, das zu Minderheitenrechten, zu Fragen der Zivilgesellschaft und des Rechtsstaats mit eigenen Themen dort im Programm vertreten war. Auch die GAL hat übrigens dort eine Veranstaltung zum Thema Menschenrechte in China gemacht. Wo ist die SPD geblieben?

(Günter Frank SPD: Was wollen Sie mit Ihrem Antrag?)

Insofern wird auch in der CHINA TIME 2010 jede NGO, auch jede Partei, jede Parteistiftung, die Möglichkeit haben, sich mit Menschenrechtsthemen einzubringen. Dazu brauchen wir keine Foren am Rande, sondern in der CHINA TIME selbst müssen diese Menschenrechtsthemen neben all den Wirtschaftsthemen, den Themen Kalligrafie und so weiter präsent sein. Wir dürfen China nicht ohne Menschenrechte denken.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Sie produzieren in dem Antrag viel heiße Luft, das brauchen wir nicht.

(Thomas Böwer SPD: Was?)

Wir machen Folgendes mit unserem Antrag: Wir bekräftigen noch einmal unsere Menschenrechtspolitik und bringen einen neuen Aspekt hinein, nämlich Foren, die jetzt eingerichtet werden sollen in unserer Städtepartnerschaft, deutsch-chinesische Foren, auf denen Menschenrechtsprobleme und ein Rechtsstaatdialog behandelt werden. Hier können wir im Kontakt und Gespräch mit China das ansprechen, was uns unter den Nägeln brennt. Es wird eine sehr spannende Sache, dies auszuarbeiten. Das macht der Senat, der ist genauso aufgefordert wie die Bürgerschaft, wenn Sie sich unseren Antrag genau anschauen. Insofern können Sie dem sehr gut zustimmen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Böwer?

Andreas Waldowsky (fortfahrend): Herr Böwer kann gern gleich selbst zu dem Thema sprechen.

(Jörn Frommann CDU: Nee, kann er eben nicht! Darf er nicht!)

China bleibt ein Land der Widersprüche. Einerseits schickt es sich mit großer wirtschaftlicher Dynamik an, die Großmacht des 21. Jahrhunderts zu werden; andererseits sehen wir die krassen Widersprüche zwischen Arm und Reich in China, wir sehen diese antiquierte Rolle der KP, die sehr hart die Fäden der Macht in der Hand hält und uns an ganz alte Zeiten erinnert. Wir sehen in China die rabiante Politik gegenüber Minderheiten, die Verfolgung der Tibeter, der Uiguren und anderer Minderheiten, wir sehen die riesige Umweltproblematik. Der Schlüssel, um diese vielen Probleme und Konflikte in China zu lösen, sind die Menschenrechte. Wenn China nicht die Menschenrechte respektiert, dann hat es keine Grundlage, um eine wirkliche Großmacht des 21. Jahrhunderts zu werden. Dieses Gespräch über Menschenrechte werden wir führen, wir Grüne, dieser Senat und diese Regierungsfraktion. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben uns schon häufiger in der Bürgerschaft mit diesem Thema auseinandergesetzt, und zwar auch mit der Frage der besonderen Bedeutung der Menschenrechte in China und welche Verletzungen es dort gab. Ich will nicht alles wiederholen, was gerade relativ einvernehmlich dargestellt wurde, sondern dies unterstützen und bekräftigen, dass es dort sehr viel zu tun gibt und wichtige Rechte in China verletzt werden, besonders im Zusammenhang mit der Todesstrafe, was Herr Frank in seiner drakonischen Art noch einmal dargestellt hat. Dies war so prägnant, dass ich es nicht noch einmal wiederholen will.

Ich betone noch einmal, dass wir es unerträglich finden, dass irgendwo auf dieser Welt noch Todesstrafen durchgeführt werden, natürlich besonders in China.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nach all den dargestellten Dingen will ich noch eines betonen, weil es mir sehr wichtig ist, auch durch die Erfahrungen während der Chinareise und dem, was ich im Umfeld gelesen und erlebt habe. Neben wesentlichen Fragen der Meinungs-

(Norbert Hackbusch)

und Pressefreiheit und der Todesstrafe geht es vor allen Dingen um die Frage der mangelnden Gewerkschaftsrechte, die nicht existieren.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

Es zeigt sich im Zusammenhang mit den Wanderarbeitern und mit vielen arbeitenden Menschen als eine existentielle Frage, dass man in der Lage sein sollte, auch gewerkschaftliche Rechte fordern zu können, und das ist gerade in China sehr stark nicht vorhanden.

Ich will diese grundsätzlichen Fragen nicht vertiefen, aber einen zweiten Aspekt mit anführen, der mir im Zusammenhang mit den China-Diskussionen am meisten Sorgen macht. Wenn man diese internationalen Diskussionen verfolgt, ist es leider nicht so, dass die Chinesen mit der Haltung, die sie gegenwärtig auch im internationalen Rahmen dazu haben, in den letzten Jahren unbedingt sehr stark isoliert gewesen sind. Eher habe ich das Gefühl, dass sie bei vielen Menschen gewisse Sympathien bekommen haben, und zwar bei denjenigen, die demokratische Grundprinzipien ablehnen, die sagen, was soll denn dieses Gesabbel in den Parlamenten, dieser Streit zwischen den Parteien, das bringt doch alles nichts, das können wir doch effektiver organisieren. Mit dieser Mentalität von nicht-demokratischem Denken sind sie in vielen Ländern und politischen Strömungen – auch in Europa – erfolgreicher als mir lieb ist. Das ist viel näher bei uns, als uns das häufig in unseren Diskussionen klar wird, und dementsprechend existiert eine sehr große undemokratische Gefahr.

Nun zu den Anträgen. Wenn man ganz unvoreingenommen ist wie ich als völlig unabhängiger Mensch

(Heiterkeit bei der LINKEN – Zuruf von der GAL: Völlig unabhängig!)

– völlig unabhängiger Mensch –, dann kann man feststellen, dass beide Anträge erstens gar nicht so widersprüchlich und unterschiedlich sind und zweitens eigentlich gut miteinander verabschiedet werden könnten. Auch die Debatte um die Frage, wie wir das einschätzen und was zu machen ist, weist gar keine Unterschiede auf. Meine Einschätzung dazu ist, dass die regierende Koalition im Wesentlichen nicht in der Lage ist, mit Anträgen, die eigentlich gut sind, vernünftig umgehen zu können. Das müssen Sie einmal lernen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das normale parlamentarische Verfahren ist, beide Anträge an den zuständigen Ausschuss zu überweisen und dort darüber zu debattieren, wie man sich gegenseitig noch verbessern und das Beste herausbekommen kann.

(Jörn Frommann CDU: Wir kennen das ja noch anders aus Ihren Zeiten!)

Wenn man dann einer Meinung ist, kann man das hier vortragen und dann ist es parlamentarisch vernünftig und demokratisch gut, dass man in der Lage ist, so damit umzugehen. Dementsprechend weiß ich auch gar nicht, was gegen ein solches Verfahren spricht, und klage das einfach einmal ein. Wir haben es schon häufig gehabt, dass wir um Dinge streiten, die eigentlich in einem Ausschuss gut gelöst werden könnten.

Wir hatten gerade gestern im Europaausschuss eine sehr gute und interessante Debatte im Zusammenhang mit der Frage nach den neuesten Entwicklungen in Nicaragua und wie die verschiedenen Spezialisten in Hamburg und weitere Sachverständige diese einschätzen. Wir sind auch im Parlament in der Lage, solche Fragen gemeinsam zu diskutieren. Da sollte durchaus ein bisschen Nachhilfeunterricht erfolgen, und zwar hoffentlich mit Erfolg.

Deshalb plädieren wir dafür, diesen Antrag der SPD an den Europaausschuss zu überweisen und dort gemeinsam darüber zu sprechen, was die besten Möglichkeiten sind, um die Frage der Menschenrechte in China voranzutreiben; das zu unserem konkreten Verhalten.

Ich will diese Debatte nicht ohne einen letzten Hinweis beenden, der mir diesbezüglich sehr wichtig ist.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Herr Hackbusch, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Gerne.

Zwischenfrage von Dittmar Lemke CDU:* Nur eine ganz kurze Frage. Für uns wäre es wichtig zu wissen, ob Sie Ihre Privatmeinung als Abgeordneter darstellen oder die Meinung der Linkspartei.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Für uns wäre das auch wichtig! – Heiterkeit bei der LINKEN)

Norbert Hackbusch (fortfahrend): – Selbstverständlich habe ich die Meinung der Linkspartei vertreten und ich fühlte mich bisher auch von der Linkspartei immer kräftig unterstützt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe bisher nie einen Unterschied feststellen können und bin jetzt völlig irritiert von dieser Zwischenfrage. Vielleicht ist irgendetwas an mir vorbeigegangen. Aber seien Sie sicher, ich bin nicht so ein Exot innerhalb dieser Fraktion, sondern werde eigentlich unterstützt.

(Wolfgang Rose SPD: Er wollte es einfach mal wissen!)

(Norbert Hackbusch)

– Gut, das haben wir ihm jetzt gesagt.

Ein letzter Aspekt, der mir besonders wichtig ist. Wenn wir so kräftig und einvernehmlich, was ich durchaus unterstütze, mit der Kraft der Menschenrechte argumentieren und gemeinsam gegenüber China oder Nicaragua oder was es an anderen Fällen und Beispielen gibt auftreten,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Italien zum Beispiel!)

dann müssen wir im Zusammenhang mit den Fragen der Menschenrechte selbst auch völlig sicher und mit uns im Reinen sein. Die Situation der Menschenrechtsverletzungen, die zwischen dem afrikanischen Kontinent und Europa stattfinden

(Beifall bei Christiane Schneider DIE LINKE)

und das, was dort praktisch tagtäglich geschieht, ist unter Menschenrechtsaspekten unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist ein Menschenrecht, dass Menschen dorthin gehen können, wo sie hingehen wollen. Und es ist nicht nur das Recht, dass wir dorthin Waren exportieren und irgend etwas verkaufen, sondern es ist auch ein Menschenrecht, dass jeder Mensch überall hingehen darf, ohne durch Mauern daran gehindert zu werden.

(Beifall bei der LINKEN und bei Michael Neumann SPD)

Das ist eine gewisse Zeit lang vielleicht völlig unmöglich zu organisieren, aber es ist ein Menschenrecht. Diese Situation zwischen Afrika und Europa ist unerträglich und die vielen Toten sind auch eine Anklage an die Menschenrechtsverletzung, die wir in diesem Land mit organisieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Andrea Rugbarth SPD)

Wir haben Wanderarbeiter und ihre Situation in China kennengelernt und darüber diskutiert. Wir wissen alle, dass es Wanderarbeiter auch in Europa gibt; sie sind ohne Rechte. Gerade hat es in Italien wieder Auseinandersetzungen gegeben. Die Wanderarbeiter müssen mit Rechten versehen werden, auch das ist eine wichtige Aufgabe. Menschenrecht ist unteilbar und wir müssen mit uns im Reinen sein, um gegenüber den anderen mit erhobenem Zeigefinger agieren zu können, und das verlange ich von uns. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil eine Äußerung von Herrn Wal-

dowsky so nicht stehenbleiben kann. Zur Frage wie man mit Anträgen der Opposition umgeht, hat Kollege Hackbusch etwas gesagt, was das Formelle angeht.

(Wolfgang Beuß CDU: Herr Böwer, das kennen Sie doch aus eigener Erfahrung!)

Sie haben aber etwas gesagt, was in der Begründung, weswegen Sie den SPD-Antrag ablehnen, so nicht stehenbleiben kann, nämlich, dass er heiße Luft enthalten würde. Deswegen muss man noch einmal genau in die Anträge hineinschauen und sie mit der Ist-Situation vergleichen. GAL und CDU leiten ihren Antrag mit der Feststellung ein:

"Die Regierung der Volksrepublik China hat sich in den letzten Jahren, insbesondere auch im Zusammenhang mit den Olympischen Sommerspielen in Peking 2008, um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in ihrem Land bemüht."

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das glaube ich nicht!)

Soweit die Feststellung in diesem Antrag. Nach übereinstimmender Analyse von Human Rights Watch, Amnesty International und Reporter ohne Grenzen hat es genau im Umfeld der Olympischen Spiele das Gegenteil gegeben.

(Günter Frank SPD: Ja, richtig!)

Was an dieser Stelle ist Fehlanalyse, was ist heiße Luft?

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Ich weiß, es war nicht die SPD, die nach der Verurteilung des Bürgerrechtlers gesagt hat, man müsse über die Suspendierung der Städtepartnerschaft nachdenken. Das wird nicht von meiner Fraktion geteilt, es ist aber die Meinung eines frei gewählten Abgeordneten und dazu kann man stehen. Sie fragen, warum wir eigentlich die Debatte führen. Sie vollbringen das Kunststück, die Tatsache einer solchen Haftstrafe überhaupt gar nicht in Ihren Antrag hinein zu schreiben und verbuchen gleichzeitig einen Antrag der Opposition unter heiße Luft, der sagt:

"Die Bürgerschaft kritisiert das Gerichtsurteil gegen den Menschenrechtler Liu Xiaobo auf das Schärfste und fordert die Aufhebung dieses Urteils."

Nach Auskunft der GAL ist das heiße Luft. Das, weil es auch im Protokoll steht, darf so nicht stehen bleiben. GAL darf Google nicht die Einhaltung der Menschenrechte in China überlassen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Möller.

(Arno Münster SPD: Ich weiß gar nicht, worüber wir hier reden!)

Antje Möller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Abgesehen davon, dass man die Wortwahl der hier Redenden durchaus gerne auch einmal kräftig kritisieren kann, möchte ich aber etwas zu Ihnen sagen, Herr Böwer. Sie haben sich in der ruhigen Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr damit hervorgetan, öffentlich zu fordern, die Städtepartnerschaft mit Shanghai für die Dauer der Haftzeit des verurteilten Oppositionellen auszusetzen. Das – das kam jetzt hier von der rechten Seite – könnte man durchaus als populistisch bezeichnen.

(Wolfgang Beuß CDU: Nicht nur durchaus!)

Was wir mit diesem Antrag wollten und weswegen er auch nicht so viele Worte enthält, sondern tatsächlich einen konkreten Vorschlag, ist ein absolutes Novum in den hamburgischen Beziehungen zu anderen Städten, angefangen mit der Städtepartnerschaft Shanghai. Er beinhaltet eine Festsetzung von uns als Bürgerschaft auf bestimmte Themen. Viele von Ihnen sind lange genug im Parlament, um zu wissen, wie Städtepartnerschaften ablaufen, nämlich gerne nach dem Motto: Friede, Freude, Eierkuchen. Das ist etwas, was in Bezug auf Shanghai nicht mehr passieren soll, und das steht konkret in diesem Antrag.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Da steht, dass das ganze Konzept der Städtepartnerschaften umgearbeitet und erneuert wird und Foren eingerichtet werden. Foren sind ein Begriff für vieles und man könnte länger darüber diskutieren, wie sie genau aussehen. Das werden wir auch tun, denn wir alle als Abgeordnete bestreiten diese Städtepartnerschaft. Da sitzt nicht eine Person auf der Seite der Bürgerschaftskanzlei und eine Person auf der Seite der Senatskanzlei, sondern es wird an uns allen liegen, das mit Inhalten, mit Fachleuten, mit Themen zu füllen, schlicht und einfach mit Leben zu füllen.

Ihr Antrag übernimmt in den ersten drei Punkten schlicht und einfach unseren Antrag. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir ihn ablehnen. Warum wir die Punkte 4, 5 und 6 inhaltlich als schon begonnen ansehen – ich will nicht sagen umgesetzt –, hat Herr Waldowsky eben erklärt. Zum Thema CHINA TIME hat er deutlich gesagt, dass das Thema längst bewegt wird. Im Übrigen wollen wir auch andere thematische Veranstaltungen, die in China stattfinden, zukünftig dafür genutzt sehen, dass das Thema Pressefreiheit und Menschenrechte auf die Tagesordnung kommt. Der Appell an den Senat geht ganz deutlich aus dem Antrag hervor, aber vor allem beinhaltet dieser Antrag einen Ap-

pell an uns selbst, die Städtepartnerschaft mit Shanghai mit neuen Inhalten zu füllen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Herr Frank, Sie haben das Wort.

Günter Frank SPD: Frau Möller, dass Sie Ihren doch sehr dünnen Antrag – und ich habe es vorhin bereits gesagt, auch sehr mutlosen Antrag – noch so vehement verteidigen,

(Antje Möller GAL: Da muss man nicht so viele Worte machen!)

überrascht mich. In Ihrem Petition beklagen Sie weder dieses Urteil – das kann man öffentlich machen, Sie kritisieren es nicht einmal – noch fordern Sie seine Aufhebung. Das gehört doch in so einen Antrag hinein.

(Farid Müller GAL: Es gibt viele Urteile!)

Des Weiteren vermeiden Sie, weil Sie es auch nicht dürfen, eine Erwartungshaltung gegenüber dem Senat. Es geht aber um die Frage, wie sich Hamburg insgesamt – nicht nur die Bürgerschaft, es geht doch sogar viel stärker um den Senat, von der Handelskammer wollen wir gar nicht mehr reden – in Fragen des Umgangs mit Menschenrechtsverletzungen in China positioniert. Kommen Sie mir doch nicht mit diesem Forum hier. Natürlich unterstützen wir das, aber Sie haben es bewusst vermieden, den Senat aufzufordern, deutlicher zu werden. Sie haben doch von einem Kurswechsel gesprochen.

(Beifall bei der SPD)

Wo ist denn Ihr Kurswechsel? Versuchen Sie nicht, Ihren dünnen und mutlosen Antrag noch zu verteidigen. Und so – das sage ich jetzt für mich –, wie Sie dieses Thema vortragen und in welcher Qualität Sie dazu einen Antrag vorlegen, ist das für die GAL ziemlich beschämend.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir zur Abstimmung kommen, zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/5115.

Wer möchte diesen Antrag beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum gemeinsamen Antrag von CDU- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/4988.

Wer stimmt einer Überweisung dieser Drucksache an den Europaausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung mit Mehrheit abgelehnt.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag der CDU- und GAL-Fraktion aus der Drucksache 19/4988 annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 42, Drucksache 19/4838, Antrag der SPD-Fraktion: Vorfahrt für Wohnungsbau!

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Vorfahrt für Wohnungsbau!
– Drs 19/4838 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Grote, Sie haben das Wort.

Andy Grote SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Stadt wird, darüber haben wir heute auch schon diskutiert, in verschiedenen Bereichen schlecht regiert. Der Wohnungsbau ist leider ein besonders prominentes Beispiel.

(Jörn Frommann CDU: Sie haben ein eingeschränktes Gesichtsfeld!)

Seit Ole von Beust Bürgermeister ist, baut Hamburg nur ungefähr die Hälfte der benötigten Wohnungen. Die erforderlichen 5000 bis 6000 Wohneinheiten, die Sie auch in Ihrem Koalitionsvertrag festgelegt haben oder auch nur eine Annäherung an diese Zielgröße wurde 2008 nicht erreicht, wird 2009 nicht erreicht und in Wahrheit wissen wir alle jetzt schon, dass sie auch 2010 und 2011 nicht erreicht werden wird.

(Jörn Frommann CDU: Dann fangen Sie schon mal an zu bauen!)

Insofern kann man jetzt schon sagen, dass diese Legislaturperiode für die Hamburger Mieterinnen und Mieter eine verlorene Legislaturperiode ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Verknappung auf dem Wohnungsmarkt schlägt immer stärker auf die Mieten durch. Wir haben das im letzten Mietenspiegel gesehen, insbesondere im unteren Preissegment. Noch drastischer kann man das in anderen Untersuchungen ablesen, wo es insbesondere um die Neuvermietungs-mieten, die Angebotsmieten geht. Da gibt es Werte zwischen 7 und 15 Prozent Steigerung in den letzten Jahren. Herr Hamann wird gleich wieder darauf hinweisen, dass alles nicht so schlimm sei, weil es in Deutschland noch eine Handvoll Städte mehr gebe, insbesondere kleinere Städte, in denen die Mieten noch stärker stiegen. Man spürt da immer so einen leichten Ehrgeiz, dass Hamburg es doch noch irgendwie unter die Top Ten schaffen könnte. Und die Chancen stehen auch ganz gut, wenn wir auf St. Pauli Neuvermietungs-mieten haben mit Steigerungen von 40 Prozent in den letzten vier-einhalb Jahren. Das muss man sich einmal auf der

Zunge zergehen lassen, für so einen Stadtteil: 40 Prozent. Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen, wenn Sie da hingehen und den Leuten sagen, machen Sie sich mal keine Sorgen, in Baden-Baden ist es noch teurer. Ich glaube, das funktioniert nicht.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Insofern muss man dieses Thema ein bisschen ernsthafter behandeln. Man kann in den Reihen der Koalition sehen, dass es zumindest auf der rhetorischen Ebene ein paar Veränderungen gibt. Selbst der Bürgermeister hat inzwischen schon festgestellt, dass Wohnungsbau irgendwie auch ein wichtiges Thema ist. Das konnte man in den Zeitungen lesen und da kann man nur sagen, Glückwunsch zu dieser Erkenntnis.

Sie regieren seit acht Jahren. Das sind acht Jahre des Stillstands in der Wohnungsbau-förderung in Hamburg. Das sind acht Jahre, in denen in Hamburg außer bei Eigentumswohnungen und teuren Mietwohnungen nicht viel passiert ist. Acht Jahre, in denen das Angebot an preisgünstigen Wohnungen und insbesondere an sozial gebundenem Wohnraum stark zurückgegangen ist und acht Jahre, in denen es Menschen mit geringem Einkommen immer schwerer fällt, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das ist Ihre Bilanz.

(Beifall bei der SPD und bei Christiane Schneider DIE LINKE)

Deshalb führen wir heute diese Debatte und deswegen haben wir mit unserem Antrag "Vorfahrt für Wohnungsbau!" ein Maßnahmenpaket eingebracht. Nicht alles darin ist neu und wir hätten es mit Sicherheit auch nicht noch einmal in dieser Form eingebracht, wenn sich in den vergangenen Monaten irgendetwas getan hätte, wenn Sie irgendetwas zustande gebracht hätten in diesem Themenbereich, aber so ist es leider nicht. Ich will Ihnen gerne zugestehen, dass Sie an der einen oder anderen Stelle vielleicht versuchen, ein bisschen etwas zu bewegen und ich gestehe Ihnen auch zu, dass Sie von unseren Forderungen das eine oder andere in der einen oder anderen Form aufgegriffen haben.

Es geht da um den Ankauf von Belegungsbindungen, die Erhöhung der Förderung, den Wohnungsbaukoordinator, ein gewisses Abrücken, jedenfalls rhetorisch, von den Höchstpreisvergaben und auch im Bereich Wohnungsbau von SAGA kann man bei Ihnen etwas hören. Das befindet sich aber alles bisher nur im Bereich Ankündigung. Es ist alles verwässert und halbherzig und reicht in der jetzigen Situation bei weitem nicht aus.

Wir brauchen nicht 1000 geförderte Wohnungen in Hamburg, sondern 2000. Wir brauchen nicht 100 angekaufte Belegungsbindungen im Jahr – das hat eher einen wissenschaftlichen Wert, was Sie da machen –, wir brauchen 1000. Wir brauchen auch nicht Ihre kümmerlichen Wohnungsbauoffensiven,

(Andy Grote)

die wirkungslos verpufft sind und von denen die dritte seit langem auf sich warten lässt, sondern wir brauchen generell eine Grundstücksvergabe von städtischen Grundstücken, die es ermöglicht, wieder an vielen Stellen bezahlbaren Mietwohnungsbau hinzubekommen, die diesem Thema Vorrang einräumt und dafür Abschläge auf den Verkehrswert hinnimmt. Und wir brauchen keinen Wohnungskoordinator, der – um mit den Worten des Bürgermeisters zu sprechen – als Mediator und Moderator in örtlichen Konflikten agiert, sondern wir brauchen einen echten Wohnungsbaubeauftragten mit Durchgriffskompetenzen und Handlungsfähigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Man kann es auch so beschreiben: Wir brauchen in Hamburg inzwischen für den Patienten Wohnungsbau einen voll ausgestatteten Operationsaal und der Senat kommt mit einem Arztkofferchen angelaufen. Das bringt uns in diesem Zusammenhang nicht wirklich nach vorne. Einer der Schritte, die erforderlich wären, wäre eine Hamburger Wohnungsbaukonferenz, die wir deswegen im Antrag auch weit vorne fordern, weil wir glauben, dass wir die Akteure, die Kompetenzen, die es zweifellos zu dem Thema gibt, an einen Tisch holen müssen. Wir haben Professionalität und Erfahrung in der Hamburger Wohnungswirtschaft und bei vielen Beteiligten. Hamburg hat eine große und erfolgreiche Tradition im Wohnungsbau und es wäre gut, wenn Sie anfangen würden, das auch zu nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Das Potenzial ist da. Die Wohnungsunternehmen würden bauen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen würden, und dass das geht, haben wir in Hamburg in den Neunzigerjahren gesehen. In sozialdemokratischer Verantwortung wurden im Durchschnitt 7000 Wohnungen pro Jahr neu gebaut, davon 3500 in öffentlicher Förderung. Aktuell schafft es eine Stadt wie München, 5000 Wohnungen im Jahr neu zu bauen, davon 2000 in öffentlicher Förderung. Das heißt, es ist möglich. Was fehlt, ist der politische Wille.

(Beifall bei der SPD)

Dass der Senat an dieser Stelle versagt, hat auch etwas damit zu tun, dass diese Zielsetzung Erhöhung der Wohnungsbauzahlen stark befrachtet wird mit anderen Zielsetzungen, die zum Teil kontraproduktiv sind. Sie wollen zwar die Neubauzahlen erhöhen, aber gleichzeitig wollen Sie eben auch die SAGA immer wieder als Sparschwein für Sonderinvestitionsprojekte anzapfen können. Sie wollen die Neubauzahlen erhöhen, aber gleichzeitig gehen Sie dabei von einem völlig illusorisch hohen Anteil von Baugemeinschaften aus. Nichts gegen Baugemeinschaften, aber 250 Baugemeinschaften im Jahr sind nicht zu schaffen. In 2009

haben wir gerade einmal 43 geschafft. Das zeigt die Begrenztheit dieses Instruments.

Sie wollen außerdem bei geförderten Wohnungen und gerade auch bei SAGA-Wohnungen am liebsten nur noch Passivhäuser bauen. Dabei wissen Sie ganz genau, dass das natürlich die Wohnungsbautätigkeit dämpft. Sie wollen mehr Wohnungen bauen, aber Sie wollen auch den Flächenverbrauch reduzieren. Sie wollen mehr Wohnungen bauen, aber Sie wollen auch mit dem Verkauf städtischer Grundstücke, jedenfalls bisher, in erster Linie Geld verdienen. Da soll sich jetzt etwas ändern, man kann so ein leichtes Abrücken vom Höchstgebotsverfahren erkennen. Aber gleichzeitig erklären Sie auch, dass Sie 10 Millionen Euro mehr aus Grundstücksverkäufen Erlösen wollen. Das passt natürlich vorne und hinten nicht, da die Zahl der Grundstücke nicht beliebig vermehrbar ist. Insofern produzieren Sie sich die Flaschenhälse Ihrer Grundstückspolitik selbst. Was wir erleben, ist eine Wohnungsbaupolitik mit angezogener Handbremse. Was wir brauchen, ist Vorfahrt für Wohnungsbau. Das ist Ihre Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Hamann.

Jörg Hamann CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Wohnungsbau ist ohne Zweifel wieder auf der Agenda

(Dirk Kienscherf SPD: Das war es jahrelang nicht!)

der Stadt, auf der Agenda des Senats, aber auch der hier vertretenen politischen Parteien. Wer sich zurückerinnert, wird sich durchaus daran erinnern können, dass es unterschiedliche Phasen gab. Während der Wohnungsmarkt Anfang der Achtzigerjahre – im Übrigen trotz jahrzehntelanger sozialdemokratischer Regierung – sehr angespannt war und es lange Schlangen wartender Mietsucher gab, entspannte er sich dann nachfolgend bis zum Ende der Achtzigerjahre. Ich erinnere mich an Diskussionen, ob das Bundesbauministerium abgeschafft werden solle. In Hamburg-Mitte diskutierten wir, ob wir überhaupt noch einen Bauausschuss brauchen, und wir wollten die Großsiedlungen reduzieren, indem wir Wohnungen abbauen. Nach der Wiedervereinigung kam dann alles anders und es wurden wieder Wohnungen nachgefragt. Tatsächlich entspannte sich der Wohnungsmarkt auch kurz vor dem Jahrtausendwechsel erneut.

Wir haben also keinen Wohnungsmarkt, der einen immer gleichen Weg nach oben oder unten geht. Inzwischen haben wir wieder die Situation – nicht zuletzt dank der Attraktivität der Stadt Hamburg –, dass der Wohnungsmarkt, was die Nachfrage be-

(Jörg Hamann)

trifft, anzieht. Der Senat berücksichtigt das und steuert mit verschiedenen Wohnungsbauprogrammen genau in die Richtung, diesen Entwicklungen zu begegnen und im großen Rahmen neue Wohnungen zu bauen. Ihr Antrag, fürchte ich, wird dabei nicht sonderlich helfen, denn er ist letztendlich nichts anderes – wie Sie selbst schon gesagt haben – als eine Wiederholung dessen, was der Senat bereits größtenteils macht.

(Andy Grote SPD: Sagen Sie mal ein Beispiel, was er gemacht hat!)

– Herr Grote, es gibt viele Beispiele.

Ihre alten Forderungen haben sich bisher als nutz- und effektivlos erwiesen.

Wenn ich mir Ihren Antrag in den einzelnen Punkten anschau, dann möchten Sie gerne – das haben Sie eben noch einmal betont – eine Wohnungsbaukonferenz einberufen. Herr Grote, durch eine Konferenz ist noch nicht eine Wohnung gebaut worden und das wird sich auch in Zukunft nicht ändern.

(Andy Grote SPD: Durch Ihre Politik ist auch noch keine Wohnung gebaut worden! – Ingo Egloff SPD: Wir haben auch ohne Konferenz 75 000 Wohnungen gebaut!)

Die Leute, die Ihrer Meinung nach alle zusammen an einem Tisch sitzen sollen, sehen sich regelmäßig und treffen sich andauernd: VNW, BFW, SAGA GWG. Die sitzen in denselben Organisationen und treffen sich auf den immer selben Veranstaltungen, zuletzt vergangenen Montag im Elysée. Ich hörte, Sie waren auch da. Die Wohnungsbauaktivität der Stadt kann nun wirklich nicht daran scheitern, dass sich die betreffenden Leute nicht regelmäßig sehen. Es bringt nichts, erneut einen Tisch zu suchen, an dem man sich trifft.

Gleiches gilt im Übrigen auch für den zweiten Punkt Ihres Antrags. Sie wollen städtischen Grundstücken zukünftig bei der Vergabe für den Wohnungsbau einen Vorrang einräumen. Nun wissen Sie doch selbst ganz genau, dass sich nicht jedes Grundstück für Wohnungsbau eignet oder genutzt werden kann. Es gibt selbstverständlich Planungsausweisungen. Eine derart pauschale – das ist dann auch der Vorwurf gegen Ihren Antrag – und oberflächliche Forderung bringt da überhaupt nichts. Selbstverständlich schaut der Senat auch jetzt schon, welches Grundstück geeignet ist. Es gibt, das wissen Sie auch, harte Kämpfe zwischen der Wirtschaftsbehörde und der Baubehörde, ob ein Grundstück noch für Gewerbe zu nutzen ist oder dem Wohnungsbau zugeteilt werden kann.

Der dritte Punkt, den Sie hier aufführen, ist aus meiner Sicht der einzige Punkt, den man in der Tat einmal intensiver diskutieren könnte. Das ist aber nun auch wieder ein Punkt, den CDU und GAL miteinander diskutieren, zu dem es auch interne

Überlegungen gibt, das auf eine bestimmte Schiene zu bringen.

(Andy Grote SPD: Es gibt immer nur Überlegungen!)

Mit Punkt 4 ist es dasselbe. Es tut mir leid, aber viele Punkte, die Sie hier aufführen, sind einfach inhaltlich falsch. In dem Antrag steht jetzt, 30 Prozent der entstehenden Wohnungen sollen öffentlich geförderter Mietwohnungsbau sein. Vor Kurzem haben Sie uns einen Antrag gegeben, da war von 40 Prozent die Rede.

(Andy Grote SPD: Das stimmt nicht!)

Gut, da kann man noch sagen, mit der Zahl sind Sie sich nicht so sicher und 40 Prozent sind aus Ihrer Sicht sicherlich besser als 30. Aber es hakt doch schon am Inhalt. Dann sollen sozialverträgliche Anfangsmieten vorgesehen werden. Herr Grote, wenn Sie sozialen Wohnungsbau machen, haben Sie eine Kostenmiete, die ist gesetzlich vorgeschrieben. Da können Sie nicht sagen, das sollen 7,50 Euro sein.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Wie hoch die Miete ist, ergibt sich dann am jeweiligen Objekt und aus dem Gesetz. Sie können nicht einerseits gesetzlich die Kostenmiete vorschreiben und andererseits sagen, aber nicht mehr als 7,50 Euro. Das funktioniert überhaupt nicht.

(Andy Grote SPD: Das machen Sie doch selber mit Ihren Wohnungsbauinitiativen!)

Das Nächste, was Sie hier groß gepriesen haben, ist Ihr Vorschlag, das Wohnungsbauförderungsprogramm von 1000 Wohneinheiten jährlich auf 2000 aufzustocken.

(Andy Grote SPD: Das ist nicht oberflächlich geschrieben, das ist oberflächlich gelesen!)

Sie wissen selbst, dass die Fördermittel, die die Stadt zurzeit zur Verfügung stellt, nicht vollständig abgerufen werden. Wenn die Fördermittel für 1000 Wohnungen nicht abgerufen werden, was soll es dann helfen, wenn wir die Fördermittel verdoppeln? Ich will Ihnen da nicht zu nahe treten, weil ich weiß, dass das nicht Ihre Überzeugung ist.

(Andy Grote SPD: Sie sind aber abgerufen worden!)

– Sie können gerne gleich noch einmal etwas dazu sagen, regen Sie sich nicht so auf. Das zeigt doch nur, dass ich die Punkte hier scheinbar ganz genau treffe.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Wenn die Fördermittel für 1000 Wohnungen nicht abgerufen werden, dann werden sie auch für 2000 Wohnungen ohne ergänzende und unterstüt-

(Jörg Hamann)

zende Maßnahmen nicht abgerufen. Es bringt nichts, einfach nur Geld zur Verfügung zu stellen.

Als nächsten Punkt haben Sie hier Ihr sogenanntes "Programm 1000", das Sie als solches auch verkaufen wollen. 1000 Belegungsbindungen, das ist natürlich auch wieder so eine Idee. Der Senat sagt 100 und Sie sagen 1000. Das ist natürlich rein von der Zahl her doll, es erinnert mich ein bisschen an die alte sozialistische Planpolitik, wir verdoppeln die Produktion: Statt 50-Watt-Glühlampen gibt es 100-Watt-Glühlampen, dann haben wir doppelt so viel produziert.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und bei Horst Becker GAL)

Jetzt sollen es statt 100 Belegungsbindungen einfach 1000 sein. Das mit den Belegungsbindungen ist allerdings nicht einfach. Der Senat versucht das zurzeit als einen Baustein auszuprobieren.

(Ingo Egloff SPD: Die haben schon 100-Watt-Glühlampen!)

Wenn der erfolgreich ist, wird selbstverständlich aufgestockt. Wir sehen aber, dass es in anderen Bundesländern nicht läuft. Bayern hat das sehr ambitioniert bereits vor Jahren versucht und viel Geld zur Verfügung gestellt. Das Einzige, was sie ankaufen konnten, waren 100 Belegungsbindungen in Nürnberg, weil irgendein privater Häuslebauer aufgegeben und seine Wohnungen verkauft hat. Das war alles, was die dort akquirieren konnten. Ich hoffe, es wird in Hamburg besser. Nur ob es besser wird, werden wir im Einzelnen sehen müssen.

Auch an diesem Punkt ist Ihr Antrag im Übrigen inhaltlich einfach schlecht und damit auch falsch. Was bringt es Ihnen, Belegungsbindungen zu kaufen, was ist dann mit der Miete? Es nützt doch nichts, einfach nur eine Belegungsbindung zu kaufen und zu sagen, wer dann dort einzieht. Sie müssen dann auch gleichzeitig die Miete regulieren; das heißt, Sie müssen die Kostenmiete erhöhen. Wenn Sie schon Anträge schreiben, dann müssen Sie sie auch im richtigen Paket schreiben, egal, zu welchem Punkt Ihres Antrags ich mich hier im Einzelnen äußere.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker und Dr. Eva Gümbel, beide GAL)

Beim nächsten Punkt geht es um SAGA GWG und die Schaffung von 1000 Wohnungen jährlich. Das ist schon wieder so eine Idee mit fürchterlich vielen Zahlen.

(Andy Grote SPD: Zahlen sind das, was Sie am meisten fürchten!)

Was Sie uns aber nicht verraten, ist, wo Sie denn an anderer Stelle sparen wollen, denn natürlich führt SAGA GWG auch etwas an den Haushalt ab. Das ist kein Geheimnis, das haben Sie auch fest-

gestellt. Wo denn die Gelder herkommen sollen, wissen Sie nicht. Mit dieser Haltung können Sie gleich sagen, dann sollen es nicht 1000 Wohnungen sein, dann sollen es doch 10 000 Wohnungen sein. Im Übrigen wissen Sie aber selbst, was SAGA GWG dazu sagt. Der Wohnungsneubau von SAGA GWG scheitert nämlich nicht am fehlenden Geld, sondern einfach an den Grundstücken. Das sind ganz andere Probleme, die wir in diesem Bereich haben. SAGA GWG sagt, sie seien jederzeit bereit, mehr zu bauen, sie bräuchten nur passende Grundstücke.

(Andy Grote SPD: Dann geben Sie sie ihnen doch!)

Passende Grundstücke sind eben nicht so einfach zu finden. In Hamburg ist bereits viel gebaut und verdichtet worden. Dann gibt es die anderen Probleme, die wir haben, die Sie auch kennen, darauf komme ich gleich gerne noch einmal zurück. Sobald Sie irgendwo etwas bauen wollen, gibt es natürlich auch jede Menge Proteste, manchmal auch von der SPD. Also das ist von Anfang bis Ende einfach nur ein Schnellschuss.

(Andy Grote SPD: Was schlagen Sie denn vor?)

Dann schreiben Sie etwas zum Wohnungsbaukoordinator. Dazu hat der Senat bereits angekündigt – das ist auch aus meiner Sicht vollkommen richtig –, dass diese Position wieder eingeführt wird. Sie wünschen sich aber, dass der Wohnungsbaukoordinator Durchgriffskompetenzen haben soll.

(Andy Grote SPD: Das gab es schon einmal, das wurde abgeschafft!)

Das klingt gut. Das klingt zunächst einmal fast so gut wie die Geschichte mit den 1000 Belegungsbindungen statt 100 und den 2000 Wohnungen statt 1000. Das klingt nach energischem und entschiedenem Handeln. Der Wohnungsbaukoordinator soll Durchgriffskompetenzen haben. Was für Durchgriffskompetenzen das sein sollen, sagen Sie nicht. Dass es in Hamburg gesetzliche Regelungen gibt, dass die Bezirke eigenständige Rechte haben, dass auch die Ausschüsse der Bürgerschaft eigenständige Rechte haben und dass wir im Übrigen Gesetze haben, interessiert zunächst einmal nicht.

(Carola Veit SPD: Das klingt alles ziemlich untätig!)

Sie sprechen einfach von Durchgriffskompetenzen. Ich möchte einmal wissen, Herr Grote, was passiert, wenn dieser Wohnungsbaukoordinator tatsächlich Durchgriffskompetenzen hat und dann beispielsweise im schönen Bezirk Hamburg-Mitte etwas anderes entscheidet als Ihr Kollege Schreiber.

(Carola Veit SPD: Das werden wir dann sehen!)

(Jörg Hamann)

Dann möchte ich den Aufschrei hören, gerade von Herrn Schreiber, wenn der Wohnungsbaukoordinator in irgendeiner Weise zu einer anderen Entscheidung kommt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben es vorhin bereits gehört, der Begriff hat Sie geärgert, aber hier ist er wirklich angemessen: Ihr Antrag ist in der Tat heiße Luft. Ich weiß, das Thema Wohnungsbau bewegt Sie, es bewegt die SPD-Fraktion wie alle anderen Fraktionen. Für gute Vorschläge sind wir offen.

Ihr dritter Vorschlag ist aus meiner Sicht durchaus ein Punkt, den man diskutieren kann. Wesentlich mehr sehe ich in Ihrem Antrag nicht. Ich möchte Ihnen jetzt aber noch eines mit auf den Weg geben, wovon ich eben schon gesprochen habe: Es nützt nichts – das ist Ihre eigene Argumentation –, nur Anträge zu schreiben, sondern entscheidend ist letztlich das konkrete Handeln. Beim konkreten Handeln sind Sie in dem einen oder anderen Bereich vor Ort durchaus dabei, wenn ich mir die Bezirke anschau. In Hamburg-Nord habe ich es erlebt, dass eine SPD-Fraktion sich verantwortungsvoll um ein sehr vernünftiges Projekt gekümmert hat und es auch gegen örtliche Widerstände durchgesetzt hat. Da ging es um die Teilbebauung eines Spielplatzes durch eine Genossenschaft mit einer Quartiersgarage, mit einer Kita und mit familienfreundlichen Wohnungen. In Hamburg-Mitte, so haben wir gerade gehört, hat der Bezirk nun auch entschieden, das Projekt Bernhard-Nocht-Quartier zu unterstützen. Der Bezirksamtsleiter will also die Baugenehmigung erteilen. Auch das erfreut mich. Man könnte allenfalls noch überlegen, ob das, was letztlich vom Bezirk ausgehandelt worden ist, so gut ist oder ob man nicht gerade im Interesse der Mieter doch das eine oder andere noch hätte durchsetzen können.

(*Andy Grote SPD: Wo waren Sie denn bei diesen Verhandlungen? – Michael Neumann SPD: Das kann der Senat dann an sich ziehen!*)

Aber gut, die Entscheidung, Herr Grote, ist gefallen. Problematischer ist es in der Tat in anderen Bereichen, wenn ich mir beispielsweise anschau, was Ihre Fraktion und Ihre Genossen in Altona beim Bauvorhaben Buchenhof des BVE, des Bauvereins der Elbgemeinden, machen. Hierbei handelt es sich ebenfalls um ein Bauvorhaben einer Genossenschaft – ökologisches Wohnen, energetisch hochqualifiziert, günstige Wohnungsmieten, familienfreundlich. Da konnte Ihre Partei es sich offensichtlich nicht verkneifen, sich örtlichen Bewegungen oder Protestgruppen anzuschließen, nur um gegen dieses Bauvorhaben in der Sache völlig falsch zu protestieren und zu hoffen, dort in einer populistischen Art und Weise, wie ich sie sonst bis-

her nur von der Linkspartei kenne, Stimmen oder vielleicht auch Unterstützung zu finden.

(Beifall bei *Rolf Reincke CDU*)

Dabei ist das ein hervorragendes Bauvorhaben, das für diese Stadt viele zusätzliche neue Wohnungen schaffen könnte. Ihre Partei vor Ort versucht, dieses Bauvorhaben zu verhindern. Das ist einer von vielen Punkten in dieser Stadt, wo sich Ihre Partei leider alles andere als positiv in Sachen Wohnungsbau verhält. Es ist eine Sache, den Wohnungsbau zu fördern, eine andere ist es, dann vor Ort auch einmal den Mut zu haben, die einzelnen Projekte zu unterstützen. Diese Unterstützung und diesen Mut bringt Ihre Partei leider nicht in allen Bereichen auf. Ich hoffe, es wird besser. – Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Becker.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Da bleibt für Horst gar nichts mehr übrig!*)

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Grundsätzlich finde ich den Antrag der SPD erst einmal respektabel, weil er sich in sachlicher Art und Weise einem Problem nähert und auch versucht, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und beizusteuern. Die gute Absicht ist wirklich respektabel. Den Weg, den der Kollege Hamann gewählt hatte, um zu erläutern, warum wir diesen Antrag dennoch ablehnen werden, hatte ich mir ähnlich vorgestellt.

(*Ingo Egloff SPD: Das hat uns nicht weiter überrascht!*)

Ich wollte mich durch die acht Punkte des Antrags durcharbeiten. Ich werde nun, da wir schon einiges dazu gehört haben, versuchen, das etwas abzukürzen.

In der Einleitung zu Ihrem Antrag stehen ein paar Zahlen, auf die ich eingehen möchte. Hier wird zum Beispiel gesagt, dass jedes Jahr im Durchschnitt circa 6000 Sozialbindungen auslaufen. Nach den Informationen, die ich habe, sind es jährlich weniger als 3000. Aber wie dem auch sei, letztlich wird die Zahl der Wohnungen in der Mietpreisbindung sinken, weil es sich zumeist um lange Bindungen handelt, die aus dem letzten Jahrhundert stammen, und die werden irgendwann nicht mehr da sein. Diese Zahl wird weiter sinken. Andererseits stellt sich die Frage, ob wir davor wirklich so große Angst haben müssen,

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Sie wahrscheinlich nicht!*)

(Horst Becker)

denn wenn wir uns im SAGA-Bestand die Durchschnittsmieten der Wohnungen mit Mietpreisbindungen anschauen, dann liegt die Durchschnittsmiete dort etwa bei 5 Euro. Beim Mietbestand der SAGA an frei finanziertem Wohnraum sind es im Durchschnitt 5,50 Euro. Die SAGA stabilisiert, ob nun im Wohnungsbestand mit Mietpreisbindung oder auch im ungebundenen Bestand, nach wie vor trotz der Steigerungen bei den billigen Mieten, die wir gar nicht verkennen wollen, den Mietmarkt und sie wird es mit ihrem großen Bestand auch dann noch tun, wenn weitere Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen.

Dann lesen wir, die SAGA habe 2007 36 und 2008 82 Wohnungen gebaut. Ich habe einmal nachgefragt, 2009 sollen es 17 gewesen sein – ganz großer Sport. Wir sehen daran, dass die SAGA schwergängig ist. Im Wohnungsbauentwicklungsplan steht ganz klar, dass die SAGA als Bauherr in diesem Bereich wieder deutlich in Erscheinung treten soll. Dazu finden im Moment Gespräche statt und ich gehe davon aus, dass Einigungen mit nennenswerten Resultaten dabei herauskommen werden. So kann es nicht weitergehen, da brauchen wir natürlich ganz andere Zahlen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Sie beziehen sich auch auf den Leerstand im gewerblichen Bereich und es ist die Rede von einer Million Quadratmetern Büroflächen, die leer stehen. Diese Zahl stimmt ungefähr mit meinen Informationen überein. Das sind ungefähr 8 Prozent des Bürobestands in Hamburg. Dieser Leerstand ist geringer als in vergleichbaren Großstädten wie München, Berlin und so weiter. Dort ist der Leerstand größer.

Eine Vergleichbarkeit lässt sich aber nicht unbedingt herstellen, weil die meisten dieser Gebäude wieder vermietbar sind. Oder sie sind abgängig und in vielen Fällen auch aus rein baulichen Gründen nicht für Wohnzwecke herzurichten. Es gibt eine Förderung. Wir haben seit 2006 mittels Förderung ungefähr 500 Wohnungen gewonnen, die wir durch Umwandlung von gewerblichem Raum geschaffen haben. Man kann auch nicht jedes Grundstück in jedem Bereich der Stadt mit Wohnbebauung belegen. Wenn es im Industriegebiet liegt oder an einer großen Straße, ist es möglicherweise nicht geeignet.

(Ingo Egloff SPD: Darum geht es doch gar nicht!)

Aber im Moment ist es in dieser Stadt auf jeden Fall so, dass ein Grundstück auffällt, wenn es für den Wohnungsbau gut geeignet ist, und dann wird es auch einer solchen Nutzung zugeführt werden.

(Karin Timmermann SPD: Das ist beruhigend zu wissen!)

– Das ist Praxis.

(Ingo Egloff SPD: Schön wär's!)

Zur Wohnungsbaukonferenz: Dem kann ich mich auch nicht anschließen, einfach deshalb, weil wir ein langes Verfahren hatten. Es gibt einen Wohnungsbauentwicklungsplan. Wir hatten Anhörungen und die Institutionen und Einrichtungen, die hier genannt werden, sind alle angehört worden und sie werden in einer Wohnungsbaukonferenz auch nichts anderes sagen. Ich bin der Meinung, dass uns das nicht weiterbringt, sondern dass konkrete Gespräche auf der Arbeitsebene sehr viel besser angesiedelt sind, und dort finden sie bereits statt.

Zu den Punkten 2, 3 und 4 hat Herr Hamann etwas gesagt. Zum Wohnungsbauförderprogramm, dem Punkt 5, sagen Sie, man solle von 1000 Wohneinheiten auf 2000 Wohneinheiten gehen. Nach meinen Informationen liegen die realen Zahlen aus 2009 bei knapp 1100; da sind wir ganz gut im Film.

(Andy Grote SPD: Das weiß Herr Hamann nur noch nicht!)

2000 ist ein bisschen hoch gegriffen, das werden wir nicht erreichen, aber ich glaube schon, dass sich da noch etwas machen lässt. Wir hatten eine Steigerung von 650 auf 1100, wenn die Information denn stimmt. Machen wir doch nächsten Jahr den nächsten Schritt. Bei 2000 werden wir nicht landen, weil uns das auf einen Schlag 50 Millionen Euro kosten würde. Ich habe mir sagen lassen, dass die nicht so einfach zu finden sind.

Ähnlich ist das mit dem "Programm 1000", wie Sie es nennen. Hier fordern Sie, nicht 100 Belegungsbindungen anzukaufen, sondern 1000. Das finde ich unklug, denn wenn wir uns hier per Beschluss verpflichten, 1000 Belegungsbindungen zu kaufen, weiß die Wohnungswirtschaft das natürlich auch. Im Moment umfasst dieses Programm ein Volumen von 1,5 Millionen Euro. Wenn es läuft wie geschnitten Brot, dann ist es auch ausbaufähig, aber wenn wir uns auf 1000 Belegungsbindungen festlegen, dann wären das erst einmal 15 Millionen Euro und vor allem würden die Preise auf einen Schlag gewaltig ansteigen. Alleine mit einer solchen Formulierung sorgt man dafür, dass so ein Ziel nicht zu erreichen ist. Vor allem Ihre Forderung nach Belegungsbindungen in Stadtteilen, wo die Marktmieten besonders stark steigen, ist nicht hilfreich. Es kann nicht sein, dass wir versuchen, Wohnungsnotfälle in Blankenese unterzubringen, und dafür wirklich unsere schmale Förderung verpulvern. Ich sehe hier einen falschen Ansatz.

(Andy Grote SPD: Nein, Sie wissen, um welche Stadtteile es geht!)

In Punkt 8 wollen Sie einem Wohnungsbaukoordinator, von dem man noch nicht weiß, welche Kompetenzen er haben wird, mehr Kompetenzen ge-

(Horst Becker)

ben. Das ist nicht ganz logisch, das wird Ihnen wahrscheinlich auch selbst einleuchten. Deshalb können wir uns diesem Punkt auch nicht annähern.

Insgesamt ist Ihr Antrag gut gemeint, aber wir hatten einen langen Prozess. Wir hatten mehrere Anträge dazu, wir haben Expertenanhörungen durchgeführt. Wir haben im Grunde alle gefragt, die etwas davon verstehen, und sind hinterher zu Beschlüssen gekommen. Jetzt ist die Verwaltung bei der Umsetzung und es soll greifen. Sie sprechen über das Thema, aber Sie laufen damit einfach nur hinterher. Warten wir doch erst einmal ab, ob es greift.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, dass Herr Becker wenigstens einräumt, dass es sich bei dem SPD-Antrag um einen äußerst sachlichen Beitrag handelt.

(*Michael Neumann SPD: Wie immer eigentlich!*)

– Na ja.

Wenn ich mir allerdings den Schluss anhöre, dann sind Sie genau bei dem, was Herr Hamann auch gesagt hat, nämlich beim Prinzip Hoffnung, und das wird das Ergebnis dieser Diskussion sein. Mit dem Prinzip Hoffnung werden Sie der Situation auf dem Wohnungsmarkt absolut nicht gerecht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich will das noch einmal zitieren, weil Sie und auch Herr Hamann aus meiner Sicht zu dem eigentlichen Problem gar nicht Stellung genommen haben. Es heißt eingangs in dem SPD-Antrag:

"Die Situation auf dem Hamburger Wohnungsmarkt ist besorgniserregend. Bedarf und Angebot driften immer weiter auseinander. Während immer mehr Menschen eine Wohnung suchen, werden seit Jahren viel zu wenig neue Wohnungen gebaut. Die Auswirkungen sind vor allem im Segment der preiswerten Mietwohnungen deutlich spürbar."

Also was da steht, kann ich im Tenor aus dem Wohnungsbauentwicklungsplan mit genau denselben Formulierungen herausholen. Es ist eine wirklich ausgesprochen sachliche Beschreibung des Zustandes, den wir haben.

Wenn ich jetzt auf den Wohnungsbauentwicklungsplan und Ihre Politik zurückkomme, Herr Becker, dann verhält es sich eben genau so, dass Sie – ich würde es einmal umdrehen – im Wohnungsbauent-

wicklungsplan im Grunde einräumen, dass die Situation kritisch und besorgniserregend ist; man kann es auch drastischer formulieren. Aber was Sie da auf den Weg gebracht haben, reicht nicht. Herr Grote hat es treffend zusammengefasst und charakterisiert. Am Ende der Legislaturperiode werden wir die Situation keineswegs verbessert, sondern noch verschlechtert haben. Das ist die Situation.

Wir haben vorhin über den Hafen und die maritime Wirtschaft gesprochen. Machen Sie bloß nicht so weiter, auch der Bereich Wohnungen ist ein ausgesprochen kritischer Bereich. Da sind wirklich Tausende von Leuten betroffen und das, was wir im November an Entwicklung der Mieten im Mietenspiegel gesehen haben, ist einfach eine Auswirkung dieser kritischen Situation auf dem Wohnungsmarkt. In dem Maße, wie der Wohnungsneubau in den letzten Jahren zurückgegangen ist – es gibt sicher auch noch andere Faktoren –, werden bei wachsender Wohnbevölkerung die Mieten nach oben geschleust. Das ist für einen Großteil der Hamburgerinnen und Hamburger wirklich eine Bedrohung und wir haben damals einvernehmlich gesagt, der Wohnungsbauentwicklungsplan wäre ein Schritt nach vorne. Jetzt sagt die SPD, bei genauem Hinschauen sei eigentlich nicht viel passiert in dieser Legislaturperiode; das zeichnet sich zumindest im Wohnungsbau ab. Was kann man denn jetzt wirklich tun, um die Situation der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern? Es ist doch nicht unser Spielfeld, sondern die Politik ist doch dazu da, deren Situation zu verbessern. Dazu müssten Sie, Herr Hamann oder Herr Becker, einmal Stellung nehmen. Was kommt denn am Ende dieser Legislaturperiode heraus?

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Andreas Dressel* und *Andy Grote*, beide SPD)

Wenn mir noch eine kritische Anmerkung gestattet ist: Mir hätte es natürlich besser gefallen, wenn in der Überschrift "Vorfahrt für den preiswerten Mietwohnungsbau!" stehen würde. Auf Seite 2 des Antrags wird zu Recht darauf hingewiesen – das hat auch Herr Hamann locker eingeräumt und gesagt, daran können wir nichts ändern –, dass wir momentan auf städtischen Baugrundstücken eine Nettokaltmiete zwischen 11 und 15 Euro haben. Und das ist bei dem gegenwärtig in Hamburg noch existierenden Mietniveau für viele Bürgerinnen und Bürger einfach unbezahlbar.

Es geht natürlich darum, wie wir das verändern, also den Mietwohnungsbau nach vorne bekommen und dann auch im preiswerten Segment zu einer Verbesserung des Angebots kommen. Da können wir uns alle drehen und wenden, wie wir wollen, das werden Sie nur zusammen mit öffentlicher Intervention hinbekommen. Das bekommen Sie nicht im Selbstlauf hin. Das ist die zentrale Herausforde-

(Dr. Joachim Bischoff)

rung und da soll am Ende der Legislaturperiode abgerechnet werden.

Nun finde ich es ganz merkwürdig, Herr Hamann, dass Sie sagen, ein wichtiger Faktor seien die Flächen. Wenn man sich die städtischen Liegenschaften anschaut, dann sind dort von 2002 bis 2008 dreimal so viele Büroflächen entstanden wie Flächen für Wohnzwecke. Da können Sie mir jetzt nicht entgegenhalten, das müsse automatisch so sein, weil das alles für Gewerbe ausgewiesen sei. Das würde ich infrage stellen, das müssten wir uns gemeinsam anschauen. Das ist vielleicht auch das, was der Wohnungsbaukoordinator machen kann, das Flächenmanagement und die Zurverfügungstellung von Grund und Boden irgendwie in Bewegung zu bekommen. Dann ist das ein Schritt, der das Ganze nach vorne bringt, aber sicherlich nur einer unter vielen anderen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich bitte um etwas mehr Ruhe im Saal. Herr Bischoff, fahren Sie bitte fort.

Dr. Joachim Bischoff (fortfahrend): Zum zweiten Punkt: Auch da wird es gar keinen anderen Weg geben und an anderen Stellen in der Politik haben Sie doch auch keine Schwierigkeiten, die finanziellen Ressourcen aufzubringen. Das heißt, wir müssen die öffentliche Förderung auf ein anderes Niveau heben, und das gilt meines Erachtens auch für den Ankauf von Belegungsbindungen.

Insofern werden wir dem Antrag auch zustimmen. Ich habe schon gehört, dass Sie ihn in die Tonne treten werden. Das ist wirklich ein spannender Punkt, Herr Becker und Herr Hamann, was wollen Sie denn nun machen, um diesen Wohnungsbau in einer bestimmten Weise zu verändern? Wir werden Sie spätestens am Ende der Legislaturperiode daran erinnern, dass Sie alle Initiativen weggeschwemmt haben, und Ihr Prinzip Hoffnung wird ohne Wenn und Aber gescheitert sein.– Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Koeppen.

Martina Koeppen SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Einzige, was ich von Schwarz-Grün in den letzten Reden mitbekommen habe, war, was eigentlich nicht geht. Ich habe keine eigenen Vorstellungen oder Ideen von Ihnen gehört, wie Sie dieses Problem angehen wollen.

(Beifall bei der SPD – Jörn Frommann CDU: Dann haben Sie in den letzten Sitzungen nicht zugehört!)

Eine Aussage habe ich doch mitgenommen: Sie sagen, dass die SAGA GWG nicht bauen darf, damit das Geld im Haushalt nicht fehlt.

(Jörn Frommann CDU: Hä? Schon wieder geschlafen!)

Das kann nicht die Wirklichkeit sein, denn die Wirklichkeit sieht so aus, dass 30 bis 40 Menschen für eine bezahlbare Wohnung anstehen. Ein weiteres Indiz für die Wohnungsnot in Hamburg, gerade bei bezahlbarem Wohnraum, ist die Leerstandsquote. Sie liegt bei der SAGA ungefähr bei 0,5 Prozent und bei den Mitgliedern des VNW bei 2,2 Prozent.

Früher galt einmal die Faustformel: ein Wochenlohn für die monatliche Miete. Heute ist es so, dass ein normaler Arbeitnehmer 50 Prozent seines Lohns für die Miete bezahlen muss. Sicherlich haben große Verluste am Aktienmarkt Wohnimmobilien im Bestand bei Anlegern wieder interessant gemacht, aber es gibt noch andere Faktoren. Nehmen Sie zum Beispiel den Betriebskostenspiegel. So liegt der durchschnittliche Wert 2007 für Deutschland bei 2,78 Euro pro Quadratmeter. In Hamburg liegt er wesentlich höher, und zwar bei 2,84 Euro. Der Deutsche Mieterbund sagt, dass 2008/2009 diese Kosten aufgrund der erhöhten Energiekosten noch gestiegen sind. Aber der Senat dreht weiter an der Gebührenschräube. Immer wieder werden Gebühren wie zum Beispiel für Müllentsorgung oder Wasser erhöht. Damit haben sich die Nebenkosten mittlerweile zu einer zweiten Miete entwickelt.

Nehmen Sie einmal den neuen Mietenspiegel. Die Durchschnittsmiete liegt zwar bei 6,76 Euro pro Quadratmeter. Diese Zahlen mögen beruhigen, aber es sind nur 6000 Daten über Neuvermietungen und Mieterhöhungen in diesen Mietenspiegel eingeflossen. Tatsache ist – Herr Becker sagte es bereits –, dass die Durchschnittsmieten bei der SAGA ungefähr bei 5,30 Euro liegen. Dieser Betrag liegt weit unter dem Mietenspiegel für Hamburg. Allerdings kommt diese Zahl auch durch die Großsiedlungen zustande. Mümmelmannsberg und Osdorfer Born sind in diesem Fall Schnittkiller. Da liegen ungefähr 12 000 Wohnungen der SAGA. Bei nicht preisgebundenem Wohnraum orientiert sich die Miete der SAGA GWG mittlerweile auch an dem Mittelwert des Hamburger Mietenspiegels und für Neubauten verlangt die SAGA auch schon 14 Euro pro Quadratmeter kalt. Diese Zahl ist realistisch. Um die Wirtschaftlichkeit eines Projekts zu sichern, liegt die Anfangsmiete im Durchschnitt bei 11 Euro pro Quadratmeter kalt. Aber kostendeckende Mieten von 11 Euro und mehr fallen nicht vom Himmel und werden auch nicht von Investoren gewürfelt.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist unglaublich!)

Hohe Grundstückspreise und steigende Baukosten durch gestiegene Anforderungen sind eine der

(Martina Koeppen)

Hauptursachen. Die energetischen Anforderungen an Gebäude sind in Hamburg höher als in anderen Bundesländern. Hamburg geht hier einen gesonderten Weg und treibt damit die Investitionskosten in die Höhe. Da kann man nur sagen: Der Senat hängt die Latte hoch, jetzt muss er auch springen.

(Beifall bei der SPD)

Doch den Stellenwert von Wohnungsneubau sieht man schon allein an der Erhöhung der Gebühren für die Bauanträge seit 1. Januar. Günstige Zinsen allein sind kein Anreiz für verstärkte Bautätigkeit, wenn gleichzeitig Investoren laufend mit neuen Vorschriften konfrontiert werden. Hierzu gehören nicht nur die erhöhten Anforderungen an den Klimaschutz, sondern auch zum Beispiel die nach der DIN-Norm geforderte Dichtigkeitsprüfung von Abwasserleitungen bis Ende 2015. Aber auch gut gemeinte Bauvorhaben können nicht realisiert werden. Nehmen Sie das Beispiel Lettow-Vorbeck-Kaserne. Die Erschließungskosten wurden falsch kalkuliert und sind mittlerweile von 12 Millionen auf 40 Millionen Euro gestiegen. Das heißt, bei den geplanten 720 Wohneinheiten entfallen auf jede Wohnung 55 000 Euro Erschließungskosten; normal sind 6000 Euro. Das ist die Wahrheit über die Politik hier.

Die Wohnungsbaupolitik des Senats lässt sich kurz beschreiben. Städtische Grundstücke sollen den Haushalt sanieren und Konversionsflächen werden nicht genutzt, Herr Ohlsen. Gebühren steigen, Edelquartiere und Baugemeinschaften werden gefördert und der soziale Wohnungsbau wird ausgetrocknet.

(Beifall bei der SPD)

Durch diese Politik des Senats werden Teile des Hamburger Stadtplans in den kommenden Jahren von einkommensschwachen Mietern nahezu befreit werden.

Die Wohnung ist der Mittelpunkt privater Existenz. Wir können Ihnen nur raten, diese Existenz durch bezahlbaren Wohnungsbau zu sichern. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Becker.

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich sprach das eben Gehörte für sich selber. Frau Koeppen hat Probleme aufgezählt und im Grunde gesagt, man könne in Hamburg nicht bauen und weder Bau noch Wohnungen seien bezahlbar. Ich sehe allerdings überhaupt keine Verbindung zwischen dem Antrag, den Sie gerade vorgelegt haben, und damit, wie Sie mit diesem Antrag die schwerwiegenden und komplexen Probleme lösen wollen. Das ist mir völlig schleier-

haft. Auf diese Weise kommen wir überhaupt nicht weiter.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Wie wollen Sie auf diese Weise weiterkommen mit den Akteuren, die wir hier am Markt haben? Sowohl die Genossenschaften als auch die freie Wirtschaft sagen uns, sie würden nur eines wollen: Wohnungen bauen, Wohnungen bauen, Wohnungen bauen. Wenn Sie ihnen dann aber sagen, sie könnten sofort 1500 Wohnungen in Hausbruch oder Neugraben bauen, dann wird die Reaktion sein: Aber doch nicht da, die bekommen wir doch nicht über den Markt.

Es wird gerne gebaut, wenn das entsprechend subventioniert wird, aber das kostet viel Geld. Hamburg ist einer von drei verbliebenen Wachstumsmärkten im Vermietungsmarkt in ganz Deutschland, neben München und Stuttgart. Wir haben einen attraktiven Standort, aber wir brauchen Akteure, die selber auch ein bisschen Bereitschaft mitbringen.

(Dirk Kienscherf SPD: Jetzt sind die Unternehmen wieder schuld, oder was?)

Es kann nicht sein, dass der Staat die Privatwirtschaft mit silbernen Löffeln dafür belohnt, dass sie uns die Gnade erweist, hier zu bauen. So kommen wir nicht weiter und das können wir uns nicht leisten.

Die Analyse, die Sie liefern, kann ich nicht in Zusammenhang stellen mit den aufgezeigten Problemen. Herr Grote sagt beispielsweise, die Mietpreise in St. Pauli würden um 40 Prozent steigen. Das ist eine Zahl, die Sie wahrscheinlich selber ausgerechnet haben. Aber selbst, wenn wir annehmen, das würde so stimmen, dann müssen wir uns doch sagen, dass in St. Pauli nicht endlos Wohnungen errichtet werden können, und wer dort eine Wohnung hat, der gibt sie auch nicht so ohne Weiteres auf. Das heißt aber, selbst wenn wir irgendwo anders viele Wohnungen bauen würden, würden wir das Problem, dass Wohnungen in St. Pauli begehrt und Menschen bereit sind, sehr viel Geld für sie zu zahlen, so nicht lösen können. Das hat keinen inneren Zusammenhang, was Sie sagen.

Wir haben mit Ihrer Mitwirkung einen sehr umfangreichen Maßnahmenkatalog beschlossen. Das ist noch gar nicht so lange her. Deswegen wundere ich mich auch ein bisschen, denn Sie waren selber an den Beratungen beteiligt und haben eingeräumt, dass die Maßnahmen, die wir beschlossen haben, richtig und realistisch sind.

(Andy Grote SPD: Aber nicht ausreichend!)

Dass Sie jetzt plötzlich so zu reden anfangen, als ob wir uns in einer ganz anderen Stadt befänden, das nimmt mich wunder.

(Horst Becker)

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte sich dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 19/4838 anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 28, Drucksache 19/4938, Unterrichtung durch den Präsidenten: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 2. September 2009, Hamburger Initiative zur Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes um das Merkmal Sexuelle Identität.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 2. September 2009

Hamburger Initiative zur Ergänzung des Artikels 3 des Grundgesetzes um das Merkmal Sexuelle Identität (Drs. 19/3546)

– Drs 19/4938 –]

Wird das Wort gewünscht? – Herr Müller, Sie haben das Wort.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es kommt in diesem Hause selten vor, dass über alle Fraktionen hinweg darüber Einstimmigkeit erzielt wird, dass das Grundgesetz geändert werden soll. Vor vier Monaten ist das in diesem Hause passiert und jetzt liegt die Antwort des Senats vor, was aus dem Begehren der Hamburgischen Bürgerschaft geworden ist.

Fazit: 60 Jahre nach Inkraftsetzung des Grundgesetzes ist es nicht gelungen, das Merkmal sexuelle Identität und damit Lesben, Schwule und Transgender unter den besonderen Schutz der Verfassung zu stellen. Berlin, Brandenburg, Bremen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Hamburg haben sich im Bundesrat für eine solche Initiative ausgesprochen. Es ist nicht gelungen, auch die FDP/CDU-regierten Länder zu einer Zustimmung zu bewegen. Das hätte zumindest teilweise gelingen müssen. Für den ersten Schritt, der Vorlage im Bundestag, bedarf es im Bundesrat nur einer einfachen Mehrheit, aber nicht einmal die ist wegen der Blockade der FDP zustande gekommen. Ich finde es traurig, 60 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik. Im Grunde genommen gibt es dafür auch gar keine Ausrede.

(Beifall bei der GAL und bei Kersten Artus
DIE LINKE)

Dennoch wurden im Bundesrat Ausreden vorgebracht, sehr viele sogar. Eine davon werde ich nachher erläutern.

Ein Argument aufseiten der Befürworter ist, dass wir damit ohnehin in unserer Verfassung nur einen Zustand herstellen, der seit der Ratifizierung der Grundrechtecharta Europas im Vertrag von Lissabon seit Herbst 2009 längst geltendes Gesetz ist. Deutschland hat der Charta der Grundrechte ausdrücklich im Bundestag und Bundesrat zugestimmt. Umso unverständlicher ist, dass wir in unserem eigenen Grundgesetz, in unserer eigenen Verfassung, dann nicht die Merkmale der Diskriminierung entsprechend benennen. Es wurden nicht allzu viele glaubwürdige und wirklich nachvollziehbare Gründe genannt, warum dieser Schritt nicht gegangen werden sollte.

Wenn man ein wenig in den Plenarprotokollen liest, wird man feststellen, dass von allen Rednern im Bundesrat gesagt wurde – und zwar auch von denen, die später gegen die Initiative gestimmt haben –, es sei selbstverständlich, dass man eine Diskriminierung von Menschen aufgrund eines Persönlichkeitsmerkmals, und gerade auch aufgrund dieses Persönlichkeitsmerkmals, nicht hinnehmen dürfe. Gerade weil das aber angeblich so selbstverständlich ist, ist jetzt die Erklärungsnot derjenigen, die es abgelehnt haben, entsprechend zu handeln, auch besonders groß.

Ich möchte auf ein verfassungspolitisches Argument näher eingehen, damit man einmal weiß, worüber wir hier reden und damit wir uns als Parlament auch überlegen, wann wir wieder tätig werden wollen. Vorgetragen wurde dieses Argument von dem FDP-Justizminister aus Hessen. Er sagte, es bedürfe keiner Ergänzung des Grundgesetzes, weil bereits in Artikel 3 Absatz 1 eine entsprechende Regelung eingeschlossen sei, die Lesben, Schwule und Transgender – also die sexuelle Identität – schon schütze. Insofern sei eine Ergänzung eine Aufblähung des Grundgesetzes und eine unnötige Veränderung unserer Verfassung. Begründet wurde dies mit einem im letzten Jahr von Karlsruhe gefällten Urteil zum Lebenspartnerschaftsgesetz, insbesondere im Hinblick auf die Hinterbliebenenversorgung. Die Verfassungsrichter haben sich im Zusammenhang mit diesem Urteil noch einmal grundsätzlich zur Gleichstellung geäußert und sich dabei auch auf Artikel 3 Absatz 1 bezogen. Vor diesem Hintergrund, so sagte der hessische Justizminister, bedürfe es im dritten Absatz, in dem die Persönlichkeitsmerkmale aufgeführt sind, keiner weiteren Ergänzung. Dies sei einfach überflüssig.

Ich will gar nicht in eine verfassungsjuristische Diskussion einsteigen. Aber schauen wir uns einmal diese Argumentation an. Es gibt ein Urteil aus Karlsruhe, in dem Bezug auf das Persönlichkeitsmerkmal genommen wird und deswegen braucht

(Farid Müller)

dieses nicht mehr in Absatz 3 aufgenommen zu werden. Der Umkehrschluss wäre dann, dass wir den gesamten Absatz 3, in dem Persönlichkeitsmerkmale wie Religion und Weltanschauung und die Gleichstellung der Frau geschützt sind, nicht mehr bräuchten, denn es gibt sehr viele Verfassungsurteile zu den einzelnen Persönlichkeitsmerkmalen, die auf die Würde des Menschen und die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz verweisen. Im Umkehrschluss funktioniert diese Argumentation also nicht. Das zeigt auch, welche Erklärungsnot aufseiten der FDP im Bundesrat war, gerade auch bei den FDP-Justizministern der Bundesländer.

Ich finde das bei diesem Thema sehr traurig. Wenn eine große Mehrheit in diesem Lande das längst so sieht – und das war der Eindruck auch aus der Bundesratsdebatte –, dann wäre es an sich selbstverständlich gewesen, eine solche Ergänzung jetzt auch vorzunehmen. Das ist nicht geschehen und wir Grüne bedauern das sehr. Wir wollen an diesem Thema dran bleiben, gerade weil das Hamburger Parlament dem so einstimmig gefolgt ist. Das hat man nicht so oft. Ich würde mir wünschen, dass wir zu gegebener Zeit, wenn sich die Mehrheiten verändert haben, wieder tätig werden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir als CDU-Fraktion bedauern, dass wir mit diesem Vorstoß gescheitert sind. Allerdings wird man, wenn man genauer hinschaut, auch Bemerkenswertes feststellen können, wenn auch im Kleinen. Aber am Ende zählt natürlich die Ablehnung.

Wir hatten eine Initiative, die im Wesentlichen von den Stadtstaaten getragen wurde. Grundsätzlich hat man in dieser gesamten Diskussion sehr gut feststellen können – das gilt zumindest für die Volksparteien –, dass beim Thema gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften die Stadtstaaten für ein Voran stehen und dass in den Flächenländern eine deutlich höhere Skepsis, ein deutlich größerer Diskurs und ein deutlich höherer Diskussionsbedarf besteht. Wenn ich jetzt sehe, dass wir für unsere Initiative auch Zustimmung aus Thüringen, dem Saarland, Brandenburg und Rheinland-Pfalz erhalten haben, dann sind zumindest schon einmal einige Länder dabei, nämlich Thüringen, Rheinland-Pfalz und auch das Saarland, die früher bei solchen Initiativen mit Nein gestimmt hätten. Von Farid Müller wurde schon die verfassungsrechtliche Sichtweise, dass man den Artikel 3 nicht überfrachten wolle, angeführt. Ich

glaube aber, dass häufig eine inhaltliche Auffassung hinter einer Ablehnung steht, die dann mit formalen Argumenten überdeckt wird.

Dennoch glauben wir als CDU-Fraktion, dass Hamburg hier auf dem richtigen Weg ist. Der Artikel 3 ist sicherlich ein Symbol. Der CSD hat gezeigt, wie wichtig das ist. Entscheidend ist aber aus unserer Sicht auch das, was nachher in der Stadt passiert. Wir haben in den letzten Jahren – und nicht erst zu schwarz-grünen Koalitionszeiten – im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und der Gleichstellung von Lesben und Schwulen eine ganze Menge auf den Weg gebracht. Die Reaktionen aus der Community und von den Betroffenen sind durchweg positiv, auch das, was vom LSVD bei uns als Fraktion und in der Partei ankommt. Das zeigt uns, dass CDU und GAL – und in dieser Frage das gesamte Haus – auf dem richtigen Weg sind.

Wir für unsere Fraktion sagen, dass wir zwar eine Niederlage im Bundesrat erlitten haben – das hat Hamburg auch schon bei anderen Themen erlebt –, dass das aber nicht bedeutet, dass wir als CDU den im Hamburger Koalitionsvertrag festgeschriebenen Weg nicht entschieden weitergehen werden. Dabei geht es uns im nächsten Schritt im Wesentlichen um praktische Verbesserungen. Praktische Verbesserungen bedeuten zum einen, Diskriminierung im Alltag abzubauen und das Gefühl zu vermitteln, dass man sich in dieser Stadt als Schwuler oder Lesbe frei bewegen kann. Ein zweiter Themenbereich ist sicherlich die Unterstützung und Stärkung der Identitätsfindung, gerade bei jungen Leuten. Der dritte Bereich ist besonders für die großen Parteien wie die CDU ein wichtiges Thema. Wir haben einen Diskurs zu führen in der Breite der Bevölkerung, um Vorbehalte und Bedenken, häufig auch Unwissenheit oder das Fehlen persönlicher Erfahrungen abzubauen und möglichst flächendeckend ins Gespräch zu kommen, sei es im Ortsverein oder im Sport, sei es in der Politik oder auch in den Verbänden. Ich glaube, mit diesen drei Maßnahmen unserer Koalition sind wir, was die praktische Umsetzung in Hamburg betrifft, auf einem sehr guten Weg. Ich bin sicher, dass wir da auch weiterhin gut vorankommen werden, unabhängig davon, wie die Fragestellung um den Artikel 3 des Grundgesetzes nun ausgegangen ist.

Ich persönlich verbinde damit auch die Hoffnung, dass wir, wenn wir den eingeschlagenen Weg so erfolgreich weitergehen, auf Sicht auch im Bundesrat eine Zustimmung zur Veränderung des Grundgesetzes in Artikel 3 erleben werden. Das ist sicherlich kein kurzfristig zu erreichendes Ziel, sondern eher ein langfristiges. Es bedarf aber des Beharrungsvermögens und der Schritte, die wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben.

(Roland Heintze)

Ich kann das gesamte Parlament nur dazu einladen, diesen Weg mit uns mitzugehen. Je mehr wir praktisch umsetzen, desto mehr tragen wir dazu bei, dass ein Umdenken in den Köpfen stattfindet und dass Hamburg seine Vorreiterstelle als liberale und weltoffene Stadt, in der sich alle Menschen wohlfühlen und nicht diskriminiert werden, ausbauen kann. Das ist, so glaube ich, unser aller Ziel und daran werden wir als CDU-Fraktion weiter arbeiten.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir führen eine Debatte um den Artikel 3 des Grundgesetzes. Ausdrücklich noch einmal ein Dank an die GAL für die Anmeldung, knapp ein halbes Jahr nachdem wir hier in der Bürgerschaft fraktionsübergreifend und überraschend einmütig dafür gestimmt haben, eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel zu starten, den Artikel 3 des Grundgesetzes um das Merkmal sexuelle Identität zu ergänzen. All diejenigen, die das nicht so direkt verfolgt haben, bekamen nun lakonisch vom Senat mitgeteilt, dass die von ihm gemeinsam mit Berlin und Bremen auf den Weg gebrachte und vom Land Brandenburg unterstützte Initiative am 27. November keine Mehrheit im Bundesrat gefunden hat. Das ist aus unserer Sicht außerordentlich bedauerlich. Ich kann für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen, dass wir schon die leise Hoffnung hatten, dass die Mehrheiten zu diesem Zeitpunkt andere sein würden und es uns gelingen würde, eine Mehrheit für diese Initiative zu finden.

In der entscheidenden Sitzung hat der FDP-Staatsminister Hahn aus Hessen gegen den Antrag gesprochen; das wurde schon erwähnt. Er ist Justizminister, zuständig für Integration in Europa, stellvertretender Ministerpräsident in Hessen und außerdem Landesvorsitzender der dortigen FDP. Der niedersächsische CDU-Justizminister Busemann hat sich ebenfalls gegen den Antrag ausgesprochen. Was waren ihre Argumente? Etwas haben Sie schon vorgetragen bekommen. Ich will das noch einmal ergänzen.

Minister Busemann von der CDU erklärte, dass das Grundgesetz – trotz der Verfolgung und Diskriminierung der Homosexuellen bis in die Siebzigerjahre hinein – eine Erfolgsgeschichte sei und wir den Blick nun nach vorne richten müssten, die Zukunft sähe für Homosexuelle nämlich rosig aus. Ein grundgesetzlicher Schutz sei da nicht nötig. Ganz so rosig sehe ich diese Zukunft nicht. Ich bin schon der Meinung, dass wir richtig liegen und nicht dieser Herr.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Staatsminister Hahn von der FDP dagegen verwies auf die Ankündigungen der neuen Bundesregierung und vertrat die Position, dass angesichts der – seiner Meinung nach – äußerst ambitionierten Ziele der schwarz-gelben Regierung im Bund eine Grundgesetzänderung nur ein symbolischer Akt und völlig überflüssig sei. Auch dieser Meinung kann ich mich absolut nicht anschließen.

Die Frage ist, wie wir jetzt weiter damit umgehen. Auf Bundesebene ist mittlerweile schon einiges geschehen. Sie wissen vielleicht, dass im Bundestag gleichlautende Anträge der Grünen und der SPD vorliegen, die erneut eine Ergänzung des Grundgesetzes im Sinne unserer Initiative fordern. Beide Anträge sind allerdings noch nicht beraten und bei den Mehrheitsverhältnissen kann man sich natürlich nicht allzu viele Hoffnungen machen. Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht vor Kurzem ein wirklich wegweisendes Urteil in der Frage der Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe gesprochen. Es gibt also zumindest hier weiterhin Fortschritte.

Unseres Erachtens ist aber die Ergänzung des Grundgesetzes noch lange nicht vom Tisch. Sie ist weder von rein symbolischem Nutzen, wie die FDP meint – wobei ich ergänzen möchte, dass auch ein symbolischer Nutzen nicht zu unterschätzen ist und einer Zustimmung durchaus wert sein kann –, noch ist sie überflüssig, wie es die CDU schlichtweg behauptet hat.

Ich komme zu Hamburg und möchte an dieser Stelle den Senat gern an ein Versprechen erinnern, das im Hamburger Koalitionsvertrag festgehalten ist. Demnach sollen in Hamburg Projektmittel bereitgestellt werden für ein Forschungsprojekt zur Aufarbeitung der Verfolgung schwuler Männer aufgrund des Paragraphen 175. Im Rahmen dieses Projektes sollte meines Erachtens auch der Frage nachgegangen werden, warum eine solche Verfolgung Homosexueller – trotz des Artikels 3 in seiner heutigen Fassung – überhaupt möglich war. Dann könnte auch endgültig gezeigt werden, dass das Grundgesetz in dieser Hinsicht eben keine reine Erfolgsgeschichte war und es in der heute geltenden Fassung nicht ausreichte, um dies zu verhindern. Herr Busemann von der CDU irrt ganz einfach.

Meine Damen und Herren! Die Beratungen im Bundesrat haben aus meiner Sicht zwei Dinge gezeigt: Auf die FDP ist in dieser Frage kein Verlass – zu meiner Verblüffung, muss ich sagen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Echt?)

Die Position der Hamburger FDP,

(Wolfgang Beuß CDU: Die hat ja gar keine Position!)

(Gabi Dobusch)

die wir im Vorfeld der Entscheidung bisweilen auf Podiumsdiskussionen hören konnten, war schon äußerst fragwürdig. Die Position der FDP auf Bundesebene ist aber aus meiner Sicht überhaupt nicht nachzuvollziehen. Zum anderen, meine Damen und Herren von der CDU, muss ich feststellen, dass das mit den emanzipatorischen Inhalten Ihre Partei auch noch nicht in Gänze durchzieht. Ich weiß jetzt nicht wirklich, ob ich Ihnen wünschen soll, dass sich die etwas fortschrittlichere Sichtweise Hamburgs endlich auf das ganze Bundesgebiet ausbreitet. Im Sinne unserer Sache wäre es natürlich zu wünschen, dass Sie diesen Spagat überwinden und aus Ihrem Dilemma herauskommen. Im Moment gibt es bei Ihnen schon wieder reichlich Kräfte, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Ich werde das Ganze natürlich interessiert verfolgen; mal sehen, was dabei herauskommt.

Eines ist jedenfalls sicher: Mit Schwarz-Gelb kommen wir in dieser Frage nicht weit, das hat die Abstimmung im Bundesrat einwandfrei gezeigt. Für die SPD möchte ich noch einmal klarstellen, dass wir weiterhin zu unserem Vorstoß in der Gemeinsamen Verfassungskommission von 1993 stehen und das Ziel der Grundgesetzergänzung weiter verfolgen werden. Wir haben in dieser Sache bereits einen äußerst langen Atem bewiesen und werden auch weiterhin dran bleiben, im Bund und natürlich vor allen Dingen auch hier in Hamburg – hoffentlich auch dann wieder mit Ihrer aller Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GAL*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: * Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! So einig wir uns damals waren, als wir den Antrag zur Einreichung dieser Bundesratsinitiative verabschiedet haben, so schade finde ich es, dass beim Aufruf des Themas zwei Drittel der Abgeordneten den Plenarsaal verlassen haben.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Drei Viertel!)

– Ich habe durchgezählt, es waren ungefähr 40 Abgeordnete.

(*Wolfgang Beuß CDU*: Machen wir jetzt Mathematikunterricht, oder was?)

– Auf jeden Fall zu viele. Ich glaube, ich lag ganz richtig.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Man soll nicht die beschimpfen, die da sind!)

Ich hoffe, die Bundesländer, die im Bundesrat gegen diese Initiative gestimmt haben, bekommen

das nicht mit. Eigentlich müsste hier ein Aufschrei durch unser Parlament gehen; es ist eine Sauerei, dass das im Bundesrat nicht durchgegangen ist.

Es kommt nicht oft vor, dass wir uns einig sind, und so ist es besonders schmerzlich, dass wir mit einer Angelegenheit, bei der uns ein interfraktioneller Antrag gelungen ist, scheitern. Äußerst bitter ist, dass die Ablehner im Bundesrat mit äußerst dünnen und formalen Argumenten die Bundesratsinitiative der Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin abgebugelt haben. Einige der Argumente sind hier schon genannt worden.

Ich finde, der Ablehnung liegt eine katastrophale Fehleinschätzung zugrunde. So sagte der hier schon erwähnte niedersächsische Justizminister Busemann, dass der Diskriminierungsschutz bereits durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz gegeben sei. Ich teile diese Auffassung nicht, und zwar deswegen, weil mir schon nach meiner eintägigen Betriebsratsschulung zum AGG nach dessen Inkrafttreten 2006 klar geworden ist, dass dieses Gesetz unzureichend und ein fauler Kompromiss ist. Viele Experten und Expertinnen haben schon damals bei seinem Inkrafttreten angemahnt, es so schnell wie möglich zu überarbeiten.

Der hessische Fraktionsvorsitzende der FDP, Hahn, möchte keine Verwässerung und Überregulierung des Grundgesetzes und meint, dass das Grundgesetz nicht der Platz sei, um Bekenntnisse zu historischen Verantwortungen abzugeben. Ich bin exakt anderer Meinung. Kein Platz ist dafür besser geeignet als das Grundgesetz. Aber der Mann ist ja auch in der FDP, ihm ist sein Parteikonto wohl wichtiger als die Abbildung der Lebensrealitäten im Grundgesetz.

Das Grundgesetz hat eine Leitwirkung, und daher war und ist es an der Zeit, die Varianzen der sexuellen Vielfalt in der menschlichen Gesellschaft endlich entsprechend zu benennen und zum Ausdruck zu bringen, dass alles normal ist, was es gibt, und nicht nur das, von dem eine Mehrheit glaubt, dass es normal sei.

Aus Sicht der LINKEN wäre die Aufnahme der sexuellen Identität ins Grundgesetz, 60 Jahre nachdem die Nazis Homosexuelle systematisch verfolgt haben, ein klares Bekenntnis gegen den Faschismus gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das kann man nicht oft genug bekunden, aufschreiben und aussprechen; wir sehen es ja jetzt. Sich gegen den Faschismus mit seiner verbrecherischen Auswirkung zu bekennen scheint auch heute noch, oder schon wieder, manchen Politikern völlig abhandengekommen zu sein.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Was?)

Jedes Volk bewegt sich in seiner eigenen Geschichte und hat seine eigene Vergangenheit. Die-

(Kersten Artus)

se muss wach gehalten werden, damit die Verbrechen der Vergangenheit nicht wieder geschehen können.

(Viviane Spethmann CDU: Erzählen Sie das doch mal dem Bundestag und nicht uns!)

Es fällt vielen Homosexuellen, Transgendern, Transsexuellen und Intersexuellen immer noch schwer, sich zu ihrer Identität zu bekennen, auch deswegen, weil die Entwicklung der Sexualität kein statischer Weg ist. Es ist gesellschaftlich noch lange nicht anerkannt, wenn ein fünfzigjähriger Mann seine Silberhochzeit platzen lässt, weil er einen Mann liebt und sich endlich zu ihm bekennen möchte. Wie sagt er es seinen Kindern, wie seiner Frau, seinen Eltern und Kollegen und seinem Chef? Es ist ebenso wenig gesellschaftlich anerkannt, wenn sich eine Frau in ihrem Körper fremd fühlt oder wenn ein Kind mit einem nicht eindeutigen Geschlecht geboren wird. Man hat in dieser Gesellschaft Frau oder Mann und möglichst auch noch hetero zu sein, so ist es doch, sehr geehrte Herren und Damen. Das geht aber an der Lebenswirklichkeit vorbei und deswegen sind Homophobien und böse Schwulen- und Lesbenwitze auch immer noch Alltag an den Schulen, in den Betrieben und am Stammtisch. Und wenn dieser Herr Busemann von der niedersächsischen CDU sagt, dass das Grundgesetz nicht nach Belieben abgeändert werden solle, sondern ein auf Unabänderlichkeit angelegtes Normengefüge sei, dann kann ich nur sagen: Ja, genau. Wir wollen, dass die Anerkennung der Vielfalt sexueller Identitäten eine unabänderliche Norm wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt ist der Bundestag gefragt. Die Grünen und auch die Bundestagsfraktion der Linken und, wie ich eben gehört habe, auch die SPD haben Gesetzesentwürfe eingebracht, damit das Merkmal sexuelle Identität ins Grundgesetz aufgenommen wird. Ich hoffe und wünsche mir, dass die Lebenswirklichkeit auch im Bundestag ankommt und die Änderung des Artikels 3 Grundgesetz dort eine Mehrheit findet.

Und vielleicht unterschreibt unser Erster Bürgermeister noch schnell den Aufruf unter www.artikeldrei.de, den bereits 24 Bürgermeister und Bürgermeisterinnen aus Deutschland unterschrieben haben.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Welche denn?)

Ich gehe davon aus, dass er es nur vergessen hat. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Farid Müller GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Steffen.

Senator Dr. Till Steffen: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte jetzt keine Eulen nach Athen tragen, das Thema wird hier unisono beurteilt und das ist natürlich in der Sache sehr gut, bringt allerdings auch mit sich, dass die Spannung sinkt und die Abgeordneten dem Hunger und dem Durst nachgeben. Diese gemeinsame Haltung ist auch Ausdruck dessen, dass sich Hamburg in der Frage der Gleichstellung von Schwulen und Lesben wieder an die Spitze der Bewegung gesetzt hat, wie in vielen anderen Fragen, die in anderen Teilen der Republik erst einmal skeptisch gesehen wurden und mittlerweile selbstverständlich sind. Ich will hier erinnern an die Hamburger Ehe, mit der wir vorangegangen sind und die ein wichtiger Wegbereiter für die Lebenspartnerschaft war, die mittlerweile in vielen Bereichen akzeptiert ist; das war eben am Anfang gar nicht selbstverständlich. Ein ganz aktuelles Beispiel ist, dass bei uns die Gleichstellung im Beamtenrecht weiter geht als in allen anderen Bundesländern. Wir sind mittlerweile in Verastelungen angekommen, die man in der Plenardebatte kaum mehr darstellen kann, aber für die Betroffenen ist es natürlich ganz wichtig, dass beim Tod eines Lebenspartners, der Hamburger Beamter war, die Versorgung für die Hinterbliebenen deutlich besser ist als in anderen Bundesländern. Auch das ist ein wichtiger Punkt, wo Hamburg vorangeht und Beispiele setzt, sodass andere, die für die Rechte von Schwulen und Lesben kämpfen, auf Hamburg verweisen und sagen können: Es geht doch. Die Gleichstellung von Schwulen und Lesben sollte Normalität sein und sie sollte wirklich auch im Grundgesetz ankommen.

Ich habe mich jetzt gemeldet, weil ich selbst aus den Plenarberatungen im Bundestag berichten kann, denn bei beiden Plenarsitzungen, aus denen hier schon vielfach unter Verwendung der Plenarprotokolle zitiert wurde, war ich anwesend.

Eines, Frau Artus, wird man unserem Bürgermeister wirklich nicht nachsagen können, nämlich dass er sich in dieser Sache nicht hinreichend engagiert habe. Im Gegenteil, ich fand die Rede, die er bei Einbringung der Bundesratsinitiative gehalten hat, sehr beeindruckend. Herr Wowereit sprach vor ihm und benannte insbesondere die systematischen Argumente, warum das richtig ist, warum hier eine Lücke besteht und es Regelungsbedarf gibt und so weiter; all die guten Argumente, die zu nennen sind. Dann sprach Herr von Beust und er nannte ganz praktische Beispiele, wo Diskriminierung von Schwulen und Lesben in Deutschland auch heute noch stattfindet, und machte dadurch deutlich, dass wir diese Diskriminierung von Schwulen und Lesben nicht akzeptieren können und wollen. Dann gab es die sehr interessante Plenardebatte, aus der hier schon mehrfach zitiert wurde, und dann kamen tatsächlich die ganzen fraglichen Argumente.

(Senator Dr. Till Steffen)

An dieser Initiative ist die Breite der beteiligten Parteien, die als Antragsteller auftraten, bemerkenswert. Wir haben in den drei Stadtstaaten drei unterschiedliche Koalitionen, schwarz-grün in Hamburg, rot-grün in Bremen, rot-rot in Berlin, und wir hatten die Unterstützung von Bundesländern, die auch noch einmal ganz unterschiedlich regiert werden. Also man konnte sehen, dass die Diskussion sich nicht streng an Parteilinien entlang zieht, sondern dass die Dynamik auch in den Parteien unterschiedlich ist.

Dabei muss man natürlich sehen, dass auch die Meinungen innerhalb der Union zu diesem Thema sehr unterschiedlich sind und die Hamburger CDU auch in der Union offenkundig vorangeht. Aber auch auf Basis der Grundüberzeugungen hätte in dieser Situation die FDP springen müssen, um dafür zu sorgen, dass diese Initiative im Bundesrat zu einem Erfolgsthema wird. Und das finde ich wirklich ausgesprochen bedauerlich, denn es geht hier wirklich um eine ganze Menge. Es geht um symbolische Fragen, aber auch um tatsächliche Fragen. Symbolische Fragen sind angesprochen worden, zum Beispiel die Frage, warum ausgerechnet die in der Nazizeit diskriminierte Gruppe der Schwulen und Lesben bei der Formulierung des Grundgesetzes ausgelassen worden ist. Wäre das nicht ein wichtiger Punkt, um im Hinblick auf die Verfolgung in der Nazizeit ein wichtiges Signal zu setzen, aber auch im Hinblick auf die nach der Nazizeit fortgesetzte strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen? Es wäre ein geeigneter Zeitpunkt gewesen, ein Zeichen der Wiedergutmachung zu setzen, weil meiner Überzeugung nach den Schwulen und Lesben auch in der Bundesrepublik sehr viel Unrecht angetan wurde.

Aber es geht auch um die tatsächliche Frage, dass eine solche grundgesetzliche Regelung sich mit Sicherheit in vielfältiger Weise auf Gesetzgebung und Rechtsprechung ausgewirkt hätte, weil das Grundgesetz eine wichtige Leitlinie für den Gesetzgeber darstellt und die Rechtsprechung in vielen Zweifelsfällen die besondere Betonung dieser Anforderung berücksichtigt hätte. Das hätte den zu begrüßenden Entwicklungen in der Rechtsprechung, die wir in den letzten Wochen und Monaten erleben konnten, noch weiteren Nachdruck verliehen. Auch in diesem Zusammenhang wäre es an der Zeit gewesen, Schwule und Lesben, Transsexuelle und Transgender unter den ausdrücklichen Schutz des Grundgesetzes zu stellen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Was wir erlebt haben, ist kein Grund, den Mut zu verlieren, davon bin ich überzeugt. Die anderen Beispiele im Kampf um die Gleichstellung von Schwulen und Lesben zeigen, dass man einen langen Atem braucht. Hamburg musste immer wieder vorangehen. Wir sind auch bei diesem Schritt vorangegangen und wir werden sicherlich nicht das

letzte Mal über dieses Thema geredet haben. Vielleicht wird die Debatte im Bundestag diesmal noch ein bisschen interessanter und erfolgreicher. Wenn nicht, dann wird es sicherlich noch viele Gelegenheiten geben, über dieses Thema zu sprechen. Mit dieser großen Mehrheit arbeiten wir in der Hamburgischen Bürgerschaft an der richtigen Sache. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL, der CDU und bei Kersten Artus DIE LINKE)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/4938 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 54, Drucksache 19/4989, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Die SAGA GWG als öffentliches Unternehmen gezielt (wieder) am Mietwohnungsmarkt aktivieren.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Die SAGA GWG als öffentliches Unternehmen
gezielt (wieder) am Mietwohnungsmarkt aktivieren
– Drs 19/4989 –]**

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Schneider, bitte.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema unseres Antrags stand in dieser Legislaturperiode bereits einige Male auf der Tagesordnung dieses Hauses.

(Jörg Hamann CDU: Deswegen hatten Sie es auch mal angemeldet!)

Auch heute wurde es bereits im Zusammenhang des SPD-Antrags "Vorfahrt für Wohnungsbau!" angesprochen. Das hängt nicht damit zusammen, dass den Oppositionsparteien nicht genug andere Themen einfallen, sondern damit, dass das Problem Sicherung des Grundrechts auf Wohnraum nicht für alle Menschen in dieser Stadt gelöst ist, sondern sich im Gegenteil ständig verschärft.

(Beifall bei der LINKEN und bei Jan Quast SPD)

Erstens: Es gibt kein Konzept für die Wiederaufnahme des Sozialwohnungsbaus. Der soziale Wohnungsbau ist heute in Hamburg de facto ein Auslaufmodell. Hier tickt, darauf möchte ich hinweisen, regelrecht eine Zeitbombe. Im Jahr 1990 waren noch ein Drittel aller Wohnungen, nämlich genau 33,6 Prozent, Sozialwohnungen, im Jahr 2008 waren es gerade noch 12,3 Prozent. Da die Wohnungsbauförderung im Vergleich zu früheren Jahrzehnten praktisch zum Erliegen gekommen ist, fallen immer mehr Wohnungen – jährlich sind es Tau-

(Christiane Schneider)

sende – ohne Neukompensation aus der Sozialbindung. Hier rächt es sich, dass die Anzahl der Sozialwohnungen wesentlich vom Fördervolumen und von den Förderkonditionen der Vergangenheit abhängt. Wird diese Entwicklung nicht umgekehrt, dann verliert die Wohnungspolitik vollends ihre soziale Ausrichtung, dann kapituliert die Stadt vor der Aufgabe, das Grundrecht auf Wohnung für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen, vor allem nämlich für diejenigen, die bei den bestehenden Einkommens- und Vermögensverhältnissen auf einem rein marktwirtschaftlichen Wohnungsmarkt keinen angemessenen Wohnraum erhalten können.

Bis zum Jahr 2016 werden 22 000 Wohnungen aus der Bindung herausfallen. Sie sehen – das ist jetzt an die SPD gerichtet –, selbst wenn jährlich 1000 Sozialwohnungen mehr errichtet würden, und davon sind wir weit entfernt, würde das die katastrophale Entwicklung zwar verzögern, aber nicht stoppen und schon gar nicht umkehren. Deshalb sagen wir, wir brauchen ein Konzept zur Wiederaufnahme des Sozialwohnungsbaus und dieses Konzept muss auf den Ausbau von dauerhaft marktfernen Wohnungsbeständen in ausreichender Zahl zielen.

Zweitens: Vielleicht hoffen Sie, meine Damen und Herren von der Regierungskoalition, dass die demografische Entwicklung das Problem erledigt und für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sorgt und dass man deshalb alles auf sich zukommen lassen kann – aber dann irren Sie. Die Armut von Teilen der Stadtgesellschaft verfestigt sich und nimmt zu. Nicht zuletzt steigt die Zahl der Menschen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind. Und diese Zahl wird aufgrund der gebrochenen Arbeitsbiografien auch weiter steigen. Deshalb wird die Konkurrenz um preisgünstige, auch für Menschen mit Niedrigsteinkommen bezahlbare Wohnungen in Zukunft weiter zunehmen und diese Konkurrenz ist bereits heute enorm. Von den am heutigen Tag angebotenen 25 Mietwohnungen der SAGA GWG ist nur eine einzige förderfähig, das heißt, nach Paragraph 22 SGB II, Kosten der Unterkunft, zu finanzieren. Das bedeutet faktisch, dass die Mieten in den SAGA-GWG-Wohnbeständen zumindest tendenziell über den Bemessungsgrenzen für die Kosten der Unterkunft zu liegen kommen. Auf jedes einzelne Wohnungsangebot der SAGA GWG kommen derzeit im Schnitt 120 Bewerberinnen und Bewerber. Das ist nach Auskunft der SAGA GWG seit ungefähr einem Jahr so, davor war die Situation noch deutlich entspannter. Und es gibt nichts, was darauf hindeutet, dass sich das wieder entspannen könnte.

Ganze Gruppen von Menschen haben kaum eine Aussicht, eine Wohnung zu finden. Dazu gehören Obdachlose, die darunter leiden, dass der Kooperationsvertrag mit den sozialen Trägern seitens der Wohnungsunternehmen, hier vor allem der SAGA GWG, nicht erfüllt wird. Dazu gehören Men-

schen mit Behinderungen und psychisch Kranke, die im Zuge der Ambulantisierung und der Auflösung der stationären psychiatrischen Unterbringung zunehmend Wohnraum suchen, denen aber der Zugang zum regulären Wohnungsmarkt unmöglich ist. Für sie droht das Programm der Ambulantisierung, das ihnen eigentlich einen Schritt zu einer selbstbestimmten Lebensführung ermöglichen sollte, zu einem Risiko zu werden.

Drittens: Die Stadt verfügt über ein zentrales Instrument für eine soziale Wohnungsbaupolitik, nämlich die SAGA GWG, die mit einem Anteil von gut 130 000 unter den insgesamt rund 886 500 Wohnungen das mit Abstand größte und eben auch ein städtisches Wohnungsunternehmen ist. Allein schon aus diesen Zahlen ergibt sich die Bedeutung der SAGA GWG und auch ihr Einfluss auf das Hamburger Mietpreinsniveau. Aber die Gefahr, dass dieses Instrument stumpf wird, dass die SAGA GWG ihre Rolle verliert, bezahlbaren Wohnraum auch für Menschen mit niedrigem und niedrigstem Einkommen bereitzustellen, ist nicht zu unterschätzen. Deshalb ist in mehrfacher Hinsicht ein Kurswechsel dringend erforderlich.

Lassen Sie mich zunächst aus der Zehn-Jahres-Bilanz der SAGA GWG 1999-2009 zitieren. Dort heißt es unter anderem:

"Es ergibt sich für die Hansestadt in Verbindung mit ihrer "Tochter" SAGA GWG ein erweitertes Rentabilitätsverständnis, das neben unmittelbaren Haushaltsbeiträgen insbesondere auch die Leistungen in der Stadtentwicklung zur Sicherung von Stadtqualität für die Menschen in Hamburg umfasst."

Dieses erweiterte Rentabilitätsverständnis ist eines der zentralen Probleme. Die SAGA GWG hat in den letzten Jahren Hunderte Millionen Euro an den Haushalt abgeführt. Das städtische Wohnungsunternehmen wird als Milchkuh für allgemeine öffentliche Zwecke missbraucht. Das Geld wird den ursprünglichen Aufgaben des Unternehmens entzogen, und zwar auf Kosten der Bevölkerungsgruppen, die auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind. Und jetzt soll die SAGA GWG nach den Senatsbeschlüssen vom Dezember 2009 sogar noch mehr zahlen. Wir sagen Nein, damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der LINKEN und bei Ole Thorben Buschhüter SPD)

Das Geld darf ausschließlich für die Bereitstellung von ausreichendem bezahlbarem Wohnraum verwendet werden. Die Mietenpolitik der SAGA muss völlig neu ausgerichtet werden. Es ist ein Unding, dass die Mieten, die von SAGA GWG erhoben werden, im Schnitt der letzten zehn Jahre um 33 Prozent gestiegen sind und damit schneller als die Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt; Sie konnten es neulich in der "Hamburger Morgenpost"

(Christiane Schneider)

lesen. Zwar liegen die SAGA-GWG-Mieten immer noch unter den Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt, aber sie steigen schneller und man kann sich leicht ausrechnen, was es bedeutet, wenn diese Entwicklung anhält. Es kann nicht angehen, dass die SAGA GWG nach Auslaufen der Bindungsfristen Mieten bis an die Kappungsgrenze, bis zu 20 Prozent, erhöht. Es ist auch nicht im Sinne einer sozialen Wohnungspolitik, wenn die notwendige Sanierung – die Notwendigkeit soll gar nicht bestritten werden – der SAGA-GWG-Wohnungen zu heftigen und für viele Mieter unbezahlbaren Mieterhöhungen führt. Bei Sanierungen betrugen die Mieterhöhungen in rund 50 Prozent der Fälle bis zu 20 Prozent. Diese Problematik wird sich noch verschärfen, weil angesichts des Alters der Bestände der Sanierungsbedarf zunimmt.

Wir bitten die Bürgerschaft deshalb, unserem Antrag zuzustimmen und den Senat aufzufordern, die Gespräche mit der SAGA GWG zügig auf die genannten Zielsetzungen auszurichten. Das städtische Unternehmen muss wieder in vollem Umfang zum Instrument einer sozialen, solidarischen Wohnungspolitik werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Frommann.

Jörn Frommann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Schneider, Sie haben es selbst gesagt, das Thema wird immer wieder angesprochen, es war heute auch schon Thema. Um es vorwegzunehmen, wir werden dem Antrag nicht zustimmen und dafür gibt es natürlich gute Gründe.

(Christiane Schneider **DIE LINKE:** Das habe ich befürchtet!)

– Sie haben es befürchtet, aber der Versuch ist natürlich legitim.

Wie üblich, haben Sie auch keine wirklichen Lösungen oder Antworten auf die komplexen Fragen eingebracht. Im Prinzip steht da viel Prosa, zwei Seiten lang beschreiben Sie den Ist-Zustand. Ich glaube, da sind wir fraktionsübergreifend auch einer Meinung. Da ist etwas im Argen und wir wollen daran arbeiten. Daraus macht niemand einen Hehl und daraus haben wir auch in den letzten Debatten keinen Hehl gemacht. Aber der Weg dahin ist entscheidend. Was Sie uns hier vorstellen, stellt in Wirklichkeit kein ausgewogenes Handeln und kein Lösungskonzept dar, sondern wieder ein Aneinanderreihen von machbaren und nicht machbaren Möglichkeiten. Der Weg, den der Senat eingeschlagen hat – Wohnungsbauentwicklungsplan, Wohnungsbaukoordinator und Ähnliches –, ist aus unserer Sicht richtig, daran werden wir festhalten.

(Dirk Kienscherf **SPD:** Nach sieben Jahren, Herr Frommann, nach sieben Jahren!)

Wir werden das, Herr Kienscherf, genauso wie in der Vergangenheit stringent beobachten.

Ich will etwas zu Ihren fünf Punkten sagen, um das abzukürzen und weil ich glaube, dass die Kolleginnen und Kollegen ein Anrecht darauf haben, auch ein anderes Thema und andere Inhalte zu hören.

(Dirk Kienscherf **SPD:** Das ist Ihnen unangenehm, das Thema!)

Die SAGA GWG kommt ihrem Auftrag in dem Rahmen nach, wie wir es uns wünschen. Dazu gehört insbesondere natürlich auch der Auftrag der Sanierung der Bestände. Es kann nicht sein, dass jahrzehntelang nichts getan wird und wir die Mieter aus den Wohnungen treiben. Wer will schon bei niedriger Miete in einem Loch wohnen, sage ich einmal ganz hart, denn so war es vielfach noch. Deswegen wurde investiert. Über 70 000 Einheiten sind im Bestand saniert worden und damit wurde erreicht, dass sich Mieter wohl fühlen, und das hat dort auch stabilisierend gewirkt.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker **GAL**)

Natürlich ist es richtig, dass Mieten auch steigen. Das hat etwas mit Sanierung zu tun, das hat etwas mit fehlender Bindung zu tun, aber es ist auch entscheidend, welchen Mix wir in den einzelnen Quartieren dabei herstellen können und da muss man Instrumente ansetzen. Im Notfall drohen Sie dann immer noch mit dem Damoklesschwert, die CDU wolle vielleicht auch die SAGA GWG in irgendeiner Art und Weise verkaufen. Ich will an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, das war nie unser Ziel und es wird auch künftig nicht unser Ziel sein. Die SPD hat in vielen Wahlkämpfen immer wieder versucht, uns solche Pläne zu unterstellen, aber wir halten daran fest, dass gerade die SAGA GWG eine besondere Rolle in der sozialen Wohnungspolitik der Stadt spielt.

(Beifall bei der CDU und bei Horst Becker **GAL**)

Im Punkt 2 fordern Sie die sofortige Beendigung der Umwandlung von öffentlichen Miet- in private Eigentumswohnungen. Zunächst einmal findet seit Dezember 2008 der Verkauf von Wohnungen im Geschosswohnungsbau gar nicht mehr statt. Das ist aus meiner Sicht auch in Ordnung. Wir haben dennoch fast 1500 Einheiten an ehemalige Mieter verkaufen können. Das stellt gerade auch für die einzelnen Quartiere einen Stabilisierungsfaktor dar, damit wird der Fluktuation ein wenig vorgebeugt sowie der Ausdünnung und Destabilisierung der Quartiere. Das wurde in den Jahren, als die Sozialdemokraten regierten, vielfach zum Problem und deswegen ist das nun auch der richtige Weg.

(Jörn Frommann)

Es findet auch keine Vertreibung statt, wie uns vielfach vorgeworfen wird.

Sie fordern, das Auslaufen der Belegungsbindungen dürfe nicht zur massiven Erhöhung der Mietpreise führen. Da gebe ich Ihnen recht. In Teilen gibt es das natürlich, die Zahlen liegen bei 18 bis 20 Prozent. Das ist nicht gut und damit muss sensibel umgegangen werden. Aber auch da hat der Senat doch deutlich gezeigt, dass man sensibel damit umgehen wird und auf Einzelfälle Rücksicht nehmen kann und dass man insbesondere auch dort versucht, diese Erhöhung moderat zu gestalten, wo es vielleicht auch wichtig ist, keine zu große Erhöhung zu erzielen. Nur auf der anderen Seite ist doch auch ganz klar, dass die SAGA GWG nicht nur in den Bestand investiert, sondern, wie Sie fordern, auch in neuen Wohnungsbau, und das Geld muss irgendwo herkommen.

(Andy Grote SPD: Sonst haben Sie für alles Geld!)

Es muss natürlich auch über Mieten hereinkommen. Wir können doch nicht so tun, als ob wir es mit 4,50 Euro Standardkaltmiete in irgendeiner Art und Weise schaffen würden, neuen Wohnungsbau zu realisieren. Deswegen muss man sich dort auch anpassen.

(Beifall bei der CDU)

Dann zum Punkt 4, Erfüllung der im Kooperationsvertrag mit den sozialen Trägern vereinbarten Zahlen hinsichtlich der Wiedereingliederung von Wohnungssuchenden. Das ist richtig, das wurde angesprochen. Auch hier hat die Senatorin gerade – ich glaube, es war in der Juli-Sitzung – noch einmal deutlich darauf hingewiesen, welche Zielsetzungen es dort gibt. Auch im Bereich der psychisch Kranken ist dort ganz stark ein Potenzial angedacht. Wenn es da tatsächlich Probleme geben sollte,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Es gibt Probleme!)

dann muss man das konkretisieren, da muss man dann nachsteuern. Ich glaube aber, da ist die Senatorin auch eine gute Ansprechpartnerin. Dafür einen Antrag zu schreiben, ist etwas übertrieben, da sollte man zum Telefon greifen, dann kommt man vielleicht manchmal auch weiter.

Jetzt kommen wir zum Punkt 5 Ihrer Agenda, Entwicklung einer Konzeption zur Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus. Dazu habe ich am Anfang schon etwas gesagt, ich verweise auf den Wohnungsbauentwicklungsplan. Es ist natürlich richtig zu sagen, das ist zunächst einmal viel Papier. Aber Papier muss mit Leben gefüllt werden und da können Sie nicht alle zwei Wochen kommen und sagen, nun muss das erledigt sein und nun muss das erledigt sein,

(Dirk Kienscherf SPD: Sie sind ja auch erst seit ein paar Monaten an der Regierung, Herr Frommann!)

sondern die Richtung muss stimmen und wir haben ja bereits festgestellt, dass die Richtung stimmt. Es wird nachgesteuert in der Aufstockung der Etats für die sozialen Wohnungsbaumaßnahmen und wir müssen insbesondere zum Beispiel – das ist auch meine persönliche Überzeugung – nicht nur mit SAGA GWG den sozialen Wohnungsbau fördern, sondern auch mit privaten Investoren. Und man kann über Höchstpreisverfahren diskutieren, Herr Grote, aber wenn ich mir den Bezirk Mitte anschau, den Sie immer so gern als modernen und innovativen Bezirk darstellen, und sehe, wie man dort mit einem Investor umgeht, der 1000 Wohneinheiten und davon einen Großteil im sozialen Wohnungsbau realisieren will, dann kann ich nur mit dem Kopf schütteln.

(Andy Grote SPD: Wo denn, Herr Frommann? Welcher denn? Nennen Sie doch mal ein Beispiel!)

Das ist Wasser predigen und Wein saufen und das führt wie üblich nicht zum Ergebnis. Es ist und bleibt eine Tatsache, dass der Wohnungsbau sich in der jetzigen Koalition in guten Händen befindet. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Buschhüter.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir setzen im Prinzip die Wohnungsbaudebatte von vorhin fort am besonderen Beispiel der SAGA GWG. Das ist auch richtig so, denn als Vermieterin jeder fünften Mietwohnung in Hamburg könnte die SAGA GWG eine Schlüsselrolle für die Hamburger Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik haben, wenn man sie denn dafür nutzen würde. Wenn wir feststellen, dass in Hamburg seit dem Jahr 2001 viel zu wenige Wohnungen gebaut wurden – und das kam bei allen Rednern immer wieder vor –, dann liegt das auch daran, dass die Stadt mit ihrem Wohnungsbauunternehmen SAGA GWG nicht mit gutem Beispiel vorangeht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist sogar so schlimm, dass bei SAGA GWG der mickrige Neubau – die Zahlen haben wir gehört, 36 Wohneinheiten im Jahr 2007, 82 im Jahr 2008 und Herr Becker sagte, glaube ich, 17 im letzten Jahr – noch nicht einmal den Abgang an Wohnraum durch Abriss kompensiert, vom Verkauf ganz zu schweigen. Allerdings wäre es falsch, hierfür allein den Vorstand und das Unternehmen selbst verantwortlich zu machen, denn die SAGA GWG ist Instrument der städtischen Wohnungspolitik und

(Ole Thorben Buschhüter)

richtet sich letztlich nach den politischen Vorgaben des Senats. Wenn das Unternehmen SAGA GWG nach Haushaltslage geschröpft wird, darf man sich nicht wundern, wenn am Ende das Geld für den Wohnungsbau fehlt.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Abführung von Mitteln der SAGA GWG an die Stadt wurde die Investitionskraft des Unternehmens geschwächt. Noch bis 2011 muss die SAGA GWG jährlich 100 Millionen Euro zur Finanzierung des Sonderinvestitionsprogramms abführen und wird nun mit weiteren 15 Millionen Euro im Rahmen des Sparprogramms des Senats herangezogen. Wir wollen, dass SAGA GWG als städtisches Wohnungsbauunternehmen seinem Auftrag, preisgünstigen Wohnraum für die Menschen in Hamburg zu schaffen, in den kommenden Jahren endlich wieder nachkommt und sich auch in einem Umfang am Wohnungsbau beteiligt, wie er der Unternehmensgröße angemessen ist; die 1000 Wohnungen hat Herr Grote vorhin schon erwähnt.

Das heißt aber auch, dass dem Unternehmen genügend Eigenkapital bleiben muss, um diesen Wohnungsbau finanzieren zu können. Insofern muss es von Abführungen in einer Höhe verschont bleiben, die den notwendigen Mitteln für den Neubau von Wohnungen entspricht. Es fehlt aber nicht nur am Geld, auch das haben wir vorhin schon gehört; ich glaube, Herr Hamann hatte es angesprochen, es war schon erstaunlich, dass er das so freimütig sagte. Es fehlt auch an den Grundstücken, an geeigneten Flächen, um überhaupt Neubauvorhaben realisieren zu können. Es ist doch wirklich erstaunlich, dass der Senat auf eine Anfrage der LINKEN einräumt, dass seit 2005 an SAGA GWG kein einziges städtisches Grundstück für den Wohnungsbau verkauft wurde. Da muss man ansetzen, man muss das Unternehmen unterstützen, es in die Lage versetzen, wirklich auch Wohnungsbau betreiben zu können. Wenn die Stadt dem Unternehmen nicht den Rücken stärkt und auch Grundstücke bereitstellt, dann wird daraus nichts.

Es sind letztlich immer wieder die politischen Vorgaben, die die Geschäftspolitik von SAGA GWG bestimmen. Das gilt auch für das Ziel, SAGA GWG zu einem beispielhaften Unternehmen in Sachen energetisch vorbildlichen Wohnungsbaus weiterzuentwickeln. Wenn ab dem 1. Januar 2012 bei der Neubauförderung das Passivhaus als Mindeststandard vorgesehen werden soll, dann gilt das letztendlich auch für die SAGA GWG. Ich weiß nicht, ob dieses Ziel nicht möglicherweise am Bedarf vieler SAGA-GWG-Mieter vorbeigeht. Energetische Anforderungen sind ganz sicher zu unterstützen, aber mit Augenmaß. Ebenso sind Anforderungen an Qualität gutzuheißen, aber solche Anforderungen dürfen nicht dazu führen, dass das quantitative Ziel weiterhin nicht erreicht wird.

(Beifall bei der SPD)

SAGA GWG soll breite Schichten der Bevölkerung mit günstigem Wohnraum versorgen, mit preisgünstigen Mieten soll das Unternehmen als Regulativ am Wohnungsmarkt wirken. Diese Rolle droht das Unternehmen zu verlieren, wenn die Unternehmenspolitik nicht endlich neu ausgerichtet wird. Deswegen werden wir dem Antrag der LINKEN zustimmen. Das Unternehmen darf nicht länger der Goldesel des Senats zur Finanzierung von Wahlversprechen sein und hätte es auch nie sein dürfen. – Ich danke Ihnen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Becker.

Horst Becker GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu diesem Antrag würde ich eigentlich dasselbe sagen wie vorhin zu dem SPD-Antrag: Er bemüht sich um Lösungen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Dann brauchen Sie das nicht zu wiederholen!)

– Ja, aber das Ganze, was Sie hier machen, ist eine dauernde Wiederholung. Also werden Sie merken, dass ich mich zuweilen wiederholen muss, weil Sie dauernd dasselbe sagen. So ist das nun einmal.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Aber der Gedanke, dass die SAGA GWG wieder im sozialen Wohnungsbau als Bauherr tätig wird, ist nicht neu. Das haben wir im Wohnungsbauentwicklungsprogramm vorgesehen, die Gespräche darüber laufen und ich zitiere mich selbst: Die SAGA ist schwergängig.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ja, darum geht es aber!)

Es liegt daran, dass im Unternehmen eine Menge alte Sozialdemokraten sitzen, die schwergängig sind.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Das ist altes Denken, Herr Grote.

(Andy Grote SPD: Ach, bei der SAGA gibt es altes Denken!)

– Das sind Eugens Leute.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach, im Aufsichtsrat gibt es auch altes Denken!)

Zu den Punkten im Antrag: Jetzt der SAGA GWG das Geld zu geben, was sie bisher an den Staat abführt, bekommen wir nicht hin. So würde ich diesen Antrag auch nicht formulieren. Wenn Sie der SAGA GWG 100 Millionen Euro geben würden, hätten Sie keine Garantie dafür, dass sie mit diesem Geld von selbst auch nur eine einzige Wohnung bauen würde. Letztlich hat die SAGA GWG

(Horst Becker)

in den letzten Jahren einen Sanierungsstau aus den Neunzigerjahren abgearbeitet, weil man die Bestände aus den Sechziger- und Siebzigerjahren massiv hatte verkommen lassen und dieses aufgearbeitet werden musste. Da bestand natürlich auch ein hoher Finanzbedarf.

An diesem Punkt ist die SAGA GWG aber sehr viel weitergekommen und wir brauchen sie jetzt eben auch als Akteur am Wohnungsmarkt und deswegen finden diese Gespräche statt. Das wird aber nicht so abgewickelt werden, wie in Ihrem Punkt 1 vorgesehen.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Nicht im Parlament, sondern woanders?)

Das werden wir mit einer solchen Beschlusslage nicht lösen können, auch das ist einer der Gründe, warum wir Ihrem Vorschlag nicht zustimmen.

Der zweite Punkt sieht die sofortige Beendigung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen vor. Das ist längst passiert, das wird nicht mehr betrieben. Es gibt ein paar Ausnahmen, wo an kaufwillige Bestandsmieter zu günstigen Bedingungen verkauft wird, und das sind Leute, die sonst wahrscheinlich nicht die Möglichkeit hätten, sich eine eigene Wohnung zuzulegen. Eben weil wir vielfältige Erwartungen an die SAGA GWG haben, können wir dem Unternehmen nicht einfach nach und nach sämtliche wirtschaftlichen Standbeine wegschlagen. So wird auch kein Schuh daraus, das bekommen wir so nicht hin. Aber, wie gesagt, der Verkauf von Mietwohnungen ist längst eingestellt worden.

Was die Belegungsbindungen betrifft, sind wir schon lange tätig geworden. Die vorzeitige Ablösung von Mietpreisbindungen ist auch eingestellt worden. Wir werden die bestehenden Belegungsbindungen auch so lange halten, wie sie noch laufen.

Dann zu Punkt 4, dem Kooperationsvertrag: Nach den mir bekannten Zahlen ist das Ziel 2009 erreicht worden, das heißt, die Zahlen werden erfüllt. Von daher ist dieser Punkt auch hinfällig. Das ist im Wesentlichen eine Konzeption zur Wiederaufnahme des sozialen Wohnungsbaus. Unser Ziel sind 5000 bis 6000 neue Wohnungen, davon 2000 im sozialen Wohnungsbau. Wir haben in diesem Jahr, wenn die Zahlen stimmen, 1100 Wohnungen errichtet. Der nächste Schritt wird folgen und wir sind auch sicher, dass die SAGA dabei einen gewichtigen Teil übernehmen wird. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Herr Becker, Sie sagen, die SAGA sei schwergängig. Das ist eigentlich ein Plädoyer dafür, dass man diese im Antrag aufgeworfenen Fragen einmal gründlich erörtert.

Herr Frommann, Sie haben zu allem Möglichen gesprochen, zu den Fragen selbst aber nicht. Hier geht es um einen konkreten Antrag, der ein konkretes, bedeutsames, wichtiges städtisches Unternehmen betrifft.

(Olaf Ohlsen CDU: Alte Leier!)

Unser Antrag fordert, mit diesem städtischen Unternehmen – schwergängig, meinetwegen – von Senatsseite aus einmal deutlich zu sprechen und es auf andere Ziele hin zu orientieren, und zwar sehr eindeutig. Sie haben diese Eindeutigkeit leider vermissen lassen. Ich habe eben erwähnt, die Hansestadt in Zusammenhang mit der SAGA habe gesagt, es gäbe jetzt ein erweitertes Rentabilitätsverständnis. Sie müssen sich einfach einmal zu dieser Frage äußern, Sie haben überhaupt nichts zu dieser Frage gesagt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das heißt doch, dass die SAGA den Auftrag hat, möglichst Rendite zu erwirtschaften, und zwar auf Kosten ihrer Mieterinnen, um noch bis 2011 – Herr Busch sagte es – 100 Millionen Euro an den allgemeinen Etat der Stadt abzuführen. Wir haben doch eine ungefähre Vorstellung, für welche Leuchtturmprojekte das Geld verbraten wird. Es fließt dort hinein und es fließt auch in den Sozialbereich zur Unterstützung ärmerer Bevölkerungsteile – eine gewisse Symbolpolitik –, die natürlich die eher Wohlhabenderen in dieser Stadt anspricht. Dies führt dazu, dass die SAGA seit Jahren, kaum ist der neue Mietenspiegel auf dem Markt, die Mieten flächendeckend anhebt. Kaum war ein Monat vergangen, als das städtische Wohnungsunternehmen bereits die Mieterhöhungen, unter anderem für die Stadtteile Wilhelmsburg und Altona-Altstadt, herausgeschickt hatte. Und in der Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN liest sich dies dann so:

"Bei der Mietenbildung orientieren sich SAGA und GWG an den Mittelwerten der jeweils einschlägigen Rasterfelder des aktuellen Hamburger Mietenspiegels."

Im Klartext heißt dies, dass die SAGA, statt günstige Mieten zu erhalten, mittelfristig die Angleichung an das Mietniveau der gesamten Stadt anstrebt. Ich fordere Sie auf: Verhalten Sie sich zu diesem Problem, lassen Sie uns hierüber weiter sprechen und jammern Sie nicht, dass wir dieses Thema auch zusammen mit der SPD ständig wieder auf den Tisch des Hauses legen werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es langsam unerträglich, dass wir uns bei jeder Debatte, die mit dem Wohnungsbau zu tun hat, ob es um die SAGA GWG konkret geht oder um den Wohnungsbau im Allgemeinen, ständig von der Koalition anhören müssen, diese Anträge seien entweder zu unkonkret oder sie seien zu konkret, sie seien Wiederholungen und die Koalition täte doch alles.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Fakt ist, dass nichts passiert.

(Beifall bei der SPD)

Solange Sie es nicht fertigbringen, Wohnungen zu bauen, wie es in Hamburg notwendig ist, werden wir unsere Anträge immer wiederholen und Sie hier an dieser Stelle auch vorführen müssen, weil Sie nichts schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Zwei CDU-Senatoren sind gescheitert an der Wohnungspolitik in Hamburg während der letzten Jahre

(Frank Schira CDU: Wer denn?)

und Frau Hajduk wird in zwei Monaten wahrscheinlich eine Halbzeitbilanz vorstellen,

(Wolfgang Beuß CDU: Was war denn mit Wagner?)

in der sie ebenfalls ihr Scheitern in der Wohnungsbaupolitik eingestehen muss. Deswegen, meine Damen und Herren, wäre es eigentlich an Ihnen, die Hand, die die Opposition ausstreckt, zu nehmen und gemeinsam an dem Problem Wohnungsnot in Hamburg zu arbeiten.

(Zuruf von Klaus-Peter Hesse CDU)

– Herr Hesse, Sie wissen sehr genau, dass die Bezirke tun, was sie können. Alle Bezirke bemühen sich und in den meisten Bezirken haben Sie die Mehrheit. Ich kann Ihnen in Wandsbek eine ganze Menge Projekte nennen, die nicht durchgeführt wurden, weil sich die beiden Koalitionspartner nicht so ganz einig waren.

Fakt ist aber, meine Damen und Herren und liebe Kollegen, dass die Stadt Eigentümer der SAGA GWG ist. Die Stadt ist diejenige, die die Möglichkeit hat, den Vorstand zum Handeln zu bewegen. Wir werden seit zwei Jahren mit Gesprächen vertröstet, die angeblich geführt würden. Sonst tun Sie doch auch nicht so, als könnten Sie nichts bewegen. Sie haben als hundertprozentiger Eigentümer die Möglichkeit, dort mehr zu machen. Was aber nicht geht, ist, auf der einen Seite 100 Millionen Euro pro Jahr herauszuziehen und auf der an-

deren Seite Neubau zu fordern. Das geht nicht, das hat die SAGA verstanden.

(Wolfgang Beuß CDU: Das haben Sie verstanden?)

Aber da sind auch Sie in der Verantwortung, der SAGA den Spielraum zu geben, den sie braucht,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Es liegt nicht nur am Geld, Herr Quast! Das wissen Sie genau!)

um endlich wieder zu bauen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Frommann, zu Ihrer Leier, dass auch die Privaten bauen müssten: Da haben Sie recht, auch die Privaten müssen bauen, aber die Stadt muss es dann auch vormachen. Wir haben öffentliche Unternehmen, um dann handeln zu können, wenn Private es nicht tun. Die Stadt sollte es vormachen, die SAGA GWG baut Wohnungen, dann werden die Privaten auch nachziehen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 19/4989 an den Stadtentwicklungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer möchte dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus der Drucksache 19/4989 zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf, Drucksache 19/4522, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Schwimmen in Altona – vom Bismarckbad zum Festland.

**[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Schwimmen in Altona – vom Bismarckbad zum Festland
– Drs 19/4522 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Heinemann wünscht es und bekommt es.

Robert Heinemann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich ist es ein kommunales Thema, aber es gibt aus meiner Sicht fünf gute Gründe, warum man auch ein solches Thema heute in der Bürgerschaft einmal debattieren sollte.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Der erste Grund ist, man hat kein anderes Thema!)

– Frau Schneider, hören Sie einfach zu.

(Robert Heinemann)

Erstens: Wir haben gerade darüber gesprochen, wie verschiedene Behörden in Hamburg an einem Strang ziehen müssen, wenn man komplexe Probleme hat, wenn man kreative Lösungen finden will und Stadtteile voranbringen möchte.

Es war damals eine ziemlich komplexe Gemengelage, die wir vor Ort hatten. Bäderland und die BSU wollten, nachdem die Abgeordneten vor Ort ein wenig nachgeholfen hatten, einen Ersatz für das Bismarckbad bauen. Die Schulbehörde brauchte eine Lösung für die dringend sanierungsbedürftige Chemnitzstraße, die ehemalige Bruno-Tesch-Gesamtschule stand leer und der Bezirk wollte bezahlbaren Wohnraum für Familien in Altona schaffen. Es war keine einfache Diskussion, die wir auch teilweise hier nebenan geführt haben, aber wir haben eine Lösung gefunden, auch deshalb, weil die Behörden und auch Bäderland sich sehr flexibel gezeigt haben.

Zweitens: Dies ist ein Projekt, das wirklich ein Vorbild sein kann für moderne Stadtteilentwicklung. Wir haben heute dort eine Schule mit Hort, wir haben dort ein Familienbad. Es entstehen 160 neue Wohnungen und ich denke, das bildet die Grundlage dafür, dass wir Altonas Osten und auch das angrenzende St. Pauli wieder attraktiver gerade auch für Familien machen.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* GAL)

Auch für Ottensen, wo es große Proteste gab, war die Entscheidung richtig. Dort, wo früher ein ziemlich unwirtlicher Platz war zwischen Bahnhof und Ottensener Hauptstraße, findet man heute attraktive Einzelhändler von Conrad bis Alnatura, die sogar aus dem linken Spektrum der Bevölkerung gern angenommen werden.

(*Arno Münster SPD*: Warst lange nicht mehr in Altona, was?)

Also war das auch für Ottensen eine richtige Entscheidung.

Drittens: Ich glaube aber auch, dass das Festland zeigt, wie eine zukunftsorientierte Bäderpolitik heute aussehen muss. Es ist ein bisschen wie bei der Hochbahn: Es gelingt Hamburg hier, durch kluge Investitionen ein attraktiveres Angebot für die Bürger mit gleichzeitig höherer Wirtschaftlichkeit zu verbinden. Ich glaube, man hat die richtige Entscheidung getroffen, wenn sich die Besucherzahl im Bad im Vergleich zum Bismarckbad verdoppelt hat. Man hat die richtige Entscheidung getroffen, wenn der Wasserverbrauch trotz einer Verdreifachung der Wasserfläche um ein Drittel gesenkt werden konnte. Und nicht nur für eine Green Capital hat man die richtige Entscheidung getroffen, wenn man ein Viertel weniger Heizenergie benötigt als früher beim Bismarckbad.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Viertens: Es handelt sich beim Festland eigentlich um das erste richtige schwarz-grüne Projekt. Nicht nur in Altona standen CDU und GAL gemeinsam hinter diesem Projekt, sondern auch in der Bürgerschaft, und das schon bei der Debatte, die wir vor genau vier Jahren an gleicher Stelle geführt haben. Verena Lappe, Claudius Lieven und Christian Maaß haben sich damals als Oppositionsabgeordnete trotz aller Bauchschmerzen, die sie und auch ich hatten bezüglich der Schließung des Bismarckbades, für die Planung der Bäderland ausgesprochen und daher ist der Erfolg, den wir heute verzeichnen können, auch ihr Erfolg.

Fünftens: Das Festland ist ein wunderbares Beispiel, wie sehr die Unkenrufe der SPD, das Miesmachen und Ängsteschüren Sie am Ende wieder nur unglaublich machen.

Frau Schaal sagte vor vier Jahren an dieser Stelle, – ich zitiere – :

"Niemand kann heute sicher sein, dass tatsächlich etwas Neues kommt. Das Einzige, was wir wissen, dass stattdessen drei Bäder offensichtlich aus Hamburg verschwinden, [...]. Das sind zwar nicht mehr die Wandsbeker Bäder, sondern das sind jetzt das St. Pauli-Bad, das Bad Am Osdorfer Born und das Bismarckbad, [...]. Es werden also drei Bäder beseitigt und das zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger in Altona."

Liebe Frau Schaal, ich lade Sie herzlich ein zu einer kleinen Rundfahrt, Sie werden feststellen, das St. Pauli-Bad besteht weiterhin, das Bad Am Osdorfer Born besteht weiterhin und das Festland ist so gekommen wie versprochen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Noch ein letztes Beispiel: Der damalige Abgeordnete Dees von der SPD sagte auf Abgeordnetenwatch, Altonas Kinder bräuchten eine Schwimmhalle, keine weiteren Wellnessoasen, so wie die CDU es in Altona als Rettung für das Bismarckbad erwäge. Vielleicht, Herr Neumann, können Sie Herrn Dees eine Kopie der Großen Anfrage zukommen lassen. Dann kann er dort auch nachlesen, dass 44 Prozent der Besucher im Festland Kinder und Familien sind, ich selbst bin auch häufig dabei. Im Bismarckbad waren es gerade einmal 20 Prozent. Ich glaube, das spricht für sich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich an den Anfang

(Gabi Dobusch)

stellen, dass es ganz wunderbar ist, dass in Altona-Altstadt viel Geld investiert wurde, das finden wir ganz prima. Es ist wunderbar, dass Altona wieder ein Schwimmbad hat und es ist tatsächlich auch ganz wunderbar, dass es allem Anschein nach ein Bad ist, das für Familien und Kinder geeignet ist und von diesen auch angenommen wird.

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

Das alles gestehe ich Ihnen gern zu. Was nicht wunderbar ist, ist natürlich die Vorgeschichte dieses Bades, die Sie ein bisschen gestreift haben. Das ist eine Vorgeschichte, in der sich weder die CDU und schon gar nicht die GAL mit Ruhm beleckert haben.

(Wolfgang Beuß CDU: Aber die SPD!)

Bei der Geschichte des Festlands handelt es sich aus meiner Sicht nämlich um ein Paradebeispiel dafür, wie man es nicht macht. Es gab mangelnde Planung, mangelnde Transparenz und es gab eine katastrophale Kommunikation von Ihrer Seite.

(Wolfgang Beuß CDU: Aber es ist doch alles hübsch geworden!)

– Darauf komme ich gleich noch.

Gilt denn wirklich, Ende gut, alles gut?

(Zurufe von der CDU: Ja! Ja!)

Ich kann es Ihnen aus der Sicht einer Ottenserin sagen. Die Antwort in beiden Fällen ist ganz klar: nein, keineswegs. Wir Ottenserinnen und Ottenser haben ein Bad verloren, zu dem wir – wie zudem der Bürgerentscheid zeigte, auch eine überwältigend hohe Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern – eine sehr starke gefühlsmäßige Bindung hatten.

(Wolfgang Beuß CDU: Wollen Sie ein Taschentuch haben! – Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist ein bisschen so wie mit dem Heizer und der E-Lok!)

Das Bismarckbad – Sie erinnern sich an diesen schönen Namen – war ein schönes Bad. Es war vielleicht nicht ganz denkmalwürdig, es mutete allerdings so an; es war vielleicht nicht ganz funktionsstüchtig, aber es hatte eine einmalige Lage direkt im Stadtteil, direkt am Bahnhof und direkt neben dem Busbahnhof.

Knapp 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger waren der Meinung, das Bismarckbad solle bestehen bleiben, das waren über 34 000 Altonaerinnen und Altonaer, die dafür stimmten. Sie waren dafür, das damals 94 Jahre alte historische Bismarckbad an diesem einmalig verkehrsgünstig gelegenen Standort zu erhalten. Dann war es aber weg, es war sozusagen verkauft, noch während das Verfahren lief. Und das, sagen Sie, sei ein Paradebeispiel dafür, wie Sie es weiterhin machen wollen. Dann kann ich nur gute Nacht sagen.

(Beifall bei der SPD)

Aus unserer Sicht war und ist dies ein absolut unglaublicher Vorgang, der sich so nicht wiederholen sollte, darum würde ich jedenfalls bitten.

(Christiane Blömeke GAL: Jetzt erzählen Sie noch mal, was vor 20 Jahren war!)

Altona stehe kopf, so hieß es damals im GAL-Antrag: "Kein Tag ohne Schwimmbad in Altona". Gefordert und beantragt wurde damals, fast im Gleichlaut übrigens mit der SPD-Fraktion, wenn das Bad überhaupt geschlossen werden müsse, dann erst, wenn ein neues Bad – ich zitiere –:

"...im fußläufig erreichbaren Umkreis in Betrieb genommen wurde."

Gefordert wurde von der GAL damals auch, an diesem Prozess die engagierten Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen sowie eine transparente und verbindliche Zeitplanung vorzulegen für diese Maßnahmen. Dieser letzte Punkt gefällt mir ganz besonders, weil gerade dieses damals nicht passiert ist.

Wer sich an die damaligen Zumutungen erinnert, die darin gipfelten, dass Beschlüsse schon längst gefasst waren und das Bad schon lange über den Tisch gegangen war, während nach außen noch so getan wurde von einigen Herrschaften, die hier auch sitzen, als setze man sich für das "Bissi" ein, wer erinnert, in welcher dreisten Weise sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Abgeordneten über den Tisch gezogen wurden, für den klingt die damalige Antragslyrik allerdings nicht besonders gut.

(Beifall bei Dr. Monika Schaal SPD)

Sie haben auch auf einige Menschen hingewiesen, die damals an der Debatte beteiligt waren, einer hat damals gesagt, es wäre nicht die GAL gewesen. Vielleicht ist es auch etwas unfair, dass ich jetzt ausgerechnet in Ihre Richtung schlage,

(Wolfgang Beuß CDU: Was soll eigentlich diese Geschichtsklitterung!)

aber, sorry, liebe CDU, von Ihnen erwartet auch niemand etwas anderes. Dass Sie gern Tatsachen schaffen und Bürgerentscheide ernst nehmen, wenn sich Ihnen überhaupt kein anderer Ausweg mehr zeigt, davon gehen wir aus und das hat sich in anderer Hinsicht in dieser Stadt mehrfach gezeigt.

(Beifall bei der SPD)

Ich spreche jetzt nicht über den LBK, das lasse ich lieber.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Reden Sie doch mal über das Freibad Ohlsdorf!)

Aber noch einmal in Richtung der GAL: Von Ihnen als Hüterinnen und Hüter der Demokratie, der Bür-

(Gabi Dobusch)

gerentscheide und Bürgerbeteiligung, von Ihnen hätte ich damals allerdings ein anderes Verhalten erwartet.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einmal auflisten: Der Gedanke der Bürgerbeteiligung wurde in Zusammenhang mit dem Festland gleich zweimal ad absurdum geführt. Zunächst wurden die Bürgerinnen und Bürger in Altona-Altstadt an Einrichtungen dieses Stadtteils über mehrere Jahre lang an Entscheidungen zur Gestaltung und Nutzung des Umfeldes beteiligt und dann wurde plötzlich dieses Schwimmbad hingesetzt, ohne dass sie beteiligt wurden, während gleichzeitig an anderer Stelle die Bürgerinnen und Bürger beteiligt waren und sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen hatten.

Noch einmal zur Erinnerung: Im Ergebnis war es nicht so, dass wir null Tage in Altona ohne Schwimmbad hatten, sondern es waren ganze 1165 Tage ohne Schwimmbad in einem Bezirk mit mehr als 200 000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

(Wolfgang Beuß CDU: Das macht gute Planung aus!)

Nun haben wir ein Festland, ein Bad, zu dem viele – ich erwähne das, weil viele aus dem Umland kommen, wie wir der Drucksache entnehmen konnten – mit dem Auto gefahren kommen, jedenfalls nicht so wie früher mit Bus und Bahn. Die Anbindung früher war entschieden besser. Wer zu Fuß kommt, hat es nicht einfach. Haben Sie einmal versucht, dort die Holstenstraße zu überqueren. Da fehlt eine Ampel, jedenfalls ist sie nicht an dem Platz, wo sie gebraucht würde.

(Wolfgang Beuß CDU: Ich denke, da schwimmt man hin!)

Sie haben uns ansonsten wenig mitgeteilt über die Befragung der Nutzerinnen und Nutzer, die dort gemacht wird. Es ließ sich leider der Drucksache nicht entnehmen, wie sie sich dazu geäußert haben. Allerdings steht in den Foren, dass trotz des modernen neuen Baus die Duschen beispielsweise viel zu dunkel aufgefallen seien.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das Karo wird jedes Mal größer! Das Wasser ist nicht warm genug! – Wolfgang Beuß CDU: Wer ist hier eigentlich konservativ?)

Man könnte nachfragen, was da noch angemerkt wurde.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal von einem alteingesessenen Menschen aus Ottensen erzählen, der zu den vielen Älteren gehörte, die über viele Jahrzehnte hinweg regelmäßig ins Bismarckbad gingen, um sich noch etwas Beweglichkeit zu erhalten. Für diesen Menschen, er war damals 80 Jahre alt, war bereits ein Tag ohne Bad ein Verlust, in Jahren wollte er gar nicht mehr rechnen.

Für ihn war dann tatsächlich der letzte Tag, an dem das Bismarckbad geöffnet war, auch das letzte Mal, dass er zum Schwimmen war. Übrigens, zum Punkt fußläufig: Vom alten Standort aus ist der neue Standort vielleicht für uns hier noch fußläufig erreichbar, aber es ist kein Katzensprung. Wenn Sie älter wären, kleine Kinder an der Hand oder eine Gehbehinderung hätten, kämen Sie zu Fuß nicht einfach dahin.

(Wolfgang Beuß CDU: Das war die Rede des Tages!)

Es ist sehr schön, dass Sie immer wieder darauf hinweisen, dass dieses Bad für Familien und Kinder gut ist, das erkennen wir auch an. Es ist gut, dass Sie das bei Ihren Planungen im Blick haben, aber eigentlich wäre es schön, wenn wir mittlerweile öfter – vor allen Dingen Sie – im Auge behalten würden, dass der wachsende Anteil an Älteren, ebenso vielleicht auch der der ärmeren Menschen in unseren Stadtteilen, zukünftig regelhaft mit berücksichtigt werden muss.

Meine Damen und Herren von CDU und GAL, wir werden die Vorgänge um das Bismarckbad so schnell nicht vergessen.

(Wolfgang Beuß CDU: Ihre Rede werde ich auch nicht vergessen!)

Stadtplanung über die Köpfe hinweg ist Mist, gute Planung sieht aus unserer Sicht anders aus und ich hoffe, Sie beherzigen das für die Zukunft der Schwimmstadt Hamburg allgemein und die Zukunft des Festlands im Besonderen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Becker.

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bitte, verzeihen Sie mir, dass ich ein weniger emotionales Verhältnis zu dem Bad habe. Alle schwimmen hier noch in Tränen, das kommt offenbar von Frau Dobusch.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Christiane Schneider DIE LINKE: Das finde ich wirklich diskriminierend!)

Als Eimsbüttler und damaliger Bezirkspolitiker sehe ich diesen Prozess sehr distanziert.

(Wolfgang Beuß CDU: Sie haben ja den Bondenwald!)

Ich bade zu Hause in der Badewanne.

Damals bekam ich von dieser Thematik etwas mit, wenn ich in Eimsbüttel am Informationsstand stand. Aus Altona kamen die sehr aufgeregten GAL-Wähler herüber, die sagten, das Bismarckbad werde abgerissen und wir würden das mitmachen,

(Horst Becker)

das ginge doch überhaupt nicht. Ich hatte für diese Fälle immer schon die Telefonnummer der GAL Altona in der Tasche und habe gesagt, sie sollten dort anrufen, denn ich wäre Eimsbüttler. Das ist meine Beziehung zu dieser Thematik.

(Wolfgang Rose SPD: So läuft das bei euch? – Carola Veit SPD: Dann lasst jemanden aus Altona reden!)

Ich habe mit dieser Aufarbeitung nicht angefangen und das Thema auch nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

(Ingo Egloff SPD: Wer hat das Thema eigentlich angemeldet, das ist doch die Frage!)

Ich wollte damit zum Ausdruck bringen, dass ich etwas verwundert bin, dass das Thema so emotional besetzt ist. Wenn man sich die Fakten ansieht in Bezug auf die Anfrage, verhält es sich so, dass man sich damals entschieden hat, wegen der hohen Bewirtschaftungskosten und der hohen anstehenden Sanierungskosten ein Bad abzureißen, von dem ich auch sagen muss, dass der Verlust dieser Halle und der Sauna weh tat aus ästhetischer Sicht. Man hatte sich entschlossen, ein Bad zu bauen, das auch mit einem erfolgreichen Stadtentwicklungsprojekt verbunden wurde, das mehr und bessere Angebote auch für Familien macht, auch für Schwimmkurse und Vereine. Wenn man sich die Besucherzahlen anschaut, dann ist es sehr erfolgreich gewesen; von daher war es ein guter Plan. Die Besucherzahlen haben sich annähernd verdoppelt. Die Bewirtschaftungskosten sind gesunken, der Energiebedarf ist gesunken,

(Wolfgang Beuß CDU: Was wollen wir mehr!)

von daher war es ein Erfolg. Der Graben durch Altona scheint nach wie vor zu bestehen,

(Wolfgang Beuß CDU: Da schwimmen die drin!)

aber ich werde ihn an dieser Stelle nicht weiter ausheben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Hackbusch.

(Wolfgang Beuß CDU: Wo sind die Schwimmflügel?)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt muss ich noch etwas dem Phlegma von Herrn Becker entgegensetzen.

(Carola Veit SPD: Das war nicht mal ein Seepferdchen!)

Zwei allgemeine Vorbemerkungen dazu: Herr Becker und auch Herr Heinemann, wenn man die Frage der Neubauten so bespricht und plant, wie Sie das jetzt dargestellt haben im Zusammenhang mit Energieeffizienz und einer Verbesserung, dann sollte man mit dieser einfachen Logik jedes alte Gebäude in Hamburg endlich abreißen und Neubauten erstellen. Dann hätten wir diesen ganzen alten Müll, der uns so viele Schwierigkeiten macht, endlich beseitigt.

(Wolfgang Beuß CDU: Der Mann hat recht!)

Wir hätten eine tolle Energieeffizienz und vielleicht gute, zufriedene Besucher, aber so will doch kein Mensch diese Stadt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Ingo Egloff SPD: Seien Sie vorsichtig, die verstehen keine Ironie!)

Dementsprechend kann dies nicht das einzige Argument sein. Fangen wir einmal an, dieses Thema etwas aufzuarbeiten. Herr Heinemann hat versucht, das im Wesentlichen deutlich zu machen. Die Bilanz ist: Man muss zugeben, die Große Anfrage und die Antworten, die dazu gegeben wurden, geben für eine richtige Bilanz noch nicht genug her. Wir haben noch nicht die Möglichkeit, dies richtig zu beurteilen, aber es freut mich, wenn die Stadt neu investiert, wenn man ein neues Gebäude und ein neues Bad baut. Es hat eine bessere Energieeffizienz, das nehme ich mit Freude zur Kenntnis und dies begrüßen wir im Allgemeinen auch – wir besonders –, weil wir öffentliche Investitionen als sehr wichtig ansehen in dieser Stadt. Dies sollte man nicht nur privaten Menschen überlassen, sondern man muss gerade auch öffentliche Investitionen unterstützen.

Andererseits hätte ich mich auch gefreut, wenn Sie sich etwas Gedanken gemacht hätten über die Frage des Rechnungshofs, der in seinem Bericht von 2009 einige Unregelmäßigkeiten dort feststellt, die bei dieser gemeinsamen Planung zwischen Schulbehörde und BSU stattgefunden haben, insbesondere in Zusammenhang mit der Frage der Vorbereitung dieses Bades. Diese Fragen sind noch nicht richtig behandelt worden, aber das hätte zu einer ordentlichen Aufarbeitung gehört. Ich finde, diese Unregelmäßigkeiten, die der Rechnungshof festgestellt hat, müssen hier aufgearbeitet werden. Dementsprechend wäre es eigentlich schön gewesen, wenn wir das Ganze im Ausschuss etwas genauer hätten besprechen können.

(Jens Kerstan GAL: Och, komm!)

Die Aufarbeitung der GAL-Geschichte, dieses Hin und Her, ist mir völlig unklar gewesen. Das wäre für eure eigene Aufarbeitung auch interessant.

(Beifall bei der LINKEN)

Ab und an sollten wir solche psychologisch wertvollen Aufgaben auch für uns hier vornehmen.

(Norbert Hackbusch)

Für mich war Ihr Satz eine absolute Katastrophe, dass am Altonaer Bahnhof ein bisher unmöglicher Platz jetzt viel schöner sei.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Wo soll der denn sein?)

Ich möchte einmal denjenigen erleben, der das findet. Das Bismarckbad war das einzige wunderschöne Gebäude, das am Altonaer Bahnhof existiert hat, ein alter Jugendstilbau, der sehr schön war. Selbst Arno, mit dem ich mich sonst so gerne über alles streite, stimmt mir da zu. Das haben Sie abgerissen und sagen dann, dies wäre wunderschön geworden.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie haben nicht nur keinen Geschmack, sondern meiner Meinung nach scheint Ihr ästhetischer Begriff sich auf neue Einkaufspassagen, Glasfassaden, die Verlängerung des Mercado, das meiner Meinung nach auch städtebaulich unsäglich ist, zu beschränken. Das schlechte Moment des Höchstpreisverfahrens dort kann man richtig auskosten. Es ist ein Drama, das Sie dort aufführen, dementsprechend ist das eine schwarz-grüne Katastrophenpolitik, die ich hier sehe.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die GAL, die eigentlich bisher ein bisschen mehr Geschmack hatte, muss sich hier besonders schämen. Das ist das eine Problem.

(Wolfgang Beuß CDU: Jetzt kommt das andere!)

Jetzt geht es um das zweite Geschmäcke und das ist die Evozierung. Die Evozierung ist ein dickes Ei gewesen und ich finde, Sie hätten dazu etwas sagen sollen. Ist es dasjenige, was Ole von Beust uns jetzt erklärt hat, dass es bei bestimmten unpopulären Maßnahmen wie beim LBK gut ist zu evozieren,

(Jens Kerstan GAL: Dass das evoziert wurde, damit haben wir nichts zu tun!)

weil er ein bisschen besser als die Mehrheit dieser Stadt weiß, was für sie gut ist. Das würde ich gern diskutieren, das ist ein größeres demokratisches Problem. Ich möchte nicht direkt sagen, dass dies eine kleine China-Orientierung ist,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist geschmacklos!)

das will ich nicht sagen.

Aber ich möchte sagen, dass das nicht demokratisch ist und es gedanklich absolutistisch ist, wenn man so vorgeht.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Zuruf von Wolfgang Beuß CDU)

– Ich habe gesagt, nicht. Ich habe nur den Gedanken angesprochen, denn die Gedanken sind frei.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Gern.

Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU: Weshalb versuchen Sie denn gerade mit Ihrer Partei, ein Bürgerbegehren in Altona zu machen, wo doch gerade ein Bürgerentscheid stattgefunden hat?

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Vielen Dank, Herr Heinemann, das ist genau das richtige Stichwort für meinen zweiten Bereich, den ich ausführen wollte, weil es mir auch an diesem Punkt wichtig ist, vorhandene demokratische Verfahren auch demokratisch zu Ende zu führen.

(Robert Heinemann CDU: Das wird gerade gemacht!)

Wir haben gegenwärtig ein demokratisches Verfahren, dass aufgrund eines Bürgerbegehrens gegen IKEA an der Großen Bergstraße die Planungen auf Eis gelegt wurden. Jetzt ist ein anderes Bürgerbegehren dazwischen gekommen, das in dem Zusammenhang eine kleine Pro-IKEA-Initiative darstellt. Das wird gegenwärtig abgestimmt und ausgezählt.

(Zuruf von Michael Gwosdz GAL)

– Sie haben ein bisschen früher Unterschriften gesammelt, das ist gar keine Frage. Wir werden das erste Ergebnis morgen präsentiert bekommen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Und akzeptieren!)

mal sehen, wie das ist.

Gemäß des formal eindeutig festgelegten demokratischen Verfahrens ist auch das zweite Bürgerbegehren durchzuführen. Es gibt keine Möglichkeit, dieses Verfahren einzuschränken, weil es demokratisch, wie wir es in diesem Parlament verabschiedet haben, gar nicht anders zu machen ist, als ein zweites Bürgerbegehren hierzu durchzuführen.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ja.

Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU: Ist es richtig, dass Sie am liebsten so lange abstimmen möchten, bis Ihnen das Ergebnis passt?

(Beifall bei der CDU)

Norbert Hackbusch (fortfahrend): – Was für eine billige Polemik. Das war keine Frage.

(Norbert Hackbusch)

(Beifall bei der LINKEN)

Das normale demokratische Verfahren hierzu ist eingeleitet worden und muss zu Ende geführt werden. Wenn die Demokratie so kompliziert ist, dass aus irgendwelchen Gründen zwei entgegengesetzte Ergebnisse hervorgehen können, werden wir als Parlament oder wird die Demokratie in der Lage sein, mit so etwas umgehen zu können und einen Ausweg zu finden. Wir sind schließlich keine Dummköpfe; für solche Situationen gibt es die entsprechenden demokratischen Verfahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit habe ich formal begründet, dass die demokratischen Verfahren nicht mit einer Evozierung unterbrochen werden dürfen. Eine Evozierung wäre ein undemokratischer Akt, ähnlich wie es damals im Zusammenhang mit dem Bismarckbad geschehen ist. Das demokratische Verfahren muss zu Ende geführt werden.

Als inhaltlich wichtiges und interessantes Argument möchte ich Ihnen folgendes Beispiel nennen:

(Jens Kerstan GAL: Na, das würde mich mal interessieren!)

Wir hatten im Kulturausschuss, glaube ich, eine Diskussion über die Ikea-Frage; Herr Heinemann, Sie erinnern sich bestimmt daran.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wir haben eine Große Anfrage dazu gestellt!)

Einer Ihrer Kollegen, Herr Heinemann, ein vorbildlich informierter Mensch, hatte als wichtiges Argument vorgebracht, es würde dort nur so ein kleines City-Ikea hingebaut werden. Genau das denken auch die meisten Menschen in Altona.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Ach so, der Bürger ist also zu dumm, um das zu verstehen!)

Die Information darüber ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, könnten Sie vielleicht für mich den Sachverhalt wieder ein bisschen aufs Thema bringen?

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Heinemann fragt immer so ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ja, gerne, aber er darf mich nicht mehr so ablenken.

(Heiterkeit im Plenum)

Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU: Verstehe ich Sie jetzt richtig, dass die Bürger beim Bürgerentscheid zu Ikea leider nicht richtig informiert waren, beim Bürgerentscheid zum Bismarckbad aber schon?

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, diese Frage gehört ebenfalls nicht zur Sache und Sie brauchen Sie nicht zu beantworten. Fahren Sie jetzt bitte fort.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): – Es ist immer etwas kompliziert, wenn Herr Heinemann alles Mögliche fragt und man nicht darauf antworten darf.

(Heiterkeit im Plenum – Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Um diesen Punkt kurz zu Ende zu bringen. Die CDU-Fraktion, wie die meisten anderen im Kulturausschuss auch, war im Zusammenhang mit dieser Frage über die wahren Umstände gar nicht informiert. Apropos Evozierung müssen wir zweitens leider feststellen, dass das Bezirksamt noch im Januar geantwortet hat, Ikea sei an keiner anderen Fläche interessiert als an dieser.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Sache.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Neben vielen anderen von mir genannten Argumenten ist das entscheidende Argument, dass Evozierung, wie damals im Zusammenhang mit dem Bismarckbad geschehen, an dieser Stelle nicht gelingen sollte. Das sollten wir alle aus dieser Großen Anfrage gelernt haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Hajduk.

Senatorin Anja Hajduk: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 27. Februar 2009 wurde das neue Schwimmbad in Altona, das Festland, eröffnet. Viele haben vielleicht auch jetzt noch deutlich die Bilder von dieser Dinosaurier-Landschaft vor Augen, die in allen Zeitungen abgebildet war. Das Festland bietet noch mehr als diesen großen Wasserspielbereich. Es gibt drei Becken mit 25-Meter-Bahnen, für Schulen und Vereine wird ein gesondertes Becken bereitgehalten und außerdem gibt es moderne Sauna- und Wellnessangebote.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, Wellness, das ist ja was für die Kleinen!)

(Senatorin Anja Hajduk)

Man kann also sagen, dass das Festland ein familienfreundliches und sportfähiges Bad geworden ist und es Bäderland gelungen ist, die Angebote zu verbessern – darauf komme ich nachher noch zurück –, auszuweiten und vor allem auch auf die veränderten Ansprüche der Gäste und des Standorts einzugehen.

Die Große Anfrage der CDU-Fraktion zeigt, dass der Schwimmbad-Neubau der Stadt ökonomische, aber auch ökologische Vorteile bringt. Das Festland verzeichnete bereits während der Anlaufphase im ersten Halbjahr des Betriebs rund 190 000 Besucher, die im Verhältnis stehen – auf diesen Punkt komme ich gleich noch einmal zurück wegen der Debatte, wie das zu bewerten sei – zu 200 000 Besuchern aus den Jahren 2004 und 2005. Meiner Meinung nach ist es nicht ganz unwichtig, wie so ein Bad angenommen wird.

(Beifall bei der GAL)

Es verzeichnet also deutlich höhere Besucherzahlen als das Vorgänger-Bad. Die Eintrittspreise entsprechen der fortgeführten Preisentwicklung, wie sie auch für das Bismarckbad anzunehmen gewesen wäre. Wie auch Herr Heinemann deutlich gemacht hat, lässt sich dieses Freibad aufgrund der modernen Schwimmbadtechnik wesentlich ressourcenschonender betreiben als sein Vorgänger-Bad. Trotz der dreifachen Wasserfläche wird der jährliche Wasserverbrauch vermutlich um rund ein Drittel unter dem des Bismarckbades liegen.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Unglaublich!)

Bitte behalten Sie diese Ergebnisse im Kopf, denn Parlamentarier sollten diese Zahlen auch in ihre Wertungen mit einbeziehen. Bei der Heizenergie rechnen wir mit Einsparungen von rund 25 Prozent und auch bei den Betriebskosten ist mit einem besseren betriebswirtschaftlichen Ergebnis als beim Bismarckbad zu rechnen.

Schauen wir noch einmal über den Tellerrand dieses Bades hinaus.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Den Tellerrand des Bades!)

Sie wissen doch, was damit gemeint ist, man kann auch einmal über den eigenen Tellerrand hinausschauen. Ich möchte auf das Quartier zu sprechen kommen, Herr Klooß, das ist gemeint.

Neben dem neuen Schwimmbad entstanden die neue Luise-Schröder-Schule als Nachfolgerin der ehemaligen Schule Chemnitzstraße sowie 160 familiengerechte Wohnungen. Man hat also hier nicht nur ein an den Standort angepasstes Freizeitangebot geschaffen, sondern auch familienfreundlichen Wohnraum und eine erneuerte Bildungseinrichtung. Insofern frage ich mich, Frau Dobusch, wie ich Ihren Debattenbeitrag verstehen darf.

(Wolfgang Beuß CDU: Er ist nicht zu verstehen!)

Sie machen – das gestehe ich Ihnen zu, ich bin keine Ottenserin, ich komme nicht aus dem Bezirk Altona, sondern aus dem Bezirk Hamburg-Nord – zum Maßstab allein die strittige Diskussion um die Alternative Bismarckbad oder neues Bad, aber Sie können doch die neuen Fakten, die für dieses Festland sprechen und zeigen, wie es angenommen wird und dass es betriebswirtschaftlich und ökologisch überlegen ist, bei Ihrer Bewertung nicht einfach weglassen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es ist einer parlamentarischen Debatte nicht würdig, dass man sich aufgrund eines damaligen Protests ein Jahr, nachdem man die Entwicklung beobachtet hat und die neuen Fakten vorliegen, keine eigene Meinung mehr bildet. Wenn das der Umgang mit direkter Demokratie ist, dann missverstehen Sie direkte Demokratie. Sie soll nicht die repräsentative ersetzen. Und die repräsentativ gewählten Mitglieder haben immer noch die Aufgabe, ihr Urteil im Lichte der Fakten zu bilden. Gerade das habe ich in der Debatte vorher sehr vermisst.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dobusch?

Senatorin Anja Hajduk: Ja, natürlich.

Zwischenfrage von Gabi Dobusch SPD: Ich habe etwas komplizierter argumentiert. Ich habe am Anfang zugestanden, dass es ein schönes Bad ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, darf ich dezent darauf hinweisen, dass eine Frage etwas anderes ist?

Gabi Dobusch (fortfahrend): – Ja.

Wären Sie vielleicht bereit, ein paar kleine Ausführungen zum Thema "heiligt der Zweck die Mittel?" zu machen und glauben Sie wirklich, dass dieses gerade im Hinblick auf das Vorgehen ein schwarzgrünes Vorzeigeprojekt ist, und wollen Sie auch die weitere Stadtentwicklungsplanung in dieser Art und Weise gestalten?

(Wolfgang Beuß CDU: Und vergessen Sie den Opa nicht, der nicht mehr schwimmen geht!)

Senatorin Anja Hajduk (fortfahrend): Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Dieser Senat hat in den letz-

(Senatorin Anja Hajduk)

ten Monaten schon gezeigt, dass wir sehr differenziert mit dem Thema umgehen,

(Michael Neumann SPD: Differenziert ist immer gut!)

evoziert man oder evoziert man nicht. Soweit ich weiß – damals war ich noch nicht Mitglied des Hauses –, hat diese Evokation beim Schwimmbad Altona in der letzten Legislaturperiode bei der parlamentarischen Abstimmung über einen SPD-Antrag nicht nur die Zustimmung der CDU erfahren, sondern auch die der GAL. Das erwähne ich, weil gerade von der Aufarbeitung der GAL die Rede war.

Aber das möchte ich nicht als einzige Antwort stehen lassen. Beim Schwimmbad Ohlsdorf sind wir zum Beispiel anders vorgegangen. Dort haben wir nicht evoziert, sondern die Auseinandersetzung – allerdings mit anderer Fragestellung – ausschließlich im Bezirk geführt. Ich habe als Bürgerin des Bezirks Hamburg-Nord abgestimmt und bedauere die eindeutige Mehrheitsentscheidung gegen die Erneuerung des dortigen Bades. Vergleicht man das einmal – auch wenn es nicht ganz exakt zum Thema passt – mit der Entwicklung in Altona, so gibt dieses Anlass zum Bedauern.

Beim Umgang mit direkter Demokratie sind Fairness im Verfahren, Klarheit für die jeweiligen Zuständigkeiten, aber bitte auch selbstbewusste Meinungsbildung bei den Vertretern der repräsentativen Demokratie, ob im Parlament oder im Senat, von entscheidender Bedeutung. Wir müssen doch in der Lage sein, zum Beispiel uns ein halbes Jahr später eine neue Meinung zu bilden. Das erwarte ich und ich kann mir auch vorstellen, dass die Menschen in Altona und Ottensen irgendwann sagen, sie hätten damals unterschrieben, und trotzdem erkennen sie, dass das neue Bad in einer nach ersten vorliegenden Erkenntnissen beeindruckenden Weise angenommen wird. Das Angebot ist breiter und auch der Kreis derer, die erreicht werden, ist breiter. Aus diesem Grund kann man erwarten, dass man sich nicht nur an eine schwierige Debatte im Stadtteil erinnert, die es tatsächlich gegeben hat und die auch für die Grünen nicht einfach war, sondern in einem Fazit und in einer Bilanz auch zur Kenntnis nimmt, wie die Bürgerinnen und Bürger später auf dieses Angebot reagieren.

Insofern ist das, was dort im Quartier entstanden ist,

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

alles andere als eine schlimme Geschichte, sondern vielmehr eine höchst aktive Auseinandersetzung. Das Ergebnis in der Sache scheint den Bürgerinnen und Bürgern jedenfalls zu gefallen, und das sollte zumindest Teil des Maßstabs sein für das Hohe Haus,

(Thomas Böwer SPD: Bürgerschaft reicht!)

hierüber ein Urteil zu fällen. In diesem Sinne bin ich froh, dass wir mit der Großen Anfrage die ersten Fakten geliefert haben. Falls später noch andere Fakten abgefragt werden, werden wir auch diese liefern, aber für den Umgang mit der direkten Demokratie lassen sich hieraus schon recht interessante Schlüsse ziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Reincke.

Rolf Reincke CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe heute Abend viel erwartet, aber ehrlich gesagt nicht, dass ich auftreten werde.

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Alles übertroffen!)

Ich habe aber auch nicht erwartet, dass es teilweise zu einer Mischung aus Gehässigkeit und Missgunst käme, um es mit den Worten von Frau Dobusch auszudrücken.

(Beifall bei der CDU)

Man kann sich darüber streiten, ob man Schwimmbäder toll findet oder nicht. Ich bin mit Sicherheit kein großer Schwimmer, aber ich gönne es jedem Menschen, der sagt, er nutze ein neues Schwimmbad.

Ich möchte einige Anmerkungen zur Historie machen, um vielleicht die eine oder andere Verdrehung gerade zu rücken. Frau Dobusch, Sie sprachen das Thema Kommunikation an. Als Ende 2004 die Entscheidung darüber gefallen war, dass in der Freien und Hansestadt Hamburg drei Schwimmbäder geschlossen werden sollten, waren es das Bismarckbad und, wenn ich mich richtig erinnere, zwei Schwimmbäder im Bezirk Wandsbek

(Ingo Egloff SPD: Das ist verhindert worden!)

oder Farmsen, irgendwo in der Gegend.

(Ingo Egloff SPD: Bramfeld und Wandsbek! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, fahren Sie ruhig fort.

Rolf Reincke (fortfahrend): – Ich möchte nur Herrn Böwer die Gelegenheit geben, zuhören zu können.

Es war uns natürlich klar, dass es nicht ohne Diskussion im Stadtteil und in dieser Stadt abgehen würde, wenn das Bismarckbad geschlossen würde, und es ein Parforceritt sein würde. Wir haben uns an die Arbeit gemacht und nach Alternativen gesucht. Für uns von der schwarz-grünen Koalition in Altona war immer klar, dass wir einen Ersatz ha-

(Rolf Reincke)

ben wollen. Wir haben dann nichts anderes getan, als mit den verschiedenen Behörden – mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, mit der Finanzbehörde und mit anderen – darüber zu sprechen, wie wir die Kuh vom Eis bekommen können.

Der Kollege Münster wird sich sicherlich noch lebhaft an die Debatte erinnern, die wir Anfang 2005 zu diesem Thema in der Bezirksversammlung Altona geführt haben. Ich weiß noch ziemlich genau, dass wir damals vier Standort-Alternativen in Altona in Erwägung gezogen hatten, die sich im Abstimmungsprozess mit den Behörden befanden. Das waren – das wird Sie jetzt überraschen, Herr Hackbusch – der Standort des Frappant-Gebäudes, der jetzt für Ikea geplant wird. Ein weiterer Standort lag im Bereich hinter der Großen Bergstraße, zwischen der Virchowstraße und der Schomburgstraße. Ein dritter Standort befand sich auf der sogenannten Brammerfläche an der Ecke Schulterblatt/Max-Brauer-Allee bei der Bahn und die vierte Alternative war der Grünzug Neu-Altona. Wir haben von Anfang an diesen Grünzugstandort präferiert, den wir letzten Endes auch durchgesetzt haben.

Dann führten wir – Frau Dobusch, weil Sie sagten, die Bürgerinnen und Bürger seien nicht einbezogen worden – drei öffentliche Veranstaltungen, für die mit Plakaten geworben wurde, durch. Eine davon fand in der Schule in der Theodorstraße statt, die sehr gut besucht war, eine zweite in der Bruno-Tesch-Schule, die damals noch geöffnet war – die Veranstaltung dort war sehr lebhaft, sehr kontrovers und die Leute hatten im Wesentlichen das Problem, dass sie verstärkt Kinderlärm ausgesetzt seien – und die dritte Veranstaltung fand im Gymnasium Willhöden statt, weil das Thema den gesamten Bezirk Altona betraf. Hinzu kam eine weitere Veranstaltung der "Bissi"-Initiative, an der ich zusammen mit Olaf Scholz und weiteren Vertretern aus der Politik teilgenommen habe. Auch dort haben wir leidenschaftlich und lebhaft mit der Bevölkerung diskutiert. So viel zum Thema Beteiligung.

(Andy Grote SPD: Wir wollen hier keinen Rechenschaftsbericht hören!)

– Der Rechenschaftsbericht, Herr Grote, beinhaltet unter anderem auch die Wahrheit, dass es damals eine Unterschriftenaktion gab – die Zahlen liegen vor – und wir immer wieder die Sozialdemokraten, die damals auch sagten, sie würden da nicht mitmachen, gefragt haben, bis sie irgendwann doch zugaben, dass sie sehr aktiv an dieser Unterschriftenaktion gegen die Schließung des Bismarckbades beteiligt gewesen waren.

(Dr. Monika Schaal SPD: Ist das verboten oder was?)

Dies hat wieder einmal gezeigt, dass die SPD einen relativ ökonomischen Umgang mit der Wahrheit pflegt.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dobusch?

Rolf Reincke CDU: Ja.

Zwischenfrage von Gabi Dobusch SPD:* Nun sind Sie über den Punkt Bürgerbeteiligung schon wieder fast hinweggegangen. Ist es denn aus Ihrer Sicht richtig, dass das Grundstück bereits verkauft war, während das Verfahren noch lief, oder bin ich da falsch informiert?

Rolf Reincke (fortfahrend): Ich will Ihre Frage einmal so beantworten, Frau Dobusch.

(Ingo Egloff SPD: Schon Adenauer kannte viele Arten von Wahrheiten!)

Wir haben damals von der schwarz-grünen Seite aus mehrere Forderungen an den Senat gestellt. Die einzige Forderung, die wir nicht erfüllt haben – und dieses Zugeständnis hat uns auch geärgert –, war, dass wir keine Unterbrechungsfreiheit zwischen der Schließung des Bismarckbades und der Neueröffnung eines neuen Bades herstellen konnten. Das war so, dazu stehen wir und das nehmen wir letzten Endes dann auch mit nach Hause. Das ist ein Faktum.

(Beifall bei der CDU)

Aber was beispielsweise den Standort des Bades betrifft – Frau Dobusch, Sie sagen immer, es sei fußläufig nicht erreichbar –, so ist es doch immer eine Frage, aus welcher Richtung man kommt. Für jemanden aus Ottensen ist es natürlich weiter weg als für jemanden aus Altona oder Hamburg-Neustadt.

(Ingo Egloff SPD: Wenn man aus Wandsbek kommt, ist das ganz weit weg!)

– Herr Egloff, sorry, das war nun nichts.

(Glocke)

Auch von Wandsbek aus ist der neue Standort günstiger.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dobusch?

Zwischenfrage von Gabi Dobusch SPD:* Ich würde zunächst gerne die Zwischenfrage von eben ...

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Er muss schon noch ja oder nein sagen.

Gabi Dobusch (fortfahrend): – Er hat sie noch nicht beantwortet, aber er hat sie zugelassen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, wenn Sie eine Zwischenfrage haben, muss er sie Ihnen schon gestatten. Tut er das?

Rolf Reincke (fortfahrend): – Ich bin der Meinung, dass ich sie beantwortet habe.

(Zurufe aus dem Plenum: Nein!)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Also nein? Dann fahren Sie bitte in Ihrer Rede fort.

Rolf Reincke (fortfahrend): – Ich bin auch gleich durch.

(*Thomas Böwer SPD: War wohl schwierig?*)

– Wir haben keine neuen Spielregeln, aber irgendwann ist jeder Punkt einmal ausdiskutiert, Herr Böwer.

Wenn es um die Fußläufigkeit geht, wird wohl keiner abstreiten, dass die zwei S-Bahn-Stationen Reeperbahn und Holstenstraße in relativer Nähe sind. Außerdem – auch ein Versprechen, Frau Dobusch, das wir eingelöst haben – verkehrt dort seitdem die Buslinie 283, die mittlerweile sogar vom Altonaer Bahnhof bis zum Elbe-Einkaufszentrum verlängert wurde. Daran können Sie sehen, dass sich Schwarz-Grün damals in Altona durchaus Gedanken gemacht hat in dem Bewusstsein, es würde schwierig werden. Wir wussten immer, dass wir eine Alternative auf die Agenda setzen müssen und dass es uns gelingen muss, den Menschen etwas Neues zu bieten. Wir sind sehr stolz darauf, dass wir das in Kombination mit dem Schulneubau und den 160 Wohnungen in Altona geschafft haben, und lassen uns das auch nicht schlechtreden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Farid Müller.

(*Wolfgang Beuß CDU: Ich dachte, Frau Dobusch wäre noch mal dran!*)

Farid Müller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich würde ganz gerne noch einmal etwas zu dem damaligen Verfahren Evokation sagen. Ich von meiner Fraktion war damals auch im Parlament und kann mich noch sehr gut an das Verfahren erinnern. Der Bürgerentscheid fand statt, die Bezirksversammlung Altona akzeptierte ihn und erst dann hat der Senat das Verfahren an

sich gezogen, also evoziert. Da der SPD-Antrag nach der Evokation gestellt wurde, haben wir Grüne uns im Parlament enthalten. Das ist die ganze Geschichte dazu. Wir haben den Bürgerwillen in Altona und auch in der Bürgerschaft akzeptiert.

(*Andy Grote SPD: Sie haben ihn doch akzeptiert, damit der Senat evoziert!*)

So war das in der damaligen Legislaturperiode und bevor Sie sagen, wir hätten damals schon eine Evokation gemacht, sollte das noch einmal zur Klarstellung dienen, gerade weil Sie so viel auf diesem Thema herumgeritten sind, liebe Frau Kollegin Dobusch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL – Zuruf von *Olaf Ohlsen CDU*)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Vielen Dank für diese Antworten. Ich bin gespannt, wie das mit der Evokation in der nächsten Zeit weitergeht und ob und wie es funktioniert, Herr Müller und Frau Hajduk.

Zu einer Sache, die mir sehr wichtig ist und die Frau Hajduk eben ausgeführt hat, möchte ich noch etwas sagen. Nur das, Herr Ohlsen, es dauert nicht so lange.

(*Wolfgang Beuß CDU: Herr Ohlsen ist ungeduldig!*)

Es geht um die Situation in Ohlsdorf und ich halte es für sehr wichtig, darüber zu sprechen, weil es dabei auch um Bürgerentscheide geht und wie man mit ihnen umgeht. Politisch halte ich es für inakzeptabel, dass die Bäderland GmbH aufgrund des in Ohlsdorf gefällten Bürgerentscheides gegenwärtig in so etwas wie einen Investitionsstreik getreten ist, indem sie droht, sie würde gar nichts mehr an diesem Bad machen,

(*Wolfgang Beuß CDU: Das Thema ist Bismarckbad!*)

wenn die Bürger sich nicht so entscheiden, wie Bäderland es will. Wenn Sie, Frau Hajduk, dann sagen, daran könne man sehen, was dabei herauskommt, wenn Bürger sich so und so entscheiden

...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, täusche ich mich, dass es sich in dieser Debatte um Schwimmen in Altona handelt? Ohlsdorf liegt dort wahrhaftig nicht.

Norbert Hackbusch (fortfahrend): – Herr Präsident, ich versuchte, der Senatorin etwas mit auf

(Norbert Hackbusch)

den Weg zu geben, aber ich glaube, ich schaffe es nicht mehr. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Berndt Röder: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/4522 Kenntnis genommen hat.

Tagesordnungspunkt 40, Drucksache 19/4836, Antrag der SPD-Fraktion: Höchstgebotsvergabe um jeden Preis: Welche Zukunft hat die Lokstedter Amsinckvilla?

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Höchstgebotsvergabe um jeden Preis: Welche
Zukunft hat die Lokstedter Amsinckvilla?
– Drs 19/4836 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/5112 ein gemeinsamer Antrag der GAL- und der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktionen der GAL und CDU:
Zukunft der Amsinckvilla
– Drs 19/5112 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Böwer hat es.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Thomas Böwer SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! 20 Minuten vor Dieter Wedels Film "Die Gier" führen wir eine Diskussion über die Amsinckvilla und ich möchte versuchen, sie etwas aus dem Fadenkreuz der vorangegangenen Debatte herauszuholen. Die Amsinckvilla wurde 1868 in Lokstedt als Sommerresidenz für die Kaufleute Amsinck gebaut. Da derselbe Architekt übrigens auch dieses Hamburger Rathaus gebaut hat, sollten wir uns der Optik mit etwas Ehrfurcht nähern.

Zweitens: Einige parlamentsdramaturgische Punkte lassen einen Oppositionspolitiker aufhorchen, insbesondere aufgrund der von Schwarz-Grün gegebenen Regieanweisung, die Überweisung würde erfolgen. Das bedeutet im Grunde genommen, man sei schon auf der richtigen Spur. Allerdings ist man auch in der Sache auf der richtigen Spur, wenn man sich ansieht, wie insbesondere die Finanzbehörde in Fragen der Beteiligung von Ortsausschüssen in dieser Frage agiert hat, und zwar von den LINKEN bis hin zu den Christdemokraten. Diese gesamten Verfahren waren immer einstimmig. Seit dem 21. Januar 2008 wünschen LINKE, GAL, SPD und CDU von der zuständigen Fachbe-

hörde eine Auskunft über die Situation der Amsinckvilla. Resultat: Funkstille.

(*Ekkehart Wersich CDU:* Was sagt denn die FDP dazu?)

– Die FDP war ebenfalls dabei, Sie sagen es, Herr Kollege, ich wollte niemanden unterschlagen, also alle Fraktionen.

Im Februar 2008 wird dieser Wunsch von allen Fraktionen wiederholt ausgesprochen.

(*Antje Möller GAL:* Ein paar Wahlkreisabgeordnete vielleicht!)

– Frau Kollegin, wir reden zum wiederholten Mal über den Ortsausschuss.

Im Juli 2008 baten wir noch einmal um Auskunft und wieder war niemand von der Finanzbehörde bereit, sich über das Nutzungskonzept Amsinckvilla zu unterhalten. Gleichzeitig teilte im Juli 2008 die Finanzbehörde dem Ortsausschuss und der Kommunalpolitik mit, man habe in einem Höchstgebotsverfahren unter drei Investoren entschieden und die Amsinckvilla als denkmalgeschütztes Gebäude dem Verkauf preisgegeben. Man habe sich für einen Investor namens "Mare Marina Ltd." entschieden, der nach Prüfung der Finanzbehörde alle Anforderungen der Ausschreibungsmodalitäten erfüllt hätte. Dem Wunsch des Ortsausschusses, der Kommunalpolitik durch einen Vertreter der Finanzbehörde Auskunft darüber zu geben, entspricht man nicht. Es erscheint niemand, ohne Angabe von Gründen.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

Dies stellen übrigens im Zeitraum von 2008 bis 2009 sämtliche Fraktionen des Ortsausschusses Lokstedt mehrfach fest. An dieser Stelle könnten wir sagen, soweit ist das alles irgendwie eine Provinzposse. Irgendwann haben dann die Kollegin Schaal und ich mehrere Anfragen zur Zukunft der Amsinckvilla gestellt. Auch an dieser Stelle hätte man sagen können, was soll das Ganze? Als wir im Dezember dieses Jahres einen Antrag gestellt haben, das Höchstgebotsverfahren zu stoppen, im Grunde genommen alles wieder auf Null zu setzen, eine Ausschreibung vorzunehmen und auch sicherzustellen, dass das Ganze in den Bereich der öffentlichen Nutzung hineingeht, was der Wille der Kommunalpolitik vor Ort ist, hätte man sagen können, das gehört nicht in die Bürgerschaft.

Das hat sich geändert, wie man als aufmerksamer Zeitungsleser in der "Hamburger Morgenpost" vom 8. Januar 2010 lesen konnte. Dort heißt es – ich zitiere –:

"Dubioser Deal mit einer Villa

Blamage für Hamburgs Verwaltung: Die Finanzbehörde hat sich beim geplanten Verkauf der historischen Amsinckvilla in Lok-

(Thomas Böwer)

stedt mit einem verurteilten Betrüger eingelassen!"

Es geht weiter:

"Der Geschäftsmann saß nach Auskunft der Staatsanwaltschaft unter anderem wegen Versicherungsbetrugs mit Immobilien drei Jahre und sechs Monate im Knast. Er hatte in Süddeutschland ein historisches Gebäude abfackeln lassen, um die Versicherung zu kassieren."

Nun hätte man sagen können, das sei schlecht recherchiert von der "Hamburger Morgenpost". Es war aber auch in der "Bild"-Zeitung zu lesen.

(Vereinzelter Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Und es ging weiter. Man fand nämlich noch eine weitere Aussage zu dem Investor. Die Finanzbehörde hatte mit einem Investor über den Verkauf einer Villa und die Renovierung einer Villa verhandelt, der eine Mutter besaß in England, eine Limited.

Die Finanzbehörde hatte dem Ortsausschuss übrigens über die Bezirksversammlung mitteilen lassen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Böwers Kriminalstück!)

dass alleine die fachgerechte und denkmalschutzgemäße Renovierung der Villa Amsinck zwischen 1,4 und 2 Millionen Euro koste – neben dem Kaufpreis. Die Finanzbehörde des Herrn Senator Freitag verhandelte mit einer Limited, die über, so sagte die "Bild"-Zeitung, gerade mal ein Gesamtkapital von 100 britischen Pfund verfüge.

(Jörn Frommann CDU: Immerhin!)

Das ist natürlich das Hundertfache der Mindestzeichnungssumme, die man für eine Limited braucht, aber 100 britische Pfund sind eine überschaubare Größe angesichts der sonstigen Zahlen, die wir in Sachen HSH Nordbank gewohnt sind. À la bonne heure, wirklich à la bonne heure! Man verhandelt über Wochen und Monate mit einer solchen Limited.

Ich darf daran erinnern, was wir vorhin schon gelernt hatten, nämlich dass die Finanzbehörde die ganze Zeit, obwohl die Kommunalpolitik sagte, erläutert uns einmal das Konzept, nicht auftauchte. Das erste Mal war ein Vertreter der Finanzbehörde am Freitag, dem 15. Januar, um 15 Uhr vor Ort, weil nämlich zu diesem Termin das "Hamburg Journal" da war und eine Stellungnahme haben wollte. Es war der Pressesprecher und das war der bisher einzige Vertreter der Finanzbehörde, der sich geäußert und an dieser Stelle gesagt hat, man könne alles stoppen. Das finde ich klasse, weil wir das in der Tat auch stoppen wollen. Er hat allerdings einen zweiten Satz gesagt, der mich wieder

schon fast hat zweifeln lassen. Er hat nämlich gegenüber dem "Hamburg Journal" gesagt, man wolle sich jetzt mit der britischen Muttergesellschaft des Investors ins Gespräch begeben. Bei britischer Mutter denkt man an England, weil Mare Marina Ltd. in England sitzt. Und der Pressesprecher der Finanzbehörde sagt, wir reden dann mit England. Ein Blick ins Handelsregister dieser Limited zeigt, dass der Geschäftsführer zwar Stephan Perry heißt, was sich nach London und Bankenviertel anhört, dass er aber in der Nähe von Heidelberg wohnt. Er hat mit England gar nichts zu tun und wohnt auch gar nicht da. Der zweite Geschäftsführer wohnt übrigens in Dänemark und hat mit England auch nichts zu tun.

(Antje Möller GAL: Aber was genau wollen Sie damit sagen?!)

– Ich will damit sagen, Frau Antje Möller, dass offensichtlich zwei Jahre lang erstens der Wunsch der Kommunalpolitik ignoriert worden ist, ernsthaft mit über die Nutzung einer denkmalgeschützten Villa zu reden. Zweitens geht es darum, dass wir uns fragen, ob wirklich ernsthaft geprüft worden ist.

Nun haben wir es mit einem CDU-Antrag zu tun, wo man sagen könnte, das ist eine Supernummer. Wir überweisen beides an den Haushaltsausschuss, bringen das Ganze wieder auf Null, nehmen als ein Lehrstück mit, dass man in bestimmten Bereichen erstens mit Kommunalpolitikern reden muss, auch wenn sie aus dem Ortsausschuss kommen, und zweitens mit denkmalgeschützten Gebäuden, die sich im Zentrum eines Stadtteils befinden, möglicherweise anders umgehen muss als über das Höchstgebotsverfahren. Deswegen fand ich es bis heute Vormittag gut, dass es einen ähnlichen Antrag seitens der CDU und GAL gibt. Als ich dann allerdings erfuhr, dass bezüglich dieses Antrags eine interne Regieanweisung aus der Finanzbehörde existiert,

(Jörn Frommann CDU: Wer sagt Ihnen das denn?)

die besagt, der SPD-Antrag müsse abgelehnt werden, weil man das Investorenverfahren so ohne weiteres nicht stoppen könne, habe ich die Angst – aber das kann der Kollege Heintze gleich klären –, dass wir mit einer Überweisung an den Haushaltsausschuss die ganze Sache nur verzögern, um sie hinterher doch zu beerdigen. Aufgrund der zweijährigen, von allen Parteien geführten Diskussion in Lokstedt, ist das der Punkt, wo wir die Möglichkeit haben, etwas zu stoppen, was offensichtlich eine Fehlentwicklung war, auch bei der Auswahl des Investors, und das nicht wieder durch die Hintertür aufzuheben. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit zur späten Stunde.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Herr Böwer, ein vermeintliches Kriminalstück kurz vor Toresschluss mit geheimen Regieanweisungen aus der Finanzbehörde, Schurken, die irgendwo in London sitzen, und eine Limited, die nur 100 Euro auf dem Konto hat,

(Zurufe von der CDU)

vorverurteilten Akteuren, einem missachteten Kommunalausschuss – und der Aufklärer Böwer betritt das Feld. Und jetzt erstarren alle und denken, du meine Güte, was hat der Böwer so spät noch mit dem Ortsausschuss Lokstedt hier zu suchen und was will er eigentlich dem Haus sagen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich muss ehrlich gestehen, ich habe nicht ganz verstanden, was er dem Haus sagen will,

(*Michael Neumann SPD:* Das glaube ich!)

aüßer, dass er ein Kriminalstück aufführen möchte. Ich würde daher der Bürgerschaftskanzlei empfehlen, bei der Neuauflage dieser Detektiv-CD, die demnächst kommt,

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Herrn Böwer zumindest als Geschichtenerzähler vorzusehen. Damit würden wir seinen Auftritt hier würdigen.

Nichtsdestotrotz haben wir ein Kriminalstück und wollen uns ein bisschen um Aufklärung bemühen, ohne in die Pose des Sherlock Holmes zu verfallen. Wir haben die Historie richtig dargestellt bis zu dem Punkt, wo das Kriminalstück begann. Als Wahlkreisabgeordneter habe ich mich mit der Veräußerung der Amsinckvilla nebenbei immer beschäftigt; es ist in der Tat ein imposantes Gebäude. Das muss meines Erachtens auch verkauft und einer vernünftigen Nutzung zugeführt werden, die sowohl die Interessen der Liegenschaft, der Stadt als auch der Menschen vor Ort berücksichtigt und das Haus in seiner Substanz erhält. Das war auch alles geändert und da war es nicht weiter schlimm, dass ein Investor eine Limited hat und dass eine Limited, weil sie Limited heißt, in London eingetragen ist, der Geschäftsführer dieser Limited aber deswegen nicht in London zu finden sein muss. Das weiß eigentlich jeder, der einmal im Leistungskurs Wirtschaft in der Oberstufe zugehört hat.

(*Michael Neumann SPD:* Das ist jetzt in der reformierten Oberstufe abgeschafft!)

Also keine bösen Investoren in London. Kommen wir zur Substanz Ihrer Vorwürfe, Herr Böwer. Sie sagen, wir würden mit unseriösen Menschen Geschäfte machen und dazu gäbe es Regieanweisungen an die Regierungsfraktion. Ich fange mit Letzterem an. Es mag so viele Regieanweisungen

an die Regierungsfraktion geben wie es will, ich habe sie nicht zur Kenntnis genommen und werde es auch nicht tun, weil unsere Fraktion sich nicht an Regieanweisungen des Senates hält, sondern eigenständig Politik macht.

(Beifall bei der CDU und der GAL und vereinzelt bei der SPD – Heiterkeit bei der SPD)

Wenn Sie das aus Ihrem persönlichen Erfahrungsschatz aus früheren Regierungszeiten anders kennen, dann ist das ein Problem der SPD-Fraktion. Seien Sie sicher, dass wir den Fehler nicht machen. Sie haben ihn lange genug gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum nächsten Punkt. Sie werden sehen, wie wir diese Regieanweisung – sollte es sie jemals gegeben haben – ignorieren; kommen Sie in die Haushaltsausschusssitzung. Zur Substanz der Sache: Es kann passieren, dass bei Verhandlungen mit Investoren irgendwann Dinge bekannt werden, die vorher auch einer Finanzbehörde nicht klar waren, schließlich verhandelt die ein bisschen mehr am Tag. Und auch Situationen bei Investoren ändern sich. Jeder, der sich in dieser Stadt jemals intensiv mit Vergabe und Verkäufen von Grundstücken beschäftigt hat, und das haben die Haushälter der SPD – wie das bei Ihnen ist, Herr Böwer, weiß ich nicht –, weiß, dass dort Fehler passieren können.

Jetzt stellen wir laut Medienberichterstattung fest, dass ein Fehler passiert sein könnte. Als Vorsitzender des Haushaltsausschusses sage ich Ihnen klar und deutlich: Wenn dem so ist und dieser Investor kein seriöser und zuverlässiger Partner für die Stadt ist, muss dieses Verfahren rückabgewickelt werden. Dafür stehen beide Fraktionen und das werden Sie im Haushaltsausschuss erleben; da werden wir für Aufklärung sorgen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Allerdings werden wir dort auch nur das tun, was dem Haushaltsausschuss zusteht, zu schauen, was passiert ist und zusammen mit der Behörde zu ermitteln, ob wir handeln müssen oder nicht. Wenn wir handeln müssen, werden wir das tun und sagen: bitte aufheben. Dann geht das aber bitte auch wieder dahin zurück, wo es hingehört, in den Ortsausschuss und in den Bezirk.

Deswegen haben wir als CDU und GAL einen sehr offenen Antrag eingebracht, den wir im Haushaltsausschuss beschließen werden. Seien Sie sicher, Ihr Kriminalstück so hat nicht stattgefunden. Wir werden feststellen, dass wir vermutlich einen Investor haben, der nicht die Glaubwürdigkeit hat, die wir gerne hätten, was sich im Laufe eines Verfahrens herausgestellt hat. Wenn das so ist, dann werden wir das ändern. Es gibt kein Kriminalstück, aber wenigstens kommen wir jetzt nach Hause.

(Roland Heintze)

Wir freuen uns auf die Sitzung im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Becker.

(*Carola Veit SPD:* Haben die keinen anderen Redner?)

Horst Becker GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Endlich einmal ein Eimsbüttler Thema. Der Kollege Böwer hat eine Rede gehalten wie ein Bezirksabgeordneter; so eine Rede habe ich jedenfalls hier lange nicht mehr gehört. Er hat glänzend recherchiert, wenn es sich auch überwiegend um irrelevante Fakten handelt, die er vorgebracht hat.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Der Sachverhalt ist eigentlich ganz einfach. Es geht darum, dass ein Gebäude einerseits veräußert werden, andererseits einer auch teilweise öffentlichen Nutzung zugeführt werden soll. Das heißt, es geht um den Nutzen für die Stadt und um den öffentlichen Nutzen. Wir haben Anhaltspunkte dafür, dass dieses Verhältnis nicht im angestrebten Sinne zustande kommen kann; das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite gibt es – was allerdings für eine Rückabwicklung nicht ausreicht – Verdachtsmomente dafür, dass möglicherweise der Bieter, der den Zuschlag bekommen hat, nicht seriös ist. Es stand diesbezüglich einiges in der Zeitung, aber wir wissen alle, dass das nicht unbedingt zu 100 Prozent belastbar ist. Das muss man alles noch einmal untersuchen. Wir haben einen Fall, der im Bezirk hängt, und dort gehört er auch hin. Wie der Kollege Heintze schon sehr richtig gesagt hat, haben wir deshalb einen offenen Antrag formuliert. Wir werden beide Anträge an den Haushaltsausschuss überweisen und dann sicher auch die richtige Entscheidung finden. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält nunmehr Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man könnte mit Blick auf den Antrag von CDU und GAL auf den Gedanken kommen, es sei wenigstens ein bisschen Bewegung in die Sache gekommen. Auf der anderen Seite frage ich mich aber natürlich, warum Sie ernsthaft glauben, dass man Ihrem verschwiegelten, vagen und der Verwaltung wirklich übergroßen Handlungsspielraum lassenden Antrag überhaupt zustimmen sollte, anstatt dem doch vergleichsweise klaren, konkreten und einleuchtenden Antrag der SPD. Ich habe auch mit dem Antrag der

SPD ein Problem, dazu komme ich aber gleich noch.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Was?)

In Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der CDU und GAL, fehlt etwas ganz Wichtiges und darüber lohnt es sich meines Erachtens, auch in Ihren Reihen nachzudenken. Es fehlt nämlich die Forderung – aus Ihrer Sicht müsste man sagen, die Zusage –, dass das ganze Verfahren ab sofort absolut transparent zu gestalten ist, transparent für die kommunalpolitischen Gremien und transparent darüber hinaus vor allem für die gesamte interessierte Öffentlichkeit. Nicht zuletzt fragt man sich, warum der Senat so viel Zeit hat ins Land gehen lassen und warum er erst jetzt ansatzweise die Bereitschaft zu erkennen gibt, das Interesse an einer öffentlichen Nutzung der Amsinckvilla wenigstens verbal anzuerkennen.

Bereits seit Jahren ist die Villa, dieses schöne 160 Jahre alte Kleinod, ungenutzt. Es ist keineswegs so, dass die Forderung, die Amsinckvilla müsse als öffentlicher Stützpunkt sozialer und kultureller Tätigkeiten im Bezirk Eimsbüttel erhalten bleiben, ganz neu ist. Nachdem die Amsinckvilla zum Verkauf angeboten wurde, forderte etwa die Patriotische Gesellschaft unter der Überschrift "Die Amsinck-Villa hat Besseres verdient", das Bauwerk nicht zu verkaufen, sondern für die öffentliche Nutzung zu erhalten. Die Patriotische Gesellschaft schlug damals verschiedene Nutzungsvarianten vor, etwa die Villa als Außenstelle eines Museums zu nutzen.

Auch in den vergangenen Monaten wurden gegen das höchst eingeschränkte und, ich möchte schon sagen, elitäre Nutzungskonzept eine Reihe von alternativen Nutzungsansätzen entwickelt. Im Gespräch ist zum Beispiel – das ist noch strittig –, dass das Bürgerhaus Lokstedt dorthin ziehen könnte. Es gibt auch Interessenten für die Einrichtung von Kitas und im Gespräch sind außerdem das Stadtteilarchiv oder eine Museumsnutzung. Zum Beispiel gibt es den Vorschlag, dort ein Museum für Gehörlosensprache einzurichten. Künstlerinnen und Künstler haben ein großes Interesse an der Nutzung dieser Villa. Es gibt Theatermacherinnen und Theatermacher, die Vorschläge entwickeln, wie diese Villa zum Beispiel für Theateraufführungen zu nutzen ist. All das gibt es und das heißt, dass ein reges öffentliches Interesse an der Nutzung vorhanden ist.

Über die Vorgänge der letzten Monate ist im Einzelnen schon lange gesprochen worden, das werde ich nicht noch einmal alles nachvollziehen. Es lassen sich aber jedenfalls drei Lehren daraus ziehen, Lehren, die im Antrag der Regierungsfractionen meiner Meinung nach nicht zu erkennen sind.

Erstens: Wie es im SPD-Antrag richtig heißt, ist das Prinzip der Höchstgebotsvergabe nicht geeig-

(Christiane Schneider)

net, um tragfähige und akzeptierte Lösungen zu finden. Dieses Prinzip steht öffentlichen, sozialen, kulturellen Interessen und gemeinwohlorientierten Ansätzen in der konkreten Situation eben doch entgegen. Bedürfte es eines Beweises, hier ist wieder ein neuer.

Zweitens: Die arrogante Haltung der Finanzbehörde gegenüber den kommunalen Gremien ist unmöglich. Es war nicht leicht – Herr Böwer hat es in aller Breite geschildert –, dass der Ortsausschuss Lokstedt das Konzept des Investors überhaupt zur Kenntnis bekam und das auch nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Über Monate hinweg hat sich die Verwaltung über das eindeutige Votum des Ortsausschusses hinweggesetzt, hat ein Nutzungskonzept favorisiert, das die erklärten Interessen vor Ort ignorierte und einen Investor, von dem nicht einmal klar war, ob er das Projekt überhaupt finanzieren kann.

Drittens: Der Ausschluss der Öffentlichkeit aus dem ganzen Verfahren ist wirklich unerträglich. Die Finanzbehörde scheint zu vergessen, dass die Immobilien, die sie verwaltet, öffentliches Eigentum sind und dass sie mit diesem ihr anvertrauten öffentlichen Eigentum nicht nach Gutsherrenart umgehen kann, sondern dass sie sich demokratische Kontrolle gefallen lassen muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Das setzt Öffentlichkeit und Transparenz voraus.

Jetzt zu dem Problem, was ich mit dem ansonsten recht guten SPD-Antrag habe. Auch Sie gehen davon aus, dass die Amsinckvilla verkauft werden muss. Wir wollen das problematisieren. Deshalb finden wir es gut, dass beide Anträge an den Ausschuss überwiesen werden, damit man diskutieren kann, wie die Villa in öffentlichem Eigentum bleiben und für öffentliche, soziale und kulturelle Nutzungsinteressen vor Ort tatsächlich genutzt werden kann. Deswegen stimmen wir selbstverständlich der Überweisung beider Anträge an den Ausschuss zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort erhält nunmehr Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Heintze, ich habe nicht ganz verstanden, warum Sie diese ganze Angelegenheit so ins Lächerliche ziehen.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben beide im Ortsausschuss Lokstedt hinreichend Erfahrung. Ich war Vorsitzende und Sie waren mein Stellvertreter. Sie wissen auch ganz genau, was eigentlich das Wichtigste an der Arbeit im Ortsausschuss ist, dass die Bürgerinnen und Bürger hinkommen und Fragen zu dem stellen kön-

nen, was in ihrer unmittelbaren Umgebung vor sich geht. Der Ortsausschuss hat in Sachen Amsinckvilla seit geschlagenen zwei Jahren versucht, herauszubekommen, was die federführende Finanzbehörde vorhat, und ist immer wieder gegen die Wand gelaufen. Der Finanzsenator ist auch für die Bezirke zuständig. Er hätte die Pflicht gehabt, dafür zu sorgen, dass vor Ort die Informationen ankommen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Heitmann?

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Nein, im Moment nicht.

Vor kurzem...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Das Wort hat allein Frau Dr. Schaal. Ich darf Sie um etwas mehr Ruhe bitten, sonst ist das auch hier oben nicht entsprechend zu verfolgen.

Dr. Monika Schaal (fortfahrend): Es hat mehrfach in der Kommunalpolitik, im Ortsausschuss und auch in der Bezirksversammlung – Herr Böwer hat darauf hingewiesen – entsprechende Voten gegeben, die Fachbehörde solle endlich die Karten auf den Tisch legen. Nichts ist geschehen. Der Antrag, den wir jetzt als SPD-Fraktion eingebracht haben, ist im Prinzip ein Hilfeschrei, dass endlich etwas passiert und die Wahrheit auf den Tisch kommt.

Wenn sich der Bürgermeister beklagt, dass sich an allen Ecken und Enden in der Stadt Bürgerinitiativen gegen etwas bilden, dann kann ich nur sagen, dass sich auch in Sachen Amsinckvilla die Nachbarinnen und Nachbarn zu einer Initiative zusammengeschlossen haben, und das ist allein die Reaktion auf die Politik, die überhaupt keine Transparenz schafft.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Herr Heintze, wenn Sie sagen, Sie haben nicht verstanden, worum es geht, dann kann ich Ihnen das noch einmal erklären.

(Frank Schira CDU: Nein!)

– Offensichtlich braucht Herr Heintze die Nachhilfe.

Es geht darum, dass die Finanzbehörde dieses Verfahren stoppt, bei dem es offensichtlich um einen sehr dubiosen Investor geht, dass das Angebot neu ausgeschrieben wird, weil das, was die Behörde intendiert, nicht mit dem vereinbar ist, was in der Kommunalpolitik und von den Bürgerinnen und Bürgern gewünscht wird, und darum, endlich mehr Licht in dieses Verfahren zu bringen. Es

(Dr. Monika Schaal)

war schon ein Lichtblick, dass heute in der "Bild"-Zeitung zu lesen war, dass die Behörde das Verkaufsverfahren stoppt. Wenn es dann so wäre, wäre das sehr schön. Dann hätte man das allerdings auch gleich beschließen können und müsste nicht erst die Anträge an den Ausschuss überweisen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Damit Sie auch zurückziehen können!)

Wenn Sie das brauchen, um Ihr Gesicht zu wahren, gerne. Dann bitte ich Sie aber als Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herr Heintze, dass Sie die Anträge auch bitteschön gleich am 2. Februar auf die Tagesordnung nehmen, damit wir das auch zügig beraten können, ehe das Kind in den Brunnen gefallen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/4836 und 19/5112 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist dann einstimmig so geschehen.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende des ersten Sitzungstages angekommen. Die Sitzung ist geschlossen. Kommen Sie gut nach Hause.

Ende: 20.24 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Ksenija Bekeris, Wilfried Buss, Bülent Ciftlik, Anja Domres, Nebahat Güclü, Rolf Harlinghausen, Anne Krischok, Philipp-Sebastian Kühn, Hans Lafrenz, Hans-Detlef Roock und Stefan Schmitt

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 2

**Wahl von Mitgliedern des Richterwahlausschusses und ihren Vertreterinnen und Vertretern
– Drucksache 19/4133 –**

Gewählt wurden	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der CDU-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Dr. Jochen Bach	107	84	11	10	2
Viviane Spethmann	107	89	9	8	1
Dr. Matthias von Rönne	105	85	9	9	2
b) Stellvertretende Mitglieder					
Richard Seelmaecker	107	83	6	6	12
Stefanie Strasburger	107	79	13	2	13
Cornelia Schroeder-Piller	107	73	20	2	12
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
a) Mitglieder					
Hans-Jürgen Grambow	105	88	11	5	1
Jana Schiedek	105	93	9	3	0
b) Stellvertretende Mitglieder					
Bettina Schomburg	107	85	6	3	13
Nils Weiland	107	81	8	4	14
Vorschlag der GAL-Fraktion:					
a) Mitglied					
Ernst Medecke	108	82	16	9	1
b) Stellvertretendes Mitglied					
Christiane C. Yüksel	107	83	6	6	12
Vorschlag der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer:					
a) Mitglieder					
Dr. Gerhard Strate	107	74	21	10	2
Jan Schubel	107	83	11	11	2
b) Stellvertretende Mitglieder					
Annette Voges	107	86	4	4	13
Jürgen Steiner	107	81	6	7	13
Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes:					
a) Mitglied					
Peter Klenter	106	84	12	6	4

b)	Stellvertretendes Mitglied					
Yvonne Wittmaack		107	86	6	2	13
Vorschlag der Vereinigung der Unternehmensverbände:						
a)	Mitglied					
Peter Helbron		107	75	18	12	2
b)	Stellvertretendes Mitglied					
Norbert Guhl		107	72	13	10	12

Anlage 1

Zu Tagesordnungspunkt 3

**Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Schule und Berufsbildung
- Drucksache 19/4676 -**

Gewählt wurde	Zahl der abgegebenen Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Ungültige Stimmen
Vorschlag der SPD-Fraktion:					
Prof. Dr. Barbara Brüning	105	92	9	3	1